

I. Die soziale Demokratie als Utopie

Wer nach dem Ursprung des demokratischen Sozialismus forscht, kann nicht an den zahlreichen und vielfältigen Strömungen vorbeigehen, die den Gesamtfluß der Geschichte über vierhundert Jahre hinweg entscheidend mitbestimmen. Der Sozialismus moderner Prägung geht eigentlich auf den französischen Revolutionär Babeuf zurück, der 1797 hingerichtet wurde. Seine Schriften beeinflussten eine Reihe von Theoretikern der sogenannten utopistischen Periode, die von der Vision einer neuen Gesellschaft und der sozialen Demokratie erfüllt waren.

Der erste geistige Brückenschlag in die Neuzeit war freilich bereits um die Jahrhundertwende 1500 versucht worden, als der Engländer Thomas Morus mit seinem Werk „Utopia“ aufhorchen ließ. Die Utopisten erwarteten die Verwirklichung der sozialen Demokratie, wie sie es damals sahen, nicht von einer Revolution, sondern von der allmählichen Verbreitung ihrer Ideen, die durch die rationalen und ethischen Argumente die Menschen, insbesondere aber die Herrschenden und Mächtigen, überzeugen und zur Unterstützung ihrer Vorstellungen veranlassen sollten. Die Errungenschaften der Utopisten hielten sich fortan in einem bescheidenen Rahmen, aber ihr geistiger und moralischer Einfluß auf spätere Theoretiker und Denker trug dazu bei, sozialistische Bewegungen entstehen zu lassen.

Im Jahre 1848 trat der Sozialismus erstmals als

politischer Faktor von Bedeutung auf. In Frankreich waren es Louis Blanc und Pierre-Joseph Proudhon, die sich mit verschiedenen Mitteln und anhand praktischer Beispiele um die Errichtung einer gerechten Volkswirtschaft bemühten. Beiden traten Karl Marx und Friedrich Engels entgegen, die das „Kommunistische Manifest“ verfaßten und den Sozialismus auf neue Wege führten. Zu seiner Verwirklichung, so lehrten sie, bedürfe es der politischen Macht, die auf klassenmäßiger Grundlage organisiert werden müsse. So entstand das System des Marxismus und des wissenschaftlichen Sozialismus, das im Verlauf der darauffolgenden hundert Jahre die Arbeiterbewegung weitgehend beherrschen sollte.

Allmählich verlagerte sich das Zentrum der sozialistischen Bewegung nach Deutschland, wo Ferdinand Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gründete. In ihm muß der unmittelbare Vorläufer der Sozialdemokratie gesehen werden. Lassalle vertrat im wesentlichen eine staatsbejahende, demokratische und reformistische Linie. Ihm und seinen Anhängern stand der marxistische, revolutionäre Flügel der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber. Nach Lassalle's Tod vereinigten sich die beiden Richtungen auf dem Gothaer Kongreß des Jahres 1875 zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht.

II. Industrialisierung und Gründerjahre (1840-1898)

Die Industrialisierung Böhmens nahm ihren Ursprung im Dreißigjährigen Krieg (1618—1648), als die Armeen Wallensteins mit Waffen und Ausrüstung versorgt werden mußten. Aus den Handwerksbetrieben, Hammerwerken und Hausgemeinschaften entwickelte sich im Verlauf eines zwar langwierigen aber unaufhaltsamen Prozesses eine ansehnliche Industrie. Damit war das Zeitalter des Frühkapitalismus angebrochen, das gleichsam die ökonomische Vorbedingung zur Entwicklung sozialistischer Theorien schuf. Für die Arbeiterschaft war die Gründung einer organisierten Bewegung zum Gebot der Stunde geworden.

In der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts herrschten auch in den deutschen Gebieten Böhmens und Mährens katastrophale Zustände. Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, Arbeitslosigkeit und Lohndruck standen in einem krassen Gegensatz zu einer immer stärker prosperierenden Industrie. Frauen- und Kinderarbeit drohten das Familienleben zu zerstören. Die Arbeitszeit dehnte sich von den frühen Morgenstunden bis in die späte Nacht hinein. Zwischen Entlohnung und Preisentwicklung bestand ein krasses Mißverhältnis. Schlechte Wohnungen, Überarbeitung und Unterernährung untergruben die Gesundheit. Die Fabrik- und Heimarbeiter lebten in tiefster materieller und seelischer Not.

Armut und Krankheit wurden allmählich zum Lebensschicksal der meisten Menschen. Den schlesischen Weberaufständen vom 4. und 5. Juni 1844 in Peterswaldau und Langenbielau hat Gerhart Hauptmann mit seinem Drama „Die Weber“ ein bleibendes literarisches Denkmal gesetzt. Bereits im Jahre 1839 hatten die Arbeiter von Ober-Rochlitz im Isergebirge ihrer Empörung über die Mißstände deutlichen Ausdruck verliehen, als sie die Einrichtungen ihrer Betriebe vernichteten. Eine weitere große Erhebung in Deutschböhmen er-

folgte am 3. Juli 1844, als die Kattundrucker von Katharinberg bei Reichenberg einige Fabriken stürmten und die Maschinen zertrümmerten. Ihre Parole lautete: „Wir müssen die Maschinen zerstören, um leben zu können!“

Doch die Maschine war nur die vermeintliche Wurzel des Übels. So setzte sich alsbald die Erkenntnis durch, daß Menschen die Urheber der Not waren. Nun traten die Arbeiter den Unternehmern und dem gesamten Wirtschafts- und Sozialsystem mit neuem Selbstbewußtsein entgegen. Der Streik als Kampfmethode gewann immer mehr an Bedeutung. Als im Jahre 1851 die Arbeiter der Textilwerke Liebig in Reichenberg streikten, dann 1852 die Arbeitseinstellung in der Kattundruckerei in Wernstadt folgte und schließlich am 9. Mai 1854 die Liebigarbeiter in Dörfel bei Reichenberg in den Ausstand traten, hatte die Auseinandersetzung zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Auf die politische Bühne verlagert begann damit das Ringen zwischen den Repräsentanten der kapitalistischen Ordnung und den Verfechtern des Sozialismus.

Die Hoffnung auf Überwindung des Elends ließ auch im deutschböhmischen Raum die Ideen des utopischen Sozialismus aufflammen. Als einer seiner bedeutendsten Wortführer trat der Tischler Franz Eggert, ein Anhänger Wilhelm Weitlings, auf. Eggert, im Jahre 1815 in Rehberg bei Bergreichenstein geboren, entstammte einer — wie es im damaligen Polizeibericht hieß — „ungewöhnlich gebildeten Familie“. Die Briefe seines Bruders Konrad an ihn sind noch heute wegen ihres formvollendeten Stils und ihrer klugen, eindringlichen Betrachtungsweise lesenswert.

Franz Eggert arbeitete zunächst in seiner Heimat, später in Wien (1839) und ging dann auf Wanderschaft, die ihn über Triest, Venedig und Verona nach Innsbruck führte. In Tirol lernte er

Franz Scheyring kennen, der in der Schweiz gearbeitet und dort bereits sozialistischen Vereinigungen angehört hatte, sowie Georg Schaum aus Fürth/Bayern, der sich gleichfalls für sozialistische Ideen interessierte. Alle drei wurden am 18. Februar 1846 verhaftet. Eggert wanderte später in die Vereinigten Staaten aus, wo er bald darauf verstarb.

Franz Eggert war ein lupenreiner Idealist, dessen Gedanken der Entwicklung weit vorausseilten. Mit einem geradezu religiösen Sendungsbewußtsein propagierte er seine Ziele und fand begeisterte Gefolgschaft. Die Utopisten verkündeten eine „neue Moral, die noch niemand zu predigen wagte“. Die Anhänger dieser Idee waren ständiger Verfolgung durch die Herrschenden ausgesetzt und wurden schließlich in alle Welt zerstreut. Emil Strauß hat diese Gruppe später einmal folgendermaßen charakterisiert: „In der Geschichte des Sozialismus Deutschböhmens wird dieses Häuflein idealer, arbeitsamer, ehrlich strebender, talentierter Revolutionäre, die sich in einer Welt von hinterlistigen, engstirnigen Bürokraten und rachsüchtigen, gedankenlosen Polizisten nicht behaupten konnten, fortleben. Mit Schmach und Schande hat die Nachwelt ihre Unterdrücker bedeckt, während sie um die blasse Stirn unterlegener Freiheitskämpfer den Lorbeer windet.“

In der Zwischenzeit war der geistige Einfluß Ferdinand Lassalles auf die Arbeiter Deutschböhmens immer stärker geworden. Das von ihm am 12. April 1862 vor den Arbeitern der Borsigwerke in Berlin entwickelte Programm und seine am 1. März 1863 an die Leipziger Arbeiter gerichtete Botschaft zündeten auch diesseits des Erzgebirges den Funken der Begeisterung.

Im September 1863 schrieben zwei Arbeiter aus Asch an den Vizepräsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Dr. Dammer, Lassalles

Fanal habe ihre kärgliche Behausung erleuchtet und ihre Gedanken erfaßt. „Wir leben“, hieß es in dem Brief, „als Protestanten nach der reinen Christuslehre, da ist die Bibel unsere Richtschnur; folglich lieben, achten und ehren wir jeden Menschen, welcher Konfession er auch angehören mag. Nicht der Name, sondern die Tugend macht den Christen, und über diese Tendenz kann jedermann auf unsere Rechtlichkeit sich verlassen. Soweit wir uns in das Programm des Herrn Lassalle durch Ihr höchst geehrtes Antwortschreiben und durch die vier uns gesendeten Druckschriften eingeweiht haben, kann es kein anderes Heil der Menschheit geben als die Ausführung dieser allerwichtigsten Aufgabe des Arbeiterstandes, und Herr Lassalle und respektive alle Subjekte, die sich mit ihm an die Spitze stellen, sind für Erlöser der Staatsübel anzuerkennen. Nur Finsterlinge können denselben entgegentreten. Was Hus, Luther, Zwingli und Calvin für die Kirche waren, das sind diese Welterleuchter für den Staat.“

Ferdinand Lassalle setzte einen der Unterzeichner dieses Schreibens, Johann Simon Martin, zu seinem Bevollmächtigten ein. Die Gesinnungsfreunde in Asch blieben indessen nicht untätig. Ein Jahr später, als Lassalle frühzeitig starb, zählte die Sektion des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Asch bereits 112 Mitglieder. Es war der erste sozialdemokratische Ortsverein auf dem Boden Österreichs. Am 14. April 1867 folgte Martin seinem Vorbild und Lehrmeister in den Tod. Der Leipziger „Sozialdemokrat“ schrieb in einem Nachruf u. a.: „... da war vergessen, was Herbes und Dornenvolles auf der Bahn unseres Wirkens liegt, vergessen alles Leiden und alle Mühsale eines rastlosen Kampfes, vergessen, was uns nur je betrüben und schmerzen kann; wir waren glücklich in dem Bewußtsein, daß wir nicht vergebens wirkten: wir fanden Befriedigung in dem Gedanken an das Sterbebett in Asch.“

Am 28. September 1864 konstituierte sich die „Internationale Arbeiterassoziation“, die in Böhmen 5000 Mitglieder zählte. Für sie wirkte als erste sozialistische Agitatorin in Gesamtösterreich die 1831 geborene Anna Altmann. Bereits im Jahre 1866 organisierte sie als Vertreterin der Textilarbeiter im Polzentäl einen erfolgreichen Streik um höhere Löhne. Zuletzt lebte sie in Schönfeld bei Aussig.

Unter den Arbeitern Deutschböhmens brach sich jetzt die Erkenntnis Bahn, daß eine eigene Arbeiterpartei geschaffen werden mußte. Im Textilindustriegbiet um Reichenberg bildete sich 1868 ein Arbeitsausschuß zur Propagierung des Sozialismus. Damit hatte sich der erste Vertrauensmännerausschuß in Böhmen konstituiert. Das Haupt dieser politischen Wegbereiter war Josef Krosch, ein Arbeiter aus Friedland, der in Deutschland gearbeitet und Lassalle reden gehört hatte. Er wurde nicht nur wegen seiner Herkunft „der Friedländer“ genannt, sondern auch deshalb, weil die im Freien versammelten Männer an Wallensteins Lager erinnerten. Dieser erste Führer der Arbeiter in der nordböhmischn Industrielandtschaft wurde am 10. November 1840 geboren. Er starb am 10. Mai 1870 im Prager Landgerichtsgefängnis. Lungenkrank und kehlkopfleidend überstand er die Kälte und die Qualen des Kerkers nicht.

In Geschichtsbetrachtungen ist über diese Wendezeit zu lesen: „Zum ersten Male wurde in den bedrückten, geknechteten Arbeitern die Hoffnung geweckt, daß sie sich helfen können, daß es einen Ausweg aus der Hölle gebe, die sie auf Erden erlebten. Mit jugendlichem Ungestüm stürzte sie sich in den Kampf, begeistert von dem Ausblick, den ihnen die Redner in den Versammlungen gaben.“

Über Wien gelangten die Lehren des Sozialismus auch zu den tschechischen Arbeitern. Die Wiener

Arbeiterversammlung vom 10. Mai 1868 gab ein Manifest an alle Arbeiter Österreichs heraus, das auch in tschechischer, polnischer, italienischer, rumänischer und ungarischer Sprache veröffentlicht wurde. Das Programm vom 30. August 1868 befaßte sich auch mit der nationalen Frage. „In nationaler Hinsicht vertritt die sozialdemokratische Partei das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, hieß es darin. Das erste Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie stellte sich also auf den Standpunkt der Freiheit und Selbstbestimmung aller Völker.

Zu jener Zeit tauchte ein Name auf, der im Verlauf der weiteren Entwicklung bedeutungsvollen Klang haben sollte. Josef Schiller, genannt „Schiller-Seff“, der begabteste Schüler Kroschs, berichtete über die ersten Versammlungen der Arbeiterpartei: „Auf einer grünen Wiese in der Nähe des Reichenberger Krankenhauses trafen wir zusammen und legten uns rings um den Friedländer herum wie Wallensteins Getreue und lauschten seinen Berichten und Erklärungen.“

Bald wagte man es, die Botschaft des Sozialismus vor einem größeren Forum zu verkünden. Am 8. September 1869 fand zum ersten Male eine Volksversammlung statt, die große Begeisterung auslöste. Von welchem Idealismus die Arbeiter beseelt waren, überliefern uns Berichte von dieser Willenskundgebung: Die Zuhörer wollten nicht nach Hause gehen, blieben auf der Grasfläche vor dem Versammlungslokal sitzen und zwangen so die Redner, nochmals zu ihnen zu sprechen.

Andreas Scheu, der Führer der Sozialdemokratie Österreichs in der ersten Hälfte der Siebzigerjahre, bekannte: „Den klaren, hoch aufleuchtenden Geist, den tiefen sittlichen Ernst so wie ich ihn mir wünschte und vorstellte, sollte sich erst in Reichenberg am schönsten finden. Die vielleicht etwas schwerfälligen, aber nachdenklichen Arbeiter des Reichenberger Kreises blieben bis zum

Ende des Jahrhunderts unbestritten die Sturmtruppe der deutschen Arbeiterbewegung Böhmens.“

Tausende Menschen versammelten sich am 7. August 1870 auf dem Lubekayer Berg bei Reichenberg zur ersten großen Demonstration deutscher und tschechischer Arbeiter. Den Delegierten zum Wiener Parteitag 1872 wurde aufgetragen, für das auszuarbeitende Aktionsprogramm folgende Forderungen zu stellen:

Zehnstundentag; gleiche Entlohnung für Männer und Frauen; Verbot der Kinderarbeit; Aufstellung von Lohnstarifen und Regelung der Unfallversicherung.

In ganz Nordböhmen war damals eine innere Festigung der Arbeiterbewegung festzustellen. Man versuchte, der Partei eine straffere Organisationsform zu geben. Diesem Zwecke diente eine Konferenz in Althabendorf bei Reichenberg, die am 9. Juli 1876 tagte. An ihr nahmen Delegierte aus Reichenberg und den umliegenden Orten, sowie aus Kratzau, Grottau, Gablonz, Schumburg, Niemes und Aussig teil.

Es war die erste sozialdemokratische Parteikonferenz Deutschböhmens, die von Delegierten eines größeren Gebietes besickt war. Eine dort gefaßte Resolution besagte, daß sich die nordböhmischen Arbeiter als ein Teil der sozialdemokratischen Partei Österreichs betrachteten, die „Gleichheit“ als Zentralorgan und den „Arbeiterfreund“ als Organ für Nordböhmen anerkannten. Sie kamen ferner überein, sich eine einheitliche Organisation zu geben. Mit der Leitung der Geschäfte wurde ein fünfgliedriges Landeskomitee betraut, das nach außen, vor allem aber den Behörden gegenüber, als Herausgeberkollektiv des „Arbeiterfreundes“ galt. Diesem Komitee gehörten Ferdinand Schwarz aus Althabendorf, Josef Ulbrich aus Reichenberg, Konrad Potrasek aus

Iglau, Karl Vojte aus Guben und Wilhelm Kiese-wetter aus Reichenberg an. Den Vorsitz übernahm Kiese-wetter, während Schwarz als Sekretär und bewegende Kraft wirkte.

Damit war die erste Landesorganisation und die erste Landesparteivertretung der deutschen Sozialdemokratie Böhmens ins Leben getreten. Erst 1878 wurde im Wirtshaus „Zur Kastanie“ in Prag-Brovnov die tschechische sozialdemokratische Partei gegründet.

Die österreichische Arbeiterbewegung – und mit dieser auch ihr großer sudetendeutscher Teil – hatte das Glück, in ihrer Durchbruchperiode bedeutende Persönlichkeiten an ihrer Spitze zu sehen. Die stärkste war ohne Zweifel Viktor Adler. Dieser am 24. Juni 1852 in Prag geborene Bürgersohn war als Student noch in deutschnationalen Gedankengängen befangen. Der junge Arzt stieß als Gewerbeinspektor auf furchterliche, heute unvorstellbare soziale Zustände in den Ziegelwerken der südlichen Wiener Stadtbezirke. Die Erkenntnis dieser sozialen und menschlichen Katastrophe wandelten den Bürger zum Sozialisten. Als Viktor Adler sich der geächteten und zersplitterten jungen Arbeiterbewegung anschloß, richtete er sein Streben auf die Einigung von „Radikalen“ und „Gemäßigten“. Sein Aufruf vom 3. November 1888 blieb nicht ohne Wirkung:

„Vergessen sei der alte Hader und nichts möge unser Herz erfüllen als der feste Entschluß, eine unzertrennliche Schar von Brüdern zu bilden, die nicht ruhen und rasten werden, bis unsere heilige Sache gesiegt hat und das große Ziel erreicht ist: die Emanzipation der Arbeiterklasse.“

Am 30. Dezember 1888 traten die Delegierten der österreichischen Arbeiterschaft im niederösterreichischen Städtchen Hainfeld zusammen. Die Wahl fiel auf diesen Tagungsort, weil man vom Lilienfelder Bezirkshauptmann, dem späteren Mi-

nister Graf Auersperg, keine überflüssigen Schikanen und Scherereien befürchtete. Auersperg wohnte dem Parteitag als Gast bei. Es waren 110 Vertrauensmänner gekommen, von denen 70 stimmberechtigt waren, darunter acht Vertreter Deutschböhmens. Wichtigster Punkt der Tagesordnung war eine von Victor Adler und Karl Kautsky ausgearbeitete Prinzipienerklärung, die in folgender Feststellung gipfelte:

„Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.“

Ausgangspunkte der sozialen Bewegung wird durch die erste Einwohnerkonskription vom Jahre 1781 illustriert:

Damals zählten Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien zusammen 3 994 452 Seelen, also rund vier Millionen. Davon waren nach ihrer sozialen Zugehörigkeit:

- 2 421 Personen des Adelsstandes
- 5 639 Personen des Beamtenstandes des Landesherren
- 10 024 Angehörige des geistlichen Standes
- 121 630 Bürger und Handwerker
- 3 854 738 Angehörige eines unfreien Bauernstandes

DEUTSCHER BUND 1815 – 1866



Nordböhmische Maschinenstürmer

Maschinenlied

O Himmel, welch Elend herrscht jetzt auf der Welt,
Das haben ja wirklich die Maschinen angestellt.
Wo schmerzliche Thränen das Auge umhüllen
Und finstere Launen das Herz erfüllen.

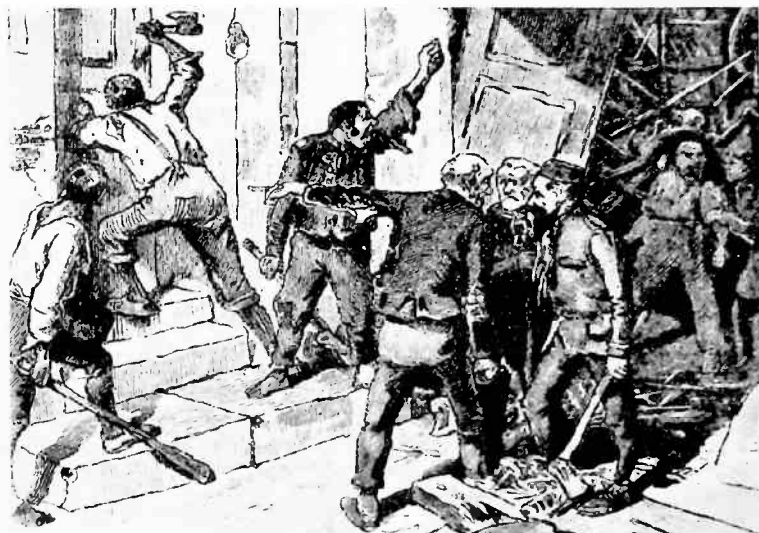
Das Leben der Menschen ist drückend und schwer,
Ach, wenn doch keine Maschine mehr wär,
Viel Arme sich wünschen durch Arbeit zu erholen,
Ja, wenn doch der Teufel die Maschinen möcht' holen.

Es werden die Menschen von Kummer gequält,
Um Nahrung zu suchen umher in der Welt,
Mit Weib und mit Kindern mit traurigem Sinn.
Das hat man zu verdanken den verdammten Maschin'.

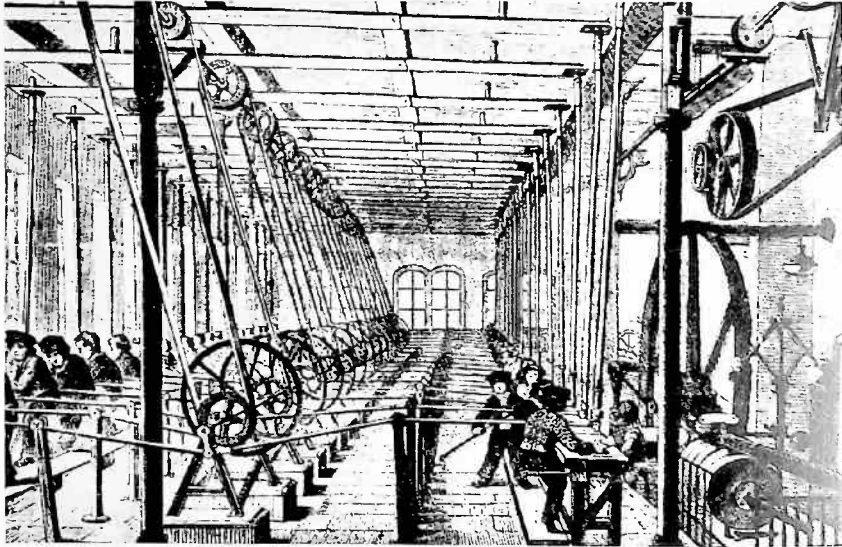
Vor dreißig und vierzig, noch mehreren Jahren
Da hat man von Maschinen noch gar nichts erfahren,
Da sah man noch Männer als Meister dastehen,
Jetzt müssen's den Landmann um Nahrung anflehen.

O Freunde! O Freunde! Es wird schwerlich noch besser,
Denn durch die Maschinen wird's Elend noch größer.
Sie studieren, spekulieren um den Habsuchts-Kampf,
Was die Maschinen nicht vernichten, das vernichtet der Dampf.

Vater vom Himmel, wirf doch deinen Blick
Doch gnädig erbarmend auf uns jetzt zurück,
Und ändere die Zeiten, vertilge die Not
Und gib doch ein jedem zur Nahrung sein Brot.



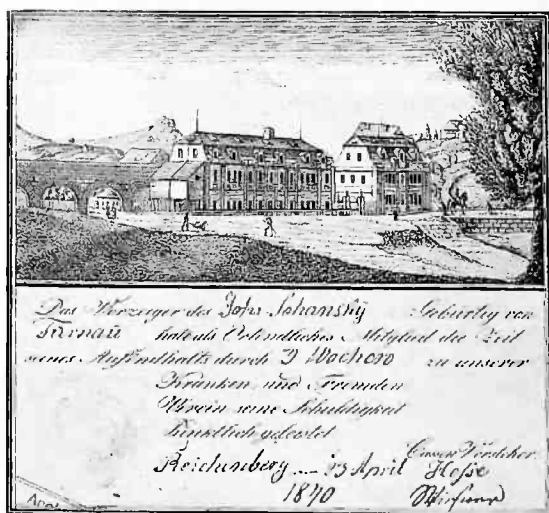
*Arbeiter in Reichenberg
stürmen eine Fabrik und
zerstören die Maschinen.*



*Kinderarbeit
in einer Fabrik*



In der Stahlgießerei



Mitgliedskarten von Arbeiter-
 unterstützungsvereinen vor 1848



Auf den Barrikaden der Revolution von 1848 kämpften Arbeiter — gemeinsam mit Bürgern und Studenten — für eine freiheitliche Verfassung und für die Demokratie. Am 13. März 1848 schoß die Polizei in die demonstrierende Menge.

Sehnsucht

Wir!
Wir Volk!
Wir streben zum Licht!
Zur Freiheit!
Zur Freiheit!
Wir streben zum Leben,
zum Leben!

Wir ringen uns los von bindender Erde,
fliehen die Löcher voll Modergeruch,
rechen die Körper der Sonne zu,
ohne Gewandung zum Licht!
Es splintern die Glieder der Ketten wie
Glas,
es springen die festesten Fesseln
und gleiten herunter am blühenden Fleisch,
verankert im Schlamm:

Erlösung!
Freiheit!
Wir werden frei!
Wir Volk!
Brüder, welch' ein Glück!

Krallt eure Hände in den Wind!
Werft eure Häupter lichtentgegen,
lacht Sonne hinein in die Seele,
lacht Sonne hinein in die Seele!
Wir streben zum Leben!

Walter Uhle





Die Erlösung

Johann Simon Martin

(gest. 14. 4. 1867) war der Gründer des ersten Ortsvereins des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ im Sudetenland. Er schrieb an Lassalle nachstehenden Brief:

Die Geistesfunken Lassalles hatten früher als in Wien die Herzen der deutschböhmischen Arbeiter entflammt. In Asch wurde im gleichen Jahre der Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ (1863) eine Zweigstelle gebildet. Es war die erste sozialistische Lokalorganisation in Böhmen und Österreich. Ihr Vorsitzender hieß Simon Martin.

Hoher Idealismus sprach einst aus seiner Antwort auf die Frage, ob er nicht müde werde, gegen den Strom zu schwimmen, der durch Unternehmerwillkür und Polizeiterror gegen ihn flute: „Nein! Ich möchte nur das erleben, was unser Bestreben ist!“ Doch im besten Mannesalter raffte ihn, wie so viele der kämpferischen, notleidenden Arbeiter, der Tod dahin. Bis zu seinem Todestage hat er für den Sozialismus gewirkt.

Diesem ersten Vertrauensmann einer Arbeiterorganisation im Sudetenland widmete der Leipziger „Sozialdemokrat“ damals den ergreifenden Nachruf: „... da war vergessen, was Herbes und Dornenvolles auf der Bahn unseres Wirkens liegt, vergessen alles Leiden und alle Mühsal eines rastlosen Kampfes, vergessen, was uns je betrüben und schmerzen kann: wir waren glücklich in dem Bewußtsein, daß wir nicht vergebens wirkten...“

„Schreiben der Arbeiter von Asch an das Zentralkomitee des deutschen Arbeiter- kongresses in Leipzig zur Aufnahme“

Am 30. September 1863 erhielt der Vizepräsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Leipzig, Dr. Dammer, die Beitritts-erklärung einer Gruppe Ascher Arbeiter.

Wohlgeborener, Hochgelehrter, Hochzuverehrender
Herr Doktor Dammer!

Von dem frommen Wunsche beseelt: Möchten doch alle Menschen so von der Aufrichtigkeit des Demokratismi wie wir beiden Unterzeichneten überzeugt sein! geben wir uns die Ehre, Euer Wohlgeboren edeldenkendes Schreiben an uns hiermit zu beantworten. Die in Ihrem Briefe wie in den Statuten und in den dreien uns gesendeten Broschüren enthaltenen Ansichten und Bedingungen sind der Aufschwung zum allerchristlichsten Kosmopolitismo. Wir müßten uns selbst hassen, wenn wir nicht unsere Zustimmung und Bereitwilligkeit zum Beitritt versichern wollten. An einen Verein sich anzuschließen, der nur fleißige, sparsame und intelligente Mitglieder aufnimmt und duldet, das ist der festeste Grund, sein Glück zu bauen; denn nur im Gegenteil blüht das Wehe der Menschheit. Von den nämlichen Grundsätzen durchdrungen, wünschen noch mehrere Individuen hier beizutreten...

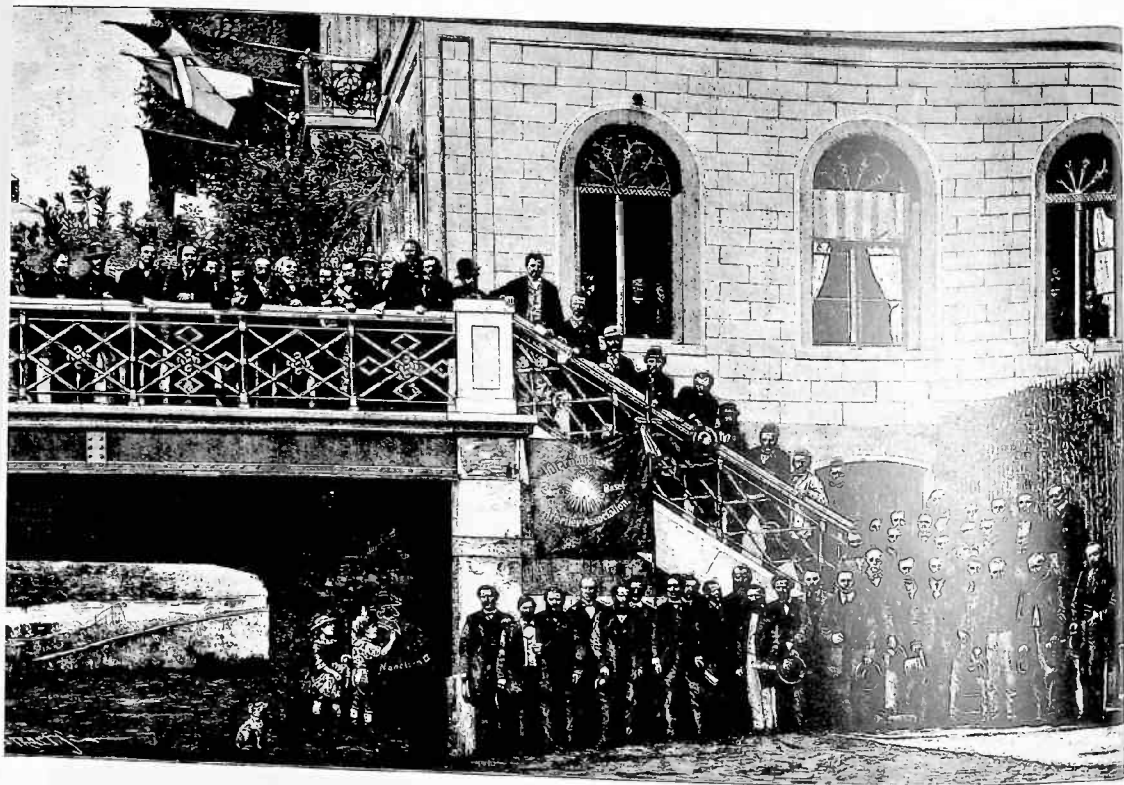
Wir leben als Protestanten nach der reinen Christuslehre, da ist die Bibel unsere Richtschnur; folglich lieben, achten und ehren wir jeden Menschen, welcher Konfession er auch angehören mag. Nicht der Name, sondern die Tugend macht den Christen, und über diese unsere Tendenz kann jedermann auf unsere Rechtllichkeit sich verlassen.

Soweit wir uns in das Programm des Herrn Lassalle durch Ihr höchst geehrtes Antwortschreiben und durch die vier uns gesendeten Druckschriften eingeweiht haben, kann es kein anderes Heil der Menschheit geben als die Ausführung dieser allerwichtigsten Aufgabe des Arbeiterstandes, und Herr Lassalle und respektive alle Subjekte, die sich mit ihm an die Spitze stellen, sind für Erlöser der Staatsübel anzuerkennen. Nur Finsterlinge können denselben entgegentreten. Was Hus, Luther, Zwingli und Calvin für die Kirche waren, das sind diese Weltleuchter für den Staat.

Wir harren demnach aller weiteren Nachricht sehnsuchtsvoll entgegen; wir versprechen, uns Ihrer Verfügung gern zu unterwerfen und empfehlen uns Ihrem Gutachten und Wohlwollen.

Zu dieser Hinsicht, wo man im Staatshaushalt nach Gottes Welt-haushalt sich richten muß, unterzeichnen sich mit demokratischem Kompliment hochachtungsvoll und ehrfurchtsvollst Euer Wohlgeboren ergebensten bereitwilligsten Diener

N. N. allhier und N. N.“



Die Delegierten am vierten internationalen Arbeiter-Kongreß in Basel im Jahr 1869

Prinzipienerklärung der Internationalen Arbeiter=Assoziation

In Ermägung,

daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß;

daß der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft;

daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneignung der Arbeitsmittel, das heißt der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt — dem gesellschaftlichen Elend, der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit;

daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung, als Mittel, untergeordnet ist;

daß alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche gescheitert sind aus Mangel an Einigung unter den mannigfachen Arbeitszweigen jedes Landes und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bundes unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder;

daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe

ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt;

daß die gegenwärtig sich erneuernde Bewegung der Arbeiterklasse in den industriellsten Ländern Europas, während sie neue Hoffnungen wachruft, zugleich feierliche Warnung erteilt gegen einen Rückfall in die alten Irrtümer und zur sofortigen Zusammenfassung der noch zusammenhanglosen Bewegungen drängt;

aus diesen Gründen ist die Internationale Arbeiter=Assoziation gestiftet worden.

Sie erklärt:

Daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen, als die Regel ihres Verhaltens zueinander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität.

Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten!

Aus dem ersten österreichischen sozialdemokratischen Aktionsprogramm vom 30. August 1868

Die sozialdemokratische Partei bezweckt auf friedlichem und gesetzlichem Wege, lediglich durch die Macht der öffentlichen Überzeugung, die vollständige Gleichberechtigung aller Staatsbürger, und zwar in politischer Beziehung durch die Herstellung des freien Staates vermittels der Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts für alle Vertretungskörper, und in sozialer Beziehung durch den Selbstgenuß des Ertrages der Arbeit des Einzelnen vermittels Produktivassoziationen, gefördert durch den freien Staat.

In nationaler Hinsicht vertritt die sozialdemokratische Partei das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

Die Kongresse der alten Internationale

- 1866
Erster Kongreß in Genf
vom 3. bis 8. September
- 1867
Zweiter Kongreß in Lausanne
vom 2. bis 8. September
- 1868
Dritter Kongreß in Brüssel
vom 6. bis 13. September
- 1869
Vierter Kongreß in Basel
vom 6. bis 12. September
- 1872
Fünfter Kongreß in Haag
vom 2. bis 7. September



Ferdinand Lassalle

*geboren am 11. 4. 1825 in Breslau,
gestorben am 31. 8. 1864 in Genf.*

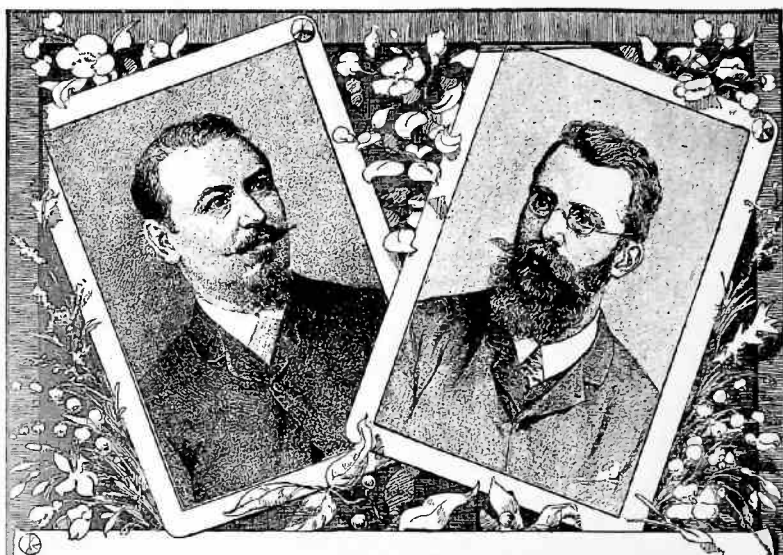
Begründer, Programmatiker und erster Präsident
des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.



August Bebel

*geboren am 22. 2. 1840 in Köln,
gestorben am 13. 8. 1913 in Passag.*

Führer der Sozialdemokratie.



Lied der Arbeit. C. Josef Scheu.

Chorisch

Wird uns das Licht der guten Botschaft der freien Menschheit angedacht auf

ist alle Welt Menschheit und wir sind ein Teil der großen Welt, und freudig und

die freie humanitäre Arbeit, die Arbeit, die Arbeit, die Arbeit.

Scheu

Wie ein Sonnenstrahl an trüben Tagen aufleuchtet, so hat 1868 das erste von dem Arbeiter J. Zapf verfaßte Gedicht „Lied der Arbeit“, vertont von Josef Scheu, die Herzen beschwingt und den Kampfmuth bestärkt. Millionen sangen diese Hymne.

Wegbereiter der sudetendeutschen Sozialdemokratie

Franz Eggert

geboren 1815, gestorben 1884, USA, verbreitete die Schriften der „utopischen“ Sozialisten Wilhelm Weitling und Cabet. Sein Plan war, in Amerika eine Kolonie Gleichgesinnter zu gründen, wo sie ohne hohe Obrigkeit, nur unter „freisinnigen, vernunftgemäßen“ Gesetzen leben würden. Von den geistlosen Schergen Metternichs verfolgt, wanderte er nach Amerika aus, wo er sich glücklos im Existenzkampf aufrieb, ohne Möglichkeit, in der Neuen Welt für seine Ideen zu wirken.



Anna Altmann

geboren am 17. 11. 1851 in Böhmisches-Leipa, gestorben im Frühjahr 1937 in Schönfeld-Aussig, hat sich schon als fünfzehnjähriges Proletariemädchen mit dem Ideengut Lassalles beschäftigt und in den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts einen Streik der Textilarbeiterinnen organisiert. Schon 1876 trat diese mutige Frau als Rednerin öffentlich hervor und am 8. März 1889 erschien in der „Gleichheit“ von ihr ein Aufruf zum internationalen Zusammenschluß der Sozialisten. Sie war die erste sozialdemokratische Agitatorin ganz Österreichs.



Josef Hannich

geboren am 23. 6. 1843 in Rosenthal bei Reichenberg, gestorben am 19. 8. 1934 in Wien, war gelernter Tuchmacher und machte in der Verfolgungszeit Bekanntschaft mit dem Kerker, der den aufrechten Mann nicht zu beugen vermochte.

Hannich übernahm nacheinander die Redaktion der Blätter: „Arbeiterfreund“ in Reichenberg, „Volksfreund“ in Brünn, „Nordböhmischer Volksbote“ in Steinschönau. Er wurde 1897 als Abgeordneter der 5. Kurie im Wahlkreis Reichenberg gewählt, trat 1905 zurück, um Viktor Adler den Einzug in den Reichsrat zu ermöglichen. 1907 wurde er im Wahlkreis Rumburg von bürgerlich-freieitlichen Kreisen unterstützt und blieb Reichsratsabgeordneter bis 1911.

Sein Gedicht „Du kannst es“ offenbarte Leiden und Hoffnungen der damaligen Zeit.

Ferdinand Schwarz

geboren 1852, gestorben 1906. Bäckermeister Ferdinand Schwarz aus Hanichen bei Reichenberg bewährte sich in den Verfolgungsjahren 1878—80 als Bannerträger der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie.



Hugo Schmidt

geboren am 3. 7. 1844 in Wagstadt, gestorben am 7. 5. 1907 in Jägerndorf, erlernte das Tuchmachergewerbe und schloß sich 1869 in Reichenberg der Arbeiterbewegung an. Er war ein gewandter Redner und ein besonnener Organisator, aber unbeugsam gegen alles Unrecht. Er war Delegierter beim Parteitag in Hainfeld.



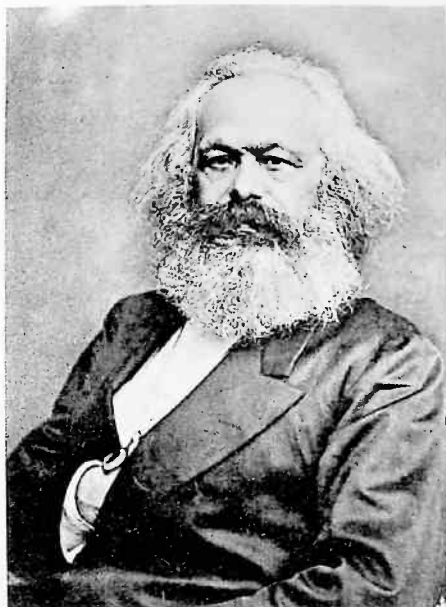
Johann Anton Jobst

1869 in Asch geboren, starb, erst 29 Jahre alt, am 31. März 1898, geehrt und geliebt wie kein Zweiter. Trotz dieser kurzen Lebensfrist erwarb er sich den Namen als Westböhmens großer Vorkämpfer für den Sozialismus, der Erzieher, Kämpfer und Organisator zugleich war. „Sein Name bedeutet den Weg von bangem, ungewissem Hoffen zum selbständigen Handeln der Arbeiter“, so faßt Christian Bloss seine ausführliche Würdigung zusammen, die im Sudeten-Jahrbuch 1968 erschien.



Karl Marx

*geboren am 5. 5. 1818 in Trier,
gestorben am 14. 3. 1883 in London.*



*Karl Marx' Grab
auf dem Friedhof zu Highgate*





Die österreichischen Delegierten am Pariser Kongreß 1889: J. Popp, E. Kralik, V. Adler, R. Pokorny; Hybeš, H. Dietl, W. Korber.

Beschlüsse des Parteitages

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs
am Parteitag zu Hainfeld (30./31. Dez. und 1. Jänner 1889)
ergänzt am Parteitag zu Wien (Pfingsten 1892)

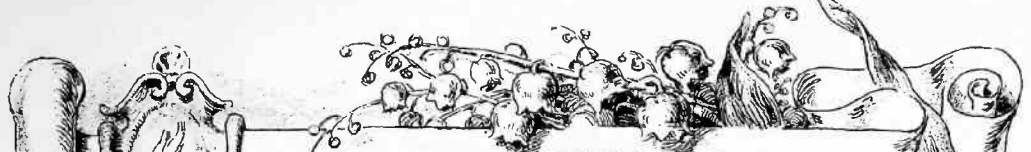
Thesen aus der Prinzipienerklärung

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich ist eine internationale Partei, sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst.
2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Öffentlichkeit, Presse, Versammlungen voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.
3. Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.
4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirtschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutzgesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u.s.f.), deren Durchführung unter der Mitkontrolle der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Koalitionsfreiheit angestrebt werden.
5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche



Zugänglichkeit sämtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die notwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.
7. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassegegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.“



Der Mai 1890.

Der 1. Mai.

Von Ernst Maak.



Hör' raff' dich auf, du bleiche Schaar,
Du Volk der fleiß'gen Hände,
Entschließe dich zum ersten Schritt,
Daß sich dein Schicksal wende!
Heut' ist der erste Tag des Mai,
Da soll dein Werkzeug rasten,
Da sollst du ruh'n vom Tagewerk
Und von der Arbeit lassen.

Sieh auf die Brüder rund umher
Bei allen Nationen,
Ob sie nun in der alten Welt,
Ob in der neuen wohnen —
Sie reichen heute sich die Hand,
Ein einzig Volk der Erde,
Sie schließen sich zu einem Band,
Damit es besser werde.

Von früh bis spät in der Fabrik
Hüßl' du die Hände regen,
Nicht kann der abgeheulte Leib
Dahin der Ruhe pflegen,
Du müdest dich um kargen Lohn,
Kannst kaum den Hunger wehren,
Und was das Leben Schönes heut,
Das mußt du all' entbehren.

Verstümmern muß dein hoher Geist,
Die Wange muß verbleichen,
Esterben muß dein Jugendmuth,
Die Kraft dem Siedehum weichen,
Gleich einer Bürde, einer Last,
Schleppst du dahin dein Leben —
Wo blieb die froh'ge Hoffnung dir,
Das siegesfrohe Streben?

Sogar dein Weib, sogar dein Kind
Läßt du zum Frohndienst pressen,
Indes so mancher lachende Mann
Muß feiern unterdessen,
Indes so mancher lachende Mann
Riß durch das Baldin lachend —
Gemeinsam ist euch Beiden nur
Das Darben und das Hungern.

O glaube nicht, du bleiches Volk,
Daß ewig solche Hölhe —
Schon flammt an deinem Himmel auf
Der Zukunfts' Morgenröthe.
Nicht gibt es einen Schicksalsabschuß:
Du lebst zur That geboren. —
Klingt dir denn nicht des Meien Stroh
Hellschimmernd in die Ohren?

Wach' auf, mein Volk, und schau empor —
Es ist der Mai gekommen;
Der Leinwand, der der Dichter preiß,
Ist hochaufsteigend gekommen.
Sieh die Bäume rings umher
Erblüht ist alles Grün —
Es haun der Mai, so sollst du, Volk,
Dich auch vom Joch erheben!

Da sollst du einen frohen Sinn's
Der Arbeit Reizen bezaubern
Und zu den Mächtigen dieser Welt
Mit kühnen Munde sprechen:
Ihr sollt mich nicht von früh bis spät
In der Fabrik begraben —
Ich bin ein Mensch wie Ihr und will
Mein Theil am Leben haben.

Ich will des Leibes frische Lust
Mit vollen Tugnen fangen,
Ich will an Willenskraft und Kunst
Ergößen Sinn und Augen,
Ich will nicht als gehob'ner Mensch
Schon vor der Zeit verderben,
Und nicht mit Weib und Kind dahin
Langsam des Hungers sterben!

D'rum wache auf und rüste dich,
Der Herruf ist ergangen;
Erb' aus dem Herzen heut' die Furcht.
Das Bogen und das Fangen.
Der Gegner frecher Hebermuth
Soll immermehr dich scheeren —
Des Erdballs Proletariat
Wird dir den Rücken decken!

Das ist's, was uns so hoch erhebt,
Daß heut', zum ersten Male
Die ganze Welt ihr schwer Gewicht
Wirft in die Waagschale,
Und wird auch nicht im ersten Sturm
Der Widerstand bezwungen —
O glaubt mir, kommen wird der Mai,
Da wir den Sieg erzwingen.



1. Mai 1898 in Reichenberg

Hoch der 1te Mai!

Aus 100 000 Keften lant
 Der hohe hehre Sang,
 Es hat das „Lied der Arbeit“
 doch
 Den allerbesten Klang
 Erkennen muss die ganze
 Welt
 Ob Semit oder Arier
 Es ist und bleibt der erste
 Mai
 Der Tag der Proletarier!



*Eine mehrfarbige Werbepostkarte zum 1. Mai,
 wie sie vielerorts herausgegeben wurde*

Sozialdemokratische Zeitungen.

„Arbeiterwille“
Graz, Sackstrasse Nr. 55.
Erscheint 14tägig.

„Delnický Listy“
Wien, VI. Gumpendorferstr.
Erscheint 14tägig.

„Arbeiterstimme“
Brunn, Lazarethgasse Nr. 3.
Erscheint 14tägig.

„Socialní Demokrat“
Prag, II. Pstrossgasse Nr. 196.
Erscheint 14tägig.

„Avanti!“
Triest, Via Farneto 1, I. Stock.
Erscheint 14tägig.

„Glühlichter“
Wien, I. Am Bergel Nr. 1.
Erscheint 14tägig.

„Glasarbeiter“
Gablonz a. d. N., Wustungerg. 39.
Erscheint 14tägig.

„Freigeist“
Reichenberg, Ladegasse 23.
Erscheint 14tägig.

„Oest. Bauarbeiter-Zeitung“
Wien, Neulerchenfeld, Hauptstrasse Nr. 60.
Erscheint 14tägig.

„Osmihodinná doba pracovní“
Prag, Smichov, Kessneska 253.
Erscheint 14tägig.

„Heslo“
Prag.
Erscheint 14tägig.

„Arbeiter-Zeitung“

Organ d. österreichischen Sozialdemokratie.
Wien, VI. Gumpendorferstrasse 60.
Erscheint jeden Freitag.

„Praca“
Lemberg.
Erscheint 14tägig.

„Metallarbeiter“
Wien.
Erscheint 14tägig.

„Glück auf!“
Prag.
Erscheint 14tägig.

„Cervanky“
Brunn.
Erscheint 14tägig.

„Volkspreſſe“

Wien, VII. Bez., Kaiserstrasse Nr. 117.
Erscheint 14tägig.

„Rovnost“
Brunn.
Erscheint 14tägig.

„Textilarbeiter“
Reichenberg.
Erscheint 14tägig.

„Tischler-Zeitung“
Wien.
Erscheint 14tägig.

„Freie Schuhmacher-Zeitung“
Wien, VII. Kaiserstrasse 117.
Erscheint 14tägig.

„Fachblatt der Drechsler“
Wien, VI. Schmalzhofgasse 12.
Erscheint 14tägig.

„Robotnik“
Lemberg.
Erscheint 14tägig.

„Radnicki glasnik“
Agram.
Erscheint 14tägig.

„Hlas Lidu“
Prossnitz, Markgrafgasse 21.
Erscheint 14tägig.

„Vorwärts!“ (Buchdrucker-Organ)
Wien, VII. Zieglergasse Nr. 25.
Erscheint wöchentlich.

„Freie Hutmacher-Zeitung“
Wien-Penzing, Poststrasse.
Erscheint 14tägig.

„Bäcker-Zeitung“
Fünfhäus, Neubaugürtel 44.
Erscheint 14tägig.

„Zeitschwingen“
Reichenberg, Ladegasse Nr. 25.
Erscheint monatlich.

„Volksfreund“
Brunn, Josefstadt Nr. 39.
Erscheint 14tägig.

Kauft und verbreitet Arbeiterblätter.

1891 gab es in Österreich 29 sozialdemokratische Zeitungen und Zeitschriften, von denen 13 im böhmisch-mährischen Raum erschienen.



Der Bergmann Ludwig Walitschek gehörte zu den Pionieren der Arbeiterbewegung im Biler Gebiet. Obmann des politischen Vereines „Karl Marx“ war Josef Seliger	Mitglieds-Karte des politischen Vereines „Karl Marx“ in Teplitz. Nr. 535 Jahr 1896 Name: <i>Ludwig Walitschek</i> Wohnort: <i>Leipzig</i> Gesamtjahr: <i>1858</i> Wohnt: <i>Radomitz Nr. 97</i> <i>Selig</i> <i>Carl Hoff</i> d. Z. Obmann d. Z. Schriftführer
---	---

Die alte Streitfrage, ob am Anfang die Umformung der Gesellschaft als Voraussetzung für die Befreiung der Menschen aus materieller und geistiger Not stehen müsse, oder ob diese Aufgabe nur von „neuen Menschen“ bewältigt werden könne, wurde durch die Tar gelöst: Lange vor den politischen Organisationen, die übrigens in den Zeiten der Verfolgung nicht geduldet wurden, entstanden die Arbeiterbildungsvereine, die nach und nach auf das eine große Ziel ausgerichtet wurden.

Josef Schiller

Der sudetendeutsche Freigeist

war der Herold und Troubadour der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung. In einer Zeit geboren (29. Juni 1846), da die Arbeiterschaft nach dem kurzen Zwischenspiel der Revolution von 1848 wieder in größte geistige und wirtschaftliche Knechtschaft versank, war Josef Schiller, das Weberkind, einer der wenigen Menschen, in denen die geistige Lebendigkeit seiner Klasse ihren Ausdruck fand. Als 22jähriger lernte der aufgeweckte junge Mann die Schriften von Ferdinand Lassalle kennen; diese Lektüre begeisterte ihn für den Sozialismus und machte ihn zum Apostel der in Deutschböhmen wieder aufflammenden Bewegung. In Wort und Schrift, in Vers und Prosa rüttelte er, den die Arbeiter unter dem Namen „Schiller-Seff“ kannten, zum Kampfe auf. Wo die trockene Rede nicht mehr eindringen konnte, da gelang dies den beschwingten Worten seiner mitreißenden Gedichte. Den jungen Agitator, der allsonntäglich von Dorf zu Dorf zog, verfolgte der ganze Haß des reaktionären Staates und des Unternehmertums. Nirgends konnte er mehr Arbeit finden; 1873 mußte er seine Heimat Reichenberg verlassen. Nach kurzem Aufenthalte im Ausland arbeitete Schiller-Seff in Nordböhmen; überall verbreitete er den Gedanken des Sozialismus, überall wurde er von den Arbeitern geliebt und verehrt und von den Gegnern gehaßt. Zwölfmal saß er im Gefängnis, drei Jahre seines Lebens hat er im Gefängnis zugebracht. Nach dem Hainfelder Parteitag wurde Schiller der Redakteur des Reichenberger „Freigeist“ und der erste Führer der erstarkten Arbeiterbewegung. Aber Schiller-Seff war eigentlich Romantiker der sozialistischen Bewegung; seiner Natur nach Agitator, waren ihm die Notwendigkeiten einer Massenpartei fremd. Er überwarf sich mit der Bewegung; nach kurzer Tätigkeit als Redakteur des „Textilarbeiter“ sagte er der alten Welt ade. In Amerika – wohin er 1896 auswanderte – erhoffte er ein neues, ihm zusagendes Leben zu finden. Aber nicht lange war es ihm gegönnt, sich der neugewonnenen Freiheit zu erfreuen. Am 16. August 1897 starb er – es ist nicht ausgeschlossen, daß er freiwillig aus dem Leben schied. Wie kaum ein anderer, lebt er im Gedanken der Alten in unserer Bewegung fort, aber auch den Jüngeren ist der Name „Josef Schiller“ eine Erinnerung an das Heldenzeitalter der Sozialdemokratie.



Sklavenjoch

*Sklavenjoch, ei, wie das klingt,
Wie das Wort mein Herz durchdringt,
Sklavenjoch in diesen Zeiten,
Ei, was will das Wort bedeuten?*

*Sklavenjoch — ruft ihr verwundert
Aus — im neunzehnten Jahrhundert?
Jetzt ist doch ein jeder frei
Und doch herrscht die Sklaverei? —*

*Ich vermag das Wort zu fassen,
Müßt ihr spotten oder hassen,
Will es auch die Welt nicht glauben,
Niemand soll das Wort mir rauben.*

*Wo ein Dampfturm sich erhebt,
Wo ein Haus von Kraft durchbebt,
Wo die rauchgeschwärzten Mauern
Immer seufzen, immer trauern,*

*Wo viel tausende Maschinen
Sich durch Dampfkraft bewegen,
Wo mit kummervollen Mienen,
Sich viel tausend Menschen regen:*

*Dorthin wenn es euch gelüstet,
Die ihr euch mit Freiheit brüstet,
In Fabriken müßt ihr gehn,
Und ihr werdet Sklaven seh'n.*



Gedenkblatt zum fünfundzwanzigjährigen Gründungsfeste

des
Arbeiter-Fortbildungsvereines in Rumburg

abgehalten

in den Räumen des Schützenhauses am 8. August 1897.

Wie immer mögen noch die Gegner sagen,
Wie hart und lärmend sie auch uns verachten,
Dass wir Cultur und Ordnung unterwählen
Und mit dem Heiligsten der Menschheit spielen;
In frevelhaftem, kecken Uobermuth
Die Hände strecken aus nach fremdem Gut:
Dass wir nur Faulheit wollen und Vergnügen,
Wir sagen drauf: All diese Gegner lügen!
Sie lügen theils, weil sie uns nicht verstehn,
Und andertheils, da sie es offen seh'n,
Wie ihre Macht von Tag zu Tage schwindet
Und unser Streben neuen Boden findet;
Es ist die Furcht die Mutter dieser Lüge,
Die Masse Furcht vor unserm nahen Siege

Es ist nicht wahr, dass wir das Gute hassen
Und zu dem Zweck „verhetzen“ nur die Massen;
Es ist nicht wahr, dass wir das Böse lieben
Und die Gedanken der Bevölkerung trüben;
Es ist nicht wahr, dass wir Unrechtes wollen
Und wahren Rechte nicht die Achtung zollen;
Es ist nicht wahr, dass wir nach Dingen jagen,
Die rein unmöglich auch in künftigen Tagen;
Es ist nicht wahr, dass wir die Mutterliebe
Ersticken wollen durch die Wucht der Triebe;
Es ist nicht wahr, dass wir das Eheleben
Dem Sinneswechsel wünschen preisgegeben.

Gar viel von dem, was man uns unterschreibt,
Es wird heut' täglich, stündlich ausgeübt;
Gar viel von dem, was man das Rechte heisst,
Es ist durchsichtig, von des Unrechts Geist;
Gar manches, was sich gut und ehrbar dünkt,
Ist krasse Faulnis, die zum Himmel stinkt,
Und die Gewohnheit und das Vorurtheil,
Gepaart mit Herrschsucht, hindern unser Heil.
Hört' unser Heil, es liegt in uns'rer Kraft,
Die alles Grosse schuf, und täglich Neues schafft;
Es liegt bei uns, uns unser Glück zu schmieden,
Nur möge Keiner vor der Zeit ermüden.

Lang ist der Weg, den wir gewandelt sind,
Manch einer stützte weit vom Ziel zu Boden,
Hart war der Pfad und grausig pfliff der Wind

Und nahm gar Vielen weg den besten Odem,
Doch trotzdem steh'n wir, eine Schar von Treuen,
Noch ungebeugt in Mitten neuer Reihen.
Und wie das Wissen wandelt Schlangenwege
Und erst nach Tasten trifft die rechten Stiege,
Wie die Cultur ist nicht aus einem Guss,
Und selbst die Wahrheit ist in stetem Fluss,
Ganz ebenso ist es auch uns ergangen.
Auch unser Weg hat anders angefangen;
Wir kamen suchend erst aufs rechte Gleis.
Es ist furwahr ein sprechender Beweis,
Dass Alles nur zu einem Ziele drängt,
Ein Ideal Millionen Menschen lenkt.

Die Bildung ist es, die wir pflegen müssen,
Und zu verbreiten haben wir das Wissen;
Dem armen Volke rechte Dinge lehren,
Heisst seine Kraft vom Grunde aus vormehren;
Ein Volk verdummen, heisst ein Volk nur quälen,
In Knechtschaft halten und dabei entseelen.
Dies ist der Weg, der uns zum Ziele führt,
Und das der Feind, der stets zum Kampfe schürt.

Für Volkes Bildung unermüdlich schaffen,
Der Volksverdummung Krieg mit schärfsten Waffen;
Für Volksbefreiung thätig Nacht und Tag,
Der Volksverknechtung geben Schlag auf Schlag;
Für Volksbeglückung jede Stunde nutzen,
Der Volksausbeutung stets die Krallen stützen;
Den Frieden bringen, wo jetzt Kämpfe wüthen,
Die die Entfaltung des Talents verhüten —
Das ist der Wahrspruch, den wir hochgehalten;
Er gibt uns Kraft, um Grosses zu gestalten.

Und wenn auch finst're Wolken noch sich häufen,
Der Rückschritt wünscht, das Neue zu ersäufen;
Und ob es gleich noch gilt, zur steilen Höh'
Emporklimmen unter vielem Weh,
Wir werden müde nicht und arbeitsscheu
Und bleiben unser'm Wahrspruch immer treu.
Und mögen ferne auch noch Stürme toben,
So wollen wir uns grade heut' geloben,
Geinnt zu streben nach dem einen Ziele
Und nie zu rasten, wie des Weltalls Mühle!

Dem Vereine gewidmet von

Josef Hannich.

16. bis 20. Tausend.

SELIGEN ARCHIV

STUTTGART

Charlottenplatz 17/18

Schwurgerichtsverhandlung

gegen

Dr. Viktor Adler

über die

Anklage der Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe, der Religionsstörung, der Vergehen der Aufwiegelung etc. etc.

gehalten durch

Reden im Galtzinger Bezirks

durchgeführt von dem

Reichsberger Schwurgerichte

am

17. bis 20. November 1893.

Nach stenographischen Aufzeichnungen

Preis 24 H.

Wien 1905.

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
Wien, VI., Gruperndorfsteig 18.

B: I-Ad-

Verdict der Geschworenen

Die 1. Hauptfrage, betreffend das Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung (§ 65 a), wird in allen drei Absätzen beantwortet mit 12 Stimmen Nein.

Die 2. Hauptfrage, Verbrechen der Religionsstörung (§ 122 b), wird beantwortet mit 12 Stimmen Nein.

Die 3. Hauptfrage (§ 300): a) Schmähungen der Behörden: 5 Stimmen Ja, 7 Stimmen Nein. b) Beleidigung des Abgeordnetenhauses: 2 Stimmen Ja, 10 Stimmen Nein. c) Beleidigung des Herrenhauses: 3 Stimmen Ja, 9 Stimmen Nein.

Die 4. Hauptfrage, Verleitung zu Feindseligkeiten gegen einzelne Klassen (§ 302): a) 7 Ja, 5 Nein. b) 7 Ja, 5 Nein.

Die 5. Hauptfrage, Erschütterung der Rechtsbegriffe über das Eigentum (§ 305): 5 Ja, 7 Nein.

Die 6. Hauptfrage, Beleidigung der Armee: 12 Stimmen Nein.

Darauf verkündete der Vorsitzende das freisprechende Urteil. Das aus allen Bevölkerungsschichten zusammengesetzte, dicht gedrängt den großen Saal und die Galerie füllende Publikum bricht nach dem Geschworenenvdict und nach dem Freispruche in laute Bravo-Rufe aus.



Als im Jahre 1897 die Arbeiter Österreichs zum ersten Male mitwählen durften – es war in der Sonderkurie eines Fünfklassenwahlrechts –, da kamen von den 14 Arbeitervertretern aller Nationen allein 7 aus Deutschböhmen und Nordmähren.

Namen der Abgeordneten:	bekannte Lebensdaten:	eroberte Wahlkreise:
Hannich, Josef	23. 6. 1843 Rosenthal 19. 8. 1934 Wien	Reichenberg
Kiesewetter, Wilhelm	27. 12. 1853 Reichenberg 20. 4. 1925 Prag	Trautenau
Rieger, Eduard	15. 11. 1865 Görkau — — 1930 Wien	Mährisch-Schönberg
Schrammel, Anton	15. 11. 1854 Wien 11. 3. 1917 Wien	Leitmeritz
Verkauf, Dr. Leo	28. 11. 1858 Lemberg — — — — —	Eger
Zeller, Eduard	16. 9. 1857 Königstadt 9. 12. 1915 Budweis	Saaz
Berner, Ernst	Redakteur in Mähr.-Ostrau	Olmütz



III. Kampf um Demokratie und nationalen Ausgleich (1899-1918)

Mit Elan und Begeisterung trat die sudetendeutsche Arbeiterschaft im Rahmen der sozialdemokratischen Partei Österreichs zum Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht an. Jede Maifeier, jeder Parteitag und jede Wahlversammlung in den Jahren von 1891 bis 1907 war von dieser Forderung erfüllt. Wie Viktor Adler richtig vorausgesehen hatte, war die Arbeiterschaft zu schwach, ein solches Wahlrecht bereits im Jahre 1896 durchzusetzen. So wurde das noch sehr unzulängliche Wahlsystem Baden's Gesetz.

In den Tagen vom 4. bis 24. März 1897 trat zum ersten Mal die Arbeiterschaft in breiter Front zur Wahlschlacht an. Groß war der Erfolg in Böhmen, schmerzlich die Niederlage in Niederösterreich. In Wien wurde kein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt, obwohl auf die Kandidaten der Partei 88 350 Stimmen entfallen waren. Heller Jubel herrschte demgegenüber im deutschen Gebiet Böhmens, wo nicht weniger als fünf Wahlkreise erobert werden konnten. In Reichenberg siegte Josef Hannich, in Trautau errang Wilhelm Kiesewetter einen völlig überraschenden Erfolg, in Leitmeritz wurde Anton Schrammel, in Saaz Eduard Zeller und in Eger Dr. Leo Verkauf gewählt.

Nicht nur im Kampf um die politischen Rechte, sondern auch um die politischen Interessen setzte die Arbeiterschaft ihre ganze Kraft ein. Gegen die ungerechte Preispolitik gerichtet waren die imposanten Versammlungen am 30. und 31. Juli 1899, die in Nordböhmen von der sozialdemokratischen Partei einberufen wurden. Bei den Demonstrationen in den größeren Städten wurden jeweils über zehntausend Teilnehmer gezählt. In Teplitz strömten am 13. August 1899 mehr als 15 000 Menschen auf den Schmeykalplatz, wo die Redner von drei Tribünen zugleich sprechen mußten.

Neben dem Ringen um politische Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit war inzwischen

das Nationalitätenproblem zur Schicksalsfrage Österreichs herangewachsen. Die Sozialdemokratie suchte nach einem Ausweg. Viktor Adler schlug vor, ein Nationalitätenprogramm auszuarbeiten. Dem Brünner Parteitag (24. bis 29. September 1899) wurde die Aufgabe gestellt, dieses Programm zu diskutieren und zu beschließen. An ihm nahmen die Sozialdemokraten aller Nationen Österreich-Ungarns teil.

Der deutsche Referent für das so bedeutsame Thema war der 29jährige ehemalige Textilarbeiter Josef Seliger. Er kam aus dem Brennpunkt des nationalen Kampfes in Nordwestböhmen. In den fünf Jahren seines Aufenthaltes in Teplitz-Schönau hatte der junge Politiker das vielseitige nationale Problem erfaßt. Seliger kam zu dem Schluß, daß sich die Lösung der nationalen Frage nur „in der Richtung der Demokratie bewegen kann. Um die nationalen Gegensätze... zu beseitigen, ist es vor allem anderen notwendig, den Nationen volle Selbständigkeit der Verwaltung ihrer nationalen Angelegenheiten und so eine freie Bahn für ihre Entwicklung zu schaffen... Die Nationen müssen ihr vollstes Selbstbestimmungsrecht erhalten derart, daß Österreich in nationale Selbstverwaltungsgebiete geteilt werde, die ihre nationalen Angelegenheiten selbständig besorgen.“ Außerdem müsse den nationalen Minderheiten „jener Schutz gewährt werden, der zur Entwicklung ihrer nationalen Eigenart notwendig ist“.

Der Parteitag von Brünn verabschiedete schließlich das von Viktor Adler, Karl Renner und Josef Seliger konzipierte Nationalitätenprogramm, dessen Geist und Wortlaut heute noch ebenso erregend wie von brennender Aktualität sind. Wegen seiner weltpolitischen Bedeutung kann es ohne Zögern mit der Verkündung der Menschenrechte in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1778 und in der französischen Revolutionsakte von 1789, den Wilson'schen vierzehn Punk-

ten von 1918 und der Proklamation der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 in einem Atemzuge genannt werden.

Am 23. Juli 1905 fand in Prag eine gemeinsame Landeskonzferenz der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie statt, an der 304 tschechische und 237 sudetendeutsche Delegierte teilnahmen. Josef Seliger erklärte dort u. a.: „Wir gründen unseren Anspruch auf das gleiche Wahlrecht auf die Tatsache, daß aus der Proletarierklasse alles fließt, was Fortschritt, was Leben, was Kultur heißt; die Arbeiterklasse Böhmens wird ihre Kraft und Energie nicht brach liegen lassen, sie wird sich auf der Straße ihr Recht holen.“

František Soukup, der bekannte tschechische Sozialdemokrat alter Schule, schloß die Tagung mit dem Bekenntnis: „Nicht in geschlossenen Sälen, auf den Straßen Prags werden die deutschen und tschechischen Proletarier ihre Verbrüderung feiern und den Kampf zu Ende führen.“

Als am 29. Oktober 1905 in Wien der Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie zusammentrat, waren alle Delegierten von der Größe des geschichtlichen Augenblicks überzeugt. Viktor Adler erklärte in seiner Begrüßungssprache „...eines wissen wir, daß die Verhältnisse für uns noch niemals so günstig gelegen sind wie heute, denn die Gegner haben den Glauben an ihre Sache verloren.“ In einer Entschliessung wurden die „revolutionären Kämpfer in Rußland des Gefühls brüderlicher Solidarität“ versichert. Dann wurde dem Parteitag eine Nachricht zugeleitet, die helle Begeisterung auslöste. Emil Strauß hat diesen historischen Zwischenfall in seinen Aufzeichnungen folgendermaßen dargestellt:

„Es war ein Telegramm eingetroffen, das man dem Redner (Ellenbogen) auf den Tisch legte. Bald flüsterten die Delegierten in den vorderen

Tischreihen einander zu: „Nachrichten aus Rußland!“ Die Stille, mit der Ellenbogens Rede angehört worden war, wich plötzlich einem aufgeregten Summen und Flüstern. Ellenbogen brach den Faden seiner Rede ab und während schon erregte Stimmen laut wurden: „Vorlesen!“ begann der Referent das am 30. Oktober erlassene Manifest des Zaren mit vor Erregung bebender Stimme vorzulesen, aus dem die erstaunten Zuhörer die Wundermär vernahmen, daß „der Selbstherrscher aller Reußen“ seinem Volke Verfassung und allgemeines Wahlrecht verheißt. Im Nu trat atemlose Stille ein. Kaum war aber der erste Absatz verlesen, da brach ohrenbetäubender Jubel los. Hochrufe auf die russische Revolution und auf das allgemeine gleiche Wahlrecht schwirrten durch den Saal. Die Delegierten hielten sich von den Sitzen erhoben und hörten die weitere Verlesung stehend an. Eine feierliche Ergriffenheit lag über dem Kongreß. Nun war Ellenbogen mit der Verlesung zu Ende. Kein Mensch vermochte zu reden. Plötzlich brausten Revolutionsgesänge durch den Saal. Erst sangen die Tschechen und Polen die „Rote Fahne“, dann die Deutschen das Sturmlied der französischen Revolution:

„Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet, zu unserer Fahne steht zu Hauf! Wenn auch die Lüg' uns noch umnachtet, bald steigt der Morgen hell herauf! Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all: Marsch, marsch und wär's in den Tod. Denn unsere Fahne ist rot!

Der Parteitag hatte indessen den Kampf auf die Straße hinausgetragen. Am 2., 4. und 5. November 1905 brach in Wien und Prag der Sturm los. Bei einem Massenspaziergang auf der Wiener Ringstraße kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, bei welchem einige Menschen verwundet wurden. Am 5. November war die Polizei jedoch verschwunden, die Arbeiterschaft beherrschte die Straßen der Reichshauptstadt. Auf-

grund der Brutalität der Prager Polizei waren die dortigen Schlachten viel schlimmer. Am 4. November wurden bei einer Massenkundgebung etwa 30 Arbeiter verletzt.

In den folgenden Tagen waren die Straßen und Plätze der deutschböhmischen Städte mit Demonstranten bedeckt. Die Redner in Eger und Karlsbad, Brüx und Teplitz, Aussig und Bodenbach, Reichenberg und Trautenau, aber auch in kleineren Gemeinden, sprachen zu Zehntausenden.

Am 28. November 1905 wurde das Parlament einberufen. Diesen Tag nutzte die Arbeiterschaft Österreichs, um ihre Macht zu demonstrieren. Die deutschböhmischen Städte brachten Menschenmassen auf die Straße, wie es bis dahin nie vorgekommen war. In Karlsbad waren etwa 25 000 bis 30 000 Menschen, in Saaz 10 000, in Brüx 15 000, in Teplitz 35 000 bis 40 000, in Aussig 35 000, in Leitmeritz 10 000, in Tetschen 25 000, in Reichenberg 40 000, in Gablonz 20 000 dem Ruf der Sozialdemokratie gefolgt.

Die Forderung nach dem gleichen Wahlrecht hatte nicht nur die Massen aufgerüttelt. Eine mächtige geistige Bewegung ging durch das Volk. Auch der Widerstand der Regierung war gebrochen. Am 23. Februar 1906 legte der Ministerpräsident einen Gesetzentwurf vor, der das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum Inhalt hatte. Durch die am 26. Januar 1907 erfolgte Unterschrift des Kaisers erlangte die Wahlrechtsreform Gesetzeskraft. Das war ein großer Erfolg der Sozialdemokratie, obgleich einige Bestimmungen die Arbeiterschaft weiterhin benachteiligten und die Frauen kein Wahlrecht hatten. Zur Jahreswende 1906/7 schrieb Josef Seliger in der Teplitzer „Freiheit“:

„Mit urwüchsiger Zyklopenkraft hat das österreichische Proletariat in einer der glänzendsten Schlachten, die je auf dem modernen Klassenkampfboden geschlagen worden sind, die letzten

Reste der reaktionären Mächte niedergeschlagen.“

„Die Schlachtlinien entwickeln sich schon, im Morgenrot des jungen Völkerfrühlings sammeln sich die Streiter der alten und der neuen Welt; dem proletarischen sturmerprobten Kampfeere voran flattern die roten Banner: Schließt die Reihen!“

Die sozialdemokratische Partei erließ folgenden Wahlaufruf: „In Süd und Nord, in Ost und West laßt uns unsere Reihen dichter und dichter schließen in treuer Einigkeit und Solidarität, lasset uns kampffreudig an die Arbeit gehen, die dem Ziele gewidmet ist, daß die Vertretung des Proletariats würdig und stark sei im Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechts!“

Am 14. Mai 1907 fanden die langerwarteten Parlamentswahlen statt. „Unsere kühnsten Erwartungen sind übertroffen“, schrieb die „Freiheit“ am Tage nach der Wahl. In ganz Österreich wurden 995 937 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, davon 511 760 für die deutschen Sozialdemokraten, zu denen sich 27,4 Prozent aller deutschen Wähler bekannt hatten. In Deutschböhmen stimmten 166 913 Wähler für die Sozialdemokratie. In den deutschen Wahlkreisen Böhmens wurden am ersten Wahltag Albin Dötsch (Eger), Dominik Löw (Karlsbad), Otto Glöckel (Joachimsthal), Franz Palme (Weipert), Josef Seliger (Teplitz), Eduard Rieger (Tetschen), Anton Schrammel (Aussig-Stadt), Franz Beutel (Aussig-Land), Ferdinand Hanusch (Kratzau), Leopold Winarsky (Friedland), Anton Schäfer (Reichenberg) und Josef Barth (Gablonz-Land) gewählt. In der darauffolgenden Stichwahl wurden außerdem noch Heinrich Beer (Dux), Adolf Reitzner (Bodenbach), Josef Hannich (Rumburg) und Wenzel Bösmüller (Gablonz-Stadt) in das Parlament entsandt. Insgesamt waren aus den beiden Wahlschlachten 50 deutsche, 27 tschechische, 6 polnische, 5 italienische und 2 ruthenische Sozialdemokraten als Sieger hervorgegangen.

Der wirtschaftliche und geistige Aufstieg der Arbeiterschaft, ihre steigende politische Macht hat nicht, wie der sozial empfindende Teil der herrschenden Klassen gehofft hatte, zur Milderung der Klassengegensätze beigetragen. Die aus der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft entspringenden Kräfte haben die gesellschaftliche Kluft immer wieder vertieft und den Kämpfen der Klassen neue Nahrung gegeben. Zu den vor- dringlichsten Problemen zählte die aus der damali- gen Steuergesetzgebung resultierende Lebensmit- telteuerung. In den Wahlen von 1911 spielte diese Steuerpolitik eine große Rolle. Karl Renner hatte schon früher in seiner Schrift „Das arbei- tende Volk und die Steuern“ die grundlegende Haltung der Sozialdemokratie zu dieser Frage dargelegt. Der Ausgang der Wahlen ermunterte jedoch die Regierung, dem neuen Parlament im November 1911 ein neues Budget vorzulegen, in dem die indirekten Steuern drei Viertel, die direk- ten jedoch nur ein Viertel ausmachten. Für die Arbeiter wurde die schlechte Lage im Verlauf der sich anbahnenden Wirtschaftskrise zur Kata- strophe. In Böhmen stieg die Zahl der Arbeits- losen von 283 000 im Jahre 1912 auf 341 000 im Jahre 1913. Dazu gesellten sich Wohnungsnot und Berufserkrankungen. Es entwickelte sich ein er- bitterter Lohnkampf.

Gegen die Gewerkschaften und ihre Vertrauens- männer gelangten Mittel zur Anwendung, wie sie bis dahin nicht bekannt waren. Streikbrecher wur- den mit Revolvern versehen, ganze Streikbrecher- organisationen aufgeboten. Zu welchen Folgen das führte, bewies der tragische Vorfall, der sich am 8. Februar 1914 in Tetschen ereignete, wo der Vertrauensmann der Buchdrucker, Johann Solin- ger — der Schwiegervater von Richard Reitzner —

von dem Streikbrecheragenten Paul Keiling er- schossen wurde. Die bürgerlichen Geschworenen sprachen den Mörder von der Anklage des Mor- des frei und verurteilten ihn zu acht Monaten Arrest. Die Mordtat hatte unter den Arbeitern große Erregung hervorgerufen, die noch gesteigert wurde, als am 11. April 1914 der Sekretär der Grazer Schneidergewerkschaft Kosel durch ein Attentat schwer verletzt wurde.

Der Verfall Böhmens machte rasche Fortschritte. Ende Juli 1913 stand das Land bereits vor dem Konkurs. Als Ergebnis des Kampfes zwischen Tschechen und Deutschen trat an Stelle der Lan- desautonomie der unverhüllte Absolutismus. Die Antwort auf all diese Ereignisse war der Landes- parteitag der deutschen Sozialdemokratie Böh- mens, der am 28. September 1913 in Teplitz- Schönau tagte. Emil Strauß schrieb darüber:

„Es war nicht nur die denkwürdigste, sondern auch die größte Tagung der deutschen Sozialdemo- kratie Böhmens vorher und nachher. 456 Dele- gierte waren versammelt. Über den Zusammen- bruch der bürgerlich-nationalen Politik in Böh- men sprach Otto Bauer. Er stellte ihn als einen Teil des allgemeinen österreichischen Zusammen- bruches dar. Anschließend sprach Josef Seliger. Das Bild, das er von den Verhältnissen im Lande gab, war niederschmetternd. Die trockenen Zah- len der Statistik wurden zur furchtbaren Anklage. Zum Schluß wurde ein Manifest verabschiedet, das in den prophetischen Worten gipfelte: ‚Öster- reich wird sein ein freier Bund freier Völker, oder es wird nicht sein!‘ Die Schüsse, mit denen am 28. Juni 1914 das österreichische Thronfolgerpaar in Sarajevo getötet wurde, leiteten den Ersten Weltkrieg und den Zerfall des alten Österreich ein.“

Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie beschlossen am Brünnener Gesamtparteitag 1899

Da die nationalen Wirren in Österreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Äußerung hindern, erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Österreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Österreich ist nur möglich auf der Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bürokratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Österreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.
2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, besorgt wird.
3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.
4. Das Recht der nationalen Minderheit wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.
5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Österreich, spricht die Überzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Völker im Interesse jeder einzelnen Nation, wie im Interesse der Gesamtheit, an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.



Gesamtparteitag der Sozialdemokratie in Österreich 24.—29. September 1899 in Brünn

Auf diesem Parteitag wurde das Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie erarbeitet, dessen geistiger Vater Josef Seliger gewesen ist.

Erinnerungskarte
vom Parteitag 1899
in Brünn mit den
Unterschriften von
Victor Adler, Schuh-
meier, Seliger,
Kiesewetter u. a.

„Man kann Staaten und Völker nur leiten, wenn man ihre Probleme erkennt, nicht aber wenn man sie verdunkelt oder verlogen.“

Dr. Karl Renner



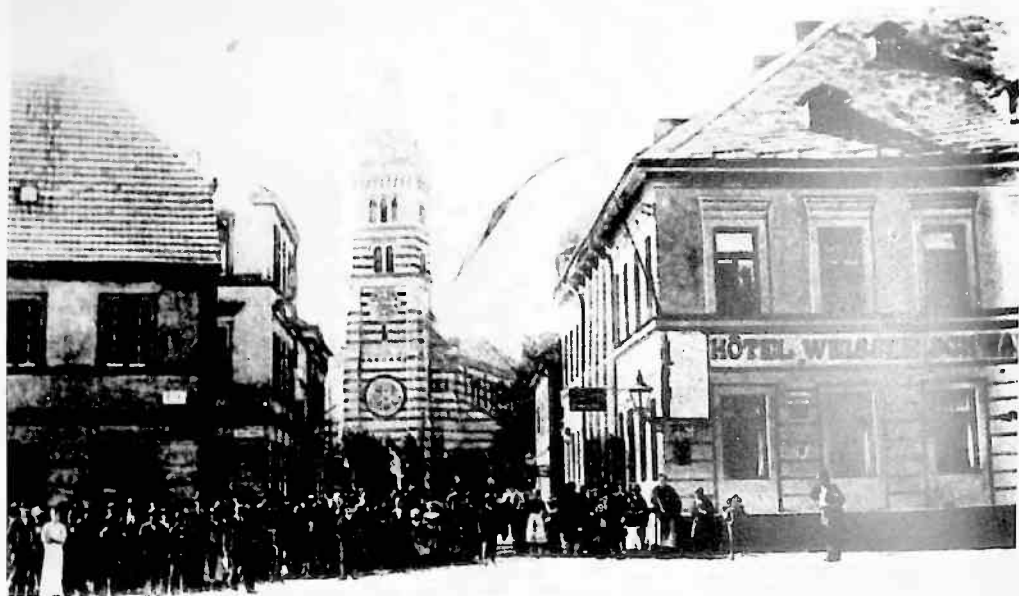
Karl Renner

geboren am 14. 12. 1870 in Untertannowitz, Südmähren,
gestorben am 31. 12. 1950 in Wien

Streiter für nationale und soziale Gerechtigkeit. Zuletzt Bundespräsident in Österreich von 1945 bis 1950.

Karl Renners Geburtshaus in Untertannowitz (Mähren).





Im Sommer 1899 fanden — einberufen von der Sozialdemokratischen Partei — mächtige Demonstrationen gegen die Steuerpolitik und gegen die Teuerung statt.

Bei der Demonstration am 20. August 1899 in Graslitz gegen die Steuerpolitik und Teuerung schoß die Polizei in die Demonstranten — vier Tote waren zu beklagen. Der Bezirkskommissär Dr. Roth gab den Schießbefehl. Die Toten waren: Michel Dietl, Schuhmacher (56), Vater von sechs Kindern; Georg Bäuml, Maurer (27); Rudolf Röditz, Schlosser (20); Friedrich Stowasser, Instrumentenmacher (15).



Grundsätze aus dem Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, beschlossen am Parteitag in Wien 1901

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an; Proportionalwahlssystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerungen einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Reispertage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken

Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze

Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder, sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

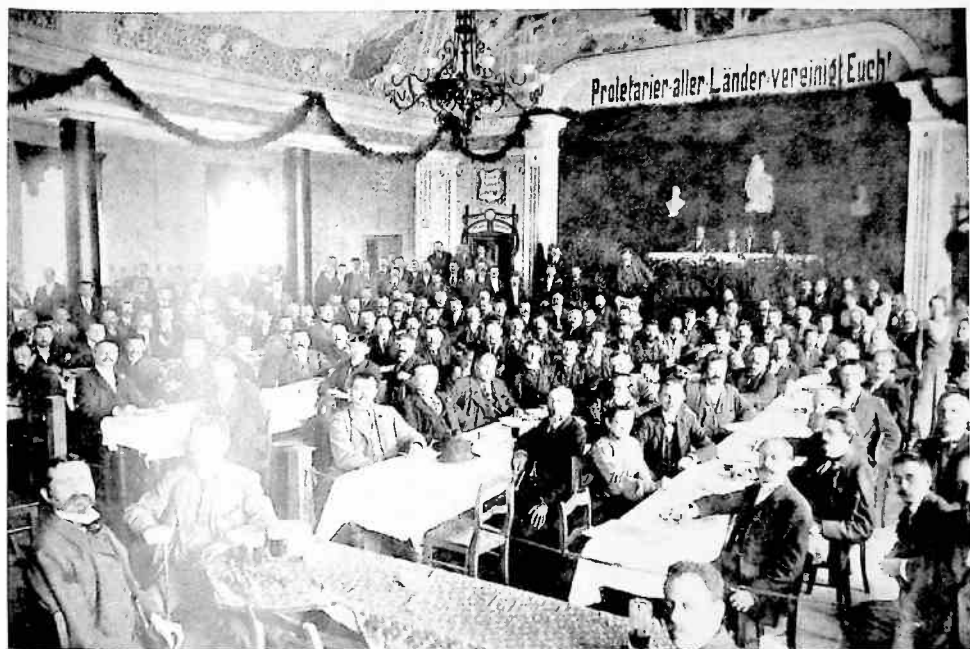
Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Diensthordenordnungen.



Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Österreichs in Aussig (1902)

In vielen sudetendeutschen Städten fanden im November 1905 Demonstrationen für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht statt. Eigene Wahlvereine wurden gegründet

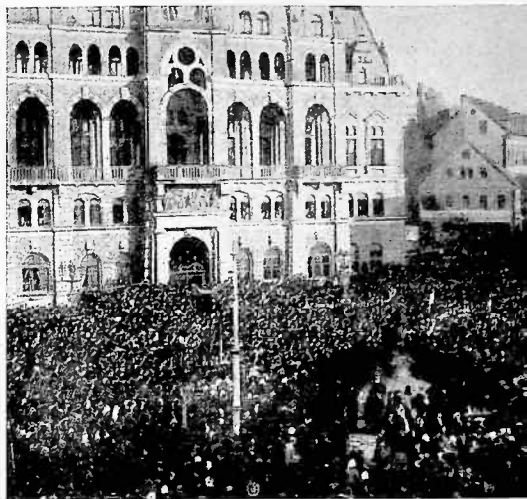


Wieder mit dem Kurien-Parlament!

Sozialdemokratischer Wahlverein „Vorwärts“ Sitz: Jägerndorf.	
Nr. 225	
Legitimations- und Quittungskarte für Monats- resp. Vereinsbeiträge.	
Mitglied Förderer Beschäftigung	<i>Franz Schöber</i> <i>Wohnort</i> <i>Jägerndorf</i>
Wohnort Straße und Haus-Nr. <i>Hauptstr. 13</i>	
aufgenommen am <i>1. Januar</i> 1908	
Die Beiträge werden von den Bevollmächtigten allmonatlich eingekoben und müssen durch die Quittungsmarken bestätigt. In die betreffenden Rubriken eingeklebt werden. Jed. andere Bestätigung der Beiträge ist unstatthaft und verliert in einem solchen Falle der Betreffende jedweden Anspruch auf Unterstützung aus Mitteln des Vereines. Mitglieder, welche regelmäßig seit mehr als einem Jahre ihre Beiträge leisten, haben zur Wahrung ihrer staatsbürgerlichen Rechte Anspruch auf Rechtschutz.	



Wahlrechts-Demonstration in Mährisch-Schönberg am 5. November 1905



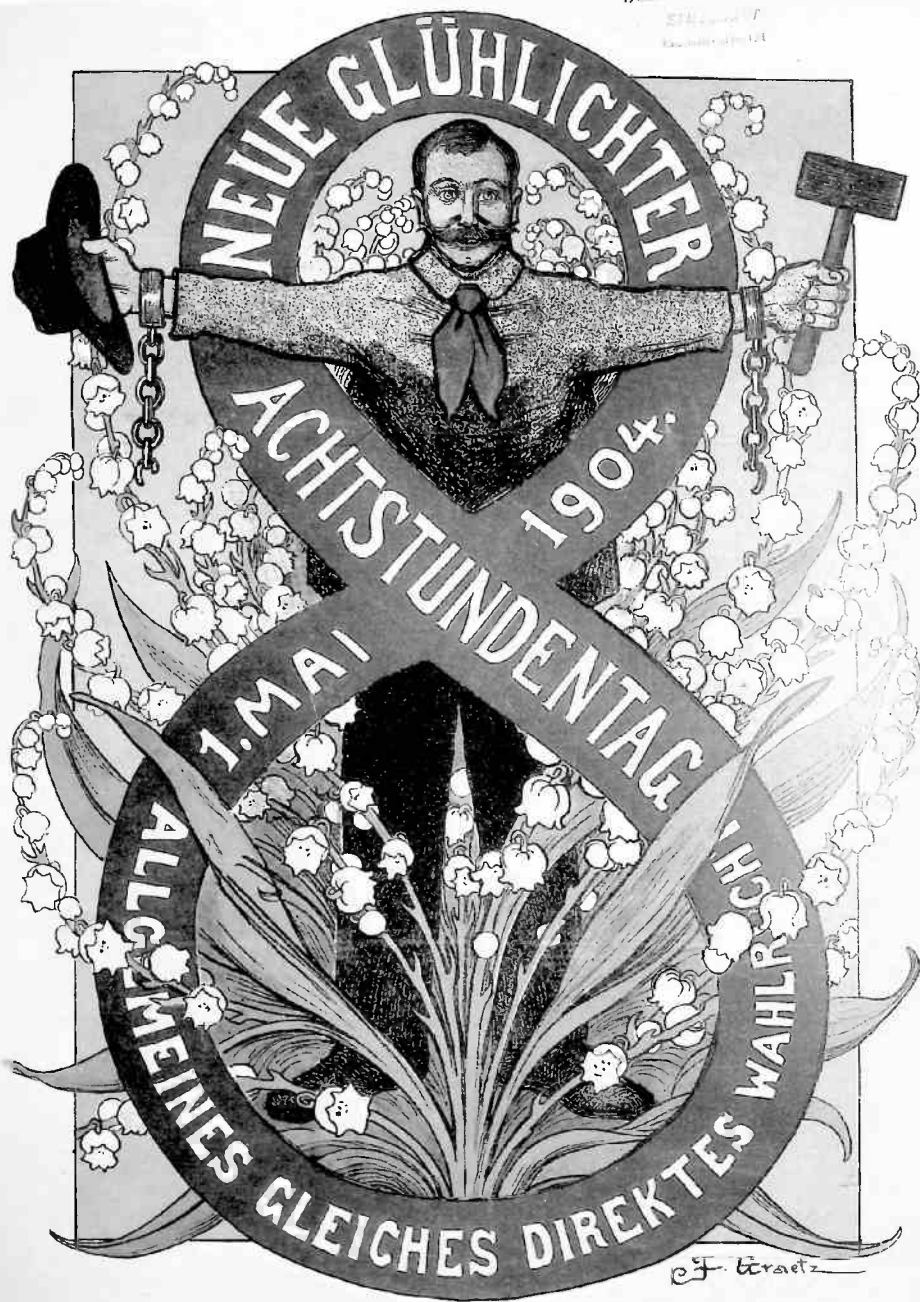
Wahlrechts-Demonstration in Reichenberg 1905



Wahlrechts-Demonstration am 28. November 1905 in Gablonz a. N.



Wahlrechts-Demonstration in Teplitz am 1. Mai 1906



1 MAI 1906.



1. Mai 1906. Aufmarsch vor dem Arbeiterheim in Sternberg.



Der Wahlsieg von 1907 erhöhte die Zahl der sudetendeutschen Arbeitervertreter im Reichsparlament auf 16 in Böhmen, 3 in Mähren, 2 in Schlesien. Die sudetendeutschen Arbeiter waren politisch mündig geworden!

Deutsche Parteien in den Sudetenländern

	Abgegebene Stimmen in		
	Böhmen	Mähren	Schlesien
Sozialdemokraten	166 914	43 308	21 509
Deutsche Agrarier	88 890	6 605	13 773
Freiödeutsche (Wolfianer)	62 141	6 751	2 752
Deutschfortschrittliche	33 380	33 518	4 581
Christlichsoziale	31 896	20 710	7 990
Alldeutsche (Schönerrianer)	16 763	3 004	—
Deutschvölkliche	14 351	—	2 075
Freisoziale	5 215	—	—
Selbst. Deutschnationale	3 953	—	—
Selbständige Kandidaten	642	920	—

Von den 645 116 gültigen Stimmen in den deutschen Wahlbezirken der drei Sudetenländer erhielten die Sozialdemokraten 235 431 Stimmen (36,4 %). Insgesamt wurden für die deutschen Sozialdemokraten damals in ganz Österreich 511 760 Stimmen (37,4 %) abgegeben.



Nach dem Wahlsieg 1920 in der Stadtgemeinde Grulich begab sich die Delegation sozialdemokratischer Gemeindevertreter zum Grabe des Erweckers der Grulicher Arbeiterschaft und Vertreter im Kurienwahlrecht, Ferdinand Kosch, der am 30. 11. 1909 im Alter von 39 Jahren verstorben war.

DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN REICHSRATSABGEORNETEN DEUTSCHBÖHMENS 1907.



Die sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Deutschböhmens 1907.

In der Hauptwahl am 14. Mai 1907 wurden 58 Sozialdemokraten direkt gewählt — 113 kamen in die Stichwahl. Insgesamt gehörten — durch Nachwahlen ergänzt — 89 Sozialdemokraten dem Parlament von 1907 bis 1911 an.

In den Wahlkreisen der Länder Böhmen, Mähren, Schlesien wurden nachbenannte Sozialdemokraten gewählt:

Namen der Abgeordneten	eroberte Wahlkreise	Namen der Abgeordneten	eroberte Wahlkreise
Böhmen		Rieger, Eduard	Tetschen - Bensen - B.-Kamnitz
Dötsch, Albin	Eger - Wildstein - Graslitz	Seliger, Josef	Teplitz
Barth, Josef	Gablonz - Tannwald - Rochlitz	Schäfer, Anton	Reichenberg
Beer, Heinrich	Dux - Bilin - Karbitz - Türmitz	Schrammel, Anton	Aussig
Beutel, Franz	Aussig - Karbitz	Winarski, Leopold	Friedland
Bösmüller, Wenzel	Gablonz - Tannwald - Morchenstern	Mähren:	
Glöckel, Otto	St. Joachimsthal - Graslitz - Platten - Neudek	Freundlich, Dr. Leo	M.-Altstadt - M.-Schönberg
Hannich, Josef	Rumburg - Georgswalde	Nießner, Wilhelm	Fulnek - Leipnik - M.-Weißkirchen - Hof - Lieben - Neutitschein
Hanusch, Ferdinand	Kratzau - Liebenau - Böhmisches Aicha	Schloßnickel, Hieronimus	Olmütz - Römerstadt - Sternberg
Löw, Dominik	Karlsbad	Schlesien:	
Palme, Franz	St. Joachimsthal - Platten - Neudek - Preßnitz - Weipert	Eldersch, Mathias	Freudenthal - Wigstadt - Wagstadt - Friedeck
Reitzner, Adolf	Tetschen - Bodenbach - Böhm. Kamnitz - Bensen	Tuppy, Josef	Zuckmantel - Jägerndorf - Olbersdorf

Gattung des Telegramms:	Eingangsnummer: 773 <i>Redaktion Folgerheim</i>	Die Telegraphenverwaltung übernimmt hinsichtlich der zur Beförderung oder Bestellung übergebenen Telegramme keine wie immer geartete Verantwortung.
Dienstliche Angabe:	Telegramm aus <i>Wien</i>	
Aufgenommen von <i>R</i> auf Lit. Nr. <i>1175</i> am <i>11.7.1907</i> um <i>10.15</i> Uhr durch <i>J</i>		

Telegramm an die
Redaktion der Volks-
stimme Warnsdorf

Nr. *600* Z. 38 (W Ch) aufgegeben am *11.7.1907* um *10.15* Uhr Mittags

*Gemälde Adolf Heilmann Schumann
David Jellenbogen Maxel Heschke Seite Renner
Toussaint Luitpold Preussnerer Riese Weizung
Schäfer Rieger Loewer Seliger Schumann
Freundlich Barth Kinschky Bendl Beer
fünf 11 Felschen am 17. Hochwollen
daunder Renner anfer
Toussaint*

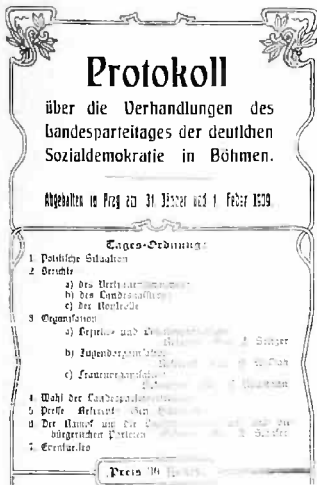
1. St. Nr. 750 Auflage September 1903.



Postkarte zur Erinnerung an das allgemeine gleiche Wahlrecht.



Festzug zur Wahl-Siegesfeier der sozialdemokratischen Arbeitergesellschaft des Teplitzer Bezirkes am 7. Juli 1907.



Landesparteitag der deutschen Sozialdemokraten Böhmens in Prag (1909).

Organisationsstatut für die Landesorganisation der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen

I.

Gemäß den Bestimmungen des Organisationsstatuts der deutschen Sozialdemokratie Österreichs (§ 7) bilden die deutsch-böhmischen Bezirksorganisationen gemeinsam die Landesorganisation der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen.

II.

Zur Besorgung der Agitation und organisatorischen Arbeiten werden folgende Kreisorganisationen gebildet:

1. **Trautenuau-Landskron:** umfassend die Landwahlbezirke 127 (Landskron), 128 (Braunau-Rokitnitz), 129 (Trautenuau).
2. **Gablonz-Hohenelbe:** umfassend die Landwahlbezirke 104 (Gablonz), 130 (Hohenelbe).
3. **Reichenberg:** umfassend die Landwahlbezirke 101 (Friedland), 102 (Kratzau), 103 (Reichenberg), 105 (Deutsch-Gabel).
4. **Warnsdorf:** umfassend die Landwahlbezirke 98 (Warnsdorf), 99 (Rumburg), 100 (Schluckenau).
5. **Bodenbach-Tetschen-Leipa:** umfassend die Landwahlbezirke 108 (Tetschen-Bodenbach), 106 (B.-Leipa-Dauba).
6. **Aussig:** umfassend die Landwahlbezirke 107 (Leitmeritz), 109 (Aussig).
7. **Teplitz-Saaz:** umfassend die Landwahlbezirke 110 (Teplitz), 111 (Dux-Bilin), 112 (Brüx), 113 (Saaz-Komotau), 114 (Kaden), 120 (Luditz-Buchau).
8. **Karlsbad-Eger:** umfassend die Landwahlbezirke 97 (Asch), 115 (Karlsbad), 116 (Joachimstal), 117 (Falkenau), 118 (Eger-Wildstein), 119 (Marienbad).
9. **Mies-Tachau:** umfassend die Landwahlbezirke 121 (Tachau), 122 (Mies), 123 (Bischofteinitz).
10. **Südböhmen:** umfassend die Landwahlbezirke 124 (Winterberg), 125 (Krumau), 126 (Neu-Bistritz).

Städte und Orte, die mit anderen Orten zu städtischen Wahlbezirken vereinigt sind, bilden mit den Landgemeinden zusammen eine territoriale Einheit in der Organisation.

III.

Die Mittel zur Besorgung der Parteiangelegenheiten werden durch einen Landesbeitrag aufgebracht, der unter die Organisationen prozentuell derart aufzuteilen ist, daß mindestens 10 Prozent des Beitrages auf die Landesorganisation entfallen. Dieser Beitrag für die Lokal-, Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen wird einheitlich eingehoben.

Für die Bezirksorganisation ist nach Möglichkeit ein sozialdemokratischer Verein zu bilden. Die Mitgliedschaft beim sozialdemokratischen Bezirksverein begründet die Zugehörigkeit zur Parteiorganisation.



Simon Abram
Ludwig II



Dr. Viktor Adler
Wien, Parlament II



Ludwig Breitschneider
Ludwig II



Anton David
Wien, Oligarchie II



Franz Domes
Wien, Magistrate



Albin Dörsch
Eger (Landgemeinderat)



Dr. Wilhelm Ellenbogen
Wien, Diogenes



August Forstner
Wien, Fortuna



Otto Glöckel
Juchtschitz (Stadt)



Georg Grigorovetz
Kamensche II



Ferdinand Henasch
Kietitz (Stadt)



Oswald Illiebrand
Auss



Hans Jockel
Friedmann (Landgemeinderat)



Rolf Leithner
Wien, Weidner II



Dominik Löw
Kortitz (Landgemeinderat)



Vinzenz Machitsch
Bismarck-Gemeinde



Franz Palmé
Joachimthal (Landgemeinderat)



Engelbert Reimannleifer
Kietitz (Stadt)



Emil Peike
St. Pölten



Josef Pongráz
Graz II



Franz Reimüller
Kortitz (Stadt)



Dr. Karl Renner
Hochschule (Friedmann)



Hans Rezel
Graz IV



Jakob Reumann
Wien, Parlament I



Eduard Rieger
Talschen (Landgemeinderat)



Arnold Riese
Wien II (Landgemeinderat)



Dr. Michael Schürer
Hofen Zof. Brunn. & St. Pölten



Anton Schlier
Friedmann (Landgemeinderat)



Wilhelm Schlect
Wien, Hütten



Josef Seliger
Teyitz (Landgemeinderat)



Anton Schlinger
Graz



Franz Schuhmeyer
Wien, Oligarchie I, Landgemeinderat II



Karl Seitz
Wien, Fleischhof



Franz Silberer
Wien, Landgemeinderat I



Ferdinand Skareit
Wien, Landgemeinderat



Johannes Smilke
Kortitz (Landgemeinderat)



Josef Tarnachits
Ludwig II, Landgemeinderat



Karl Volkert
Wien, Hütten



Anton Weiguny
Ludwig II



Laurence Widhela
Wien, St. Pölten



Leopold Winarsky
Wien, Landgemeinderat II



Max Winter
Wien, Landgemeinderat II



Ludwig Wutsche
Wien, Hütten

Herrn Gussler!

Ich habe Sie mit Freude
bei Malen gebildet. Ich
habe mich die Zeit nicht verloren
und die aufopfernden Kräfte
konnte ich zu verlorene Malen
beibringen zu. A. B.

Präsidenten, Ludwig 69

Berlin P. W. 68

Ich habe Sie mit Freude
bei Malen gebildet. Ich
habe mich die Zeit nicht verloren
und die aufopfernden Kräfte
konnte ich zu verlorene Malen
beibringen zu. A. B.

Herrn Gussler!
A. Bebel

Herrn Gussler, Dr. K. Liebknecht,
Dr. James Friedlaender,

Streichholz, Sonntag 5. 7. Bureauzeiten: 8-12 u. 3-7.
Herrn Gussler, Sonntag 5. 7. Ehrenpreis: 100 II, 55 U.



Berlin N. 4, den 26. 6. 1911.
Chairman: 121.

Herrn Gussler!

Ich habe Sie mit Freude
bei Malen gebildet. Ich
habe mich die Zeit nicht verloren
und die aufopfernden Kräfte
konnte ich zu verlorene Malen
beibringen zu. A. B.

Ich habe Sie mit Freude
bei Malen gebildet. Ich
habe mich die Zeit nicht verloren
und die aufopfernden Kräfte
konnte ich zu verlorene Malen
beibringen zu. A. B.

Ich habe Sie mit Freude
bei Malen gebildet. Ich
habe mich die Zeit nicht verloren
und die aufopfernden Kräfte
konnte ich zu verlorene Malen
beibringen zu. A. B.

Ich habe Sie mit Freude
bei Malen gebildet. Ich
habe mich die Zeit nicht verloren
und die aufopfernden Kräfte
konnte ich zu verlorene Malen
beibringen zu. A. B.

Ich habe Sie mit Freude
bei Malen gebildet. Ich
habe mich die Zeit nicht verloren
und die aufopfernden Kräfte
konnte ich zu verlorene Malen
beibringen zu. A. B.

Ich habe Sie mit Freude
bei Malen gebildet. Ich
habe mich die Zeit nicht verloren
und die aufopfernden Kräfte
konnte ich zu verlorene Malen
beibringen zu. A. B.

Protokollauszug über die Verhandlungen des Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich

Abgehalten in Innsbruck vom 29. Oktober bis 2. November 1911

Die Abstimmung über die Resolution Stanek

Erklärung des Klubs der deutschen Sozialdemokraten über die Abstimmung im Ausschuß

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hatte sich am 9. Juni mit den Angriffen beschäftigt, die gegen ihn von der tschechischen sozialdemokratischen Presse erhoben worden sind, weil seine Vertreter im Budgetausschuß gegen den Antrag des Abgeordneten Stanek, die Regierung möge dem Komensky-Verein zur Erhaltung der tschechischen Privatschulen in Wien Staatssubventionen gewähren, gestimmt haben.

Der Klub beschloß seine Stellung zu diesem Antrag in folgender Erklärung zu begründen:

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten erkennt das Recht jeder Nation an, ihre Kinder in ihrer Sprache zu erziehen. Wir waren stets bereit und werden stets bereit sein, dieses Recht, das wir für die deutschen Minderheiten in nichtdeutschen Sprachgebieten in Anspruch nehmen, auch den nichtdeutschen Minderheiten im deutschen Sprachgebiet zuzugestehen. Wir sind bereit, alle zweckdienlichen Mittel zur Sicherung dieses Rechtes anzuwenden, zumal da diese Minderheiten überwiegend aus Arbeitern bestehen.

Als ein zweckdienliches Mittel können wir jedoch die Resolution des Abgeordneten Stanek nicht ansehen.

Jedermann, der die politische Entwicklung Österreichs seit den Badenischen Sprachenverordnungen kennt, weiß, daß wichtige Änderungen des nationalen Rechtes nicht mehr einseitig durch einen Akt der Regierung oder einen Beschluß der Parlamentsmehrheit herbeigeführt werden können. Jeder Sachkundige weiß, daß Resolutionsanträge über nationale Angelegenheiten bei den heutigen Machtverhältnissen keine Änderung des nationalen Rechtes zu bewirken vermögen. Solche Resolutionen sind wertlos. Sie ändern an dem nationalen Besitzstand nichts, mögen sie nun angenommen oder abgelehnt werden. Solche Resolutionen sind aber auch gefährlich: sie verschärfen im Parlament und in den Wählermassen den nationalen Streit, der das größte Hemmnis der sozialen und wirtschaftlichen Reformarbeit ist. Weil wir überzeugt sind, daß durch solche Resolutionen keiner Nation ein Recht erworben werden kann, allen Nationen aber durch solche fruchtlose Kämpfe der politische und soziale Fortschritt gefährdet wird, haben wir gegen den Resolutionsantrag Stanek gestimmt.

Eine wirkliche Änderung der nationalen Verhältnisse kann nicht auf diesem nicht mehr gangbaren Wege, kann nur durch einen nationalen Ausgleich, durch eine Verständigung der Nationen über die gesetzliche Regelung der nationalen

Probleme herbeigeführt werden. Nur im Rahmen eines solchen Ausgleichs können die Rechte der nationalen Minderheiten gesichert werden: jede Nation wird den fremden Minderheiten ihr Recht gewähren, wenn sie dafür die Sicherung der Rechte der eigenen Minderheiten eintauschen kann. Indem die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten ihre ganze Kraft daransetzen, die Vorbedingungen für ein solches nationales Verständigungswerk zu schaffen, arbeiten sie in der einzig wirksamen, einzig erfolgversprechenden Weise daran, den nationalen Minderheiten aller Nationen ihr Recht zu schaffen.

Diese Auffassung der nationalen Probleme ist vom Sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetennamen, dem die Vertreter der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und ruthenischen Arbeiter angehören, stets festgehalten worden. Im Jänner 1909 haben im Auftrag des Verbandes die Abgeordneten Seliger und Soukup einen Antrag eingebracht, der die Einsetzung eines Nationalitätenausschusses zur Vorberatung der gesetzlichen Regelung der nationalen Probleme forderte. Dieser Antrag wurde ausdrücklich damit begründet, „daß alle Anträge, die nur eine Einzelfrage aus dem Komplex des nationalen Problems herauslösen, unfruchtbar bleiben müssen und das Parlament nur seinen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben entziehen“. Im November 1909 haben die Abgeordneten Tomasek und Seitz einen Antrag eingebracht, in dem die Schaffung von Gesetzen über die Errichtung, Organisation, den Lehrplan der Minderheitsschulen und über die Deckung des Aufwandes für diese Schulen gefordert wurde. Dieser Haltung des internationalen Verbandes ist der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten treu geblieben, indem er sich bemüht, eine einvernehmliche Lösung des Minoritätenproblems auf dem Wege des Gesetzes zu fördern, dagegen alle einseitigen Resolutionsanträge, die nur der chauvinistischen Hetze auf beiden Seiten dienen, ablehnt.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten benützt diese Gelegenheit, um wiederholt zu erklären, daß er alle Gewalttaten gegen die nationalen Minderheiten verurteilt. Ebenso entschieden, wie wir die Gewalttaten gegen die deutschen Minderheiten in Prag und Laibach verurteilt haben, verurteilen wir auch die deutschnationalen Kundgebungen gegen die tschechischen Minderheiten in Wien und anderen deutschen Städten und Industriegebieten. Wir verurteilen besonders den brutalen Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht der Unternehmer, der Hausbesitzer und der Gemeinden, durch die der Arbeiterschaft ihre staatsbürgerlichen Rechte geschmälert werden sollen. Wir fordern die deutsche Arbeiterschaft auf, ihre tschechischen Klassengenossen im Kampfe gegen solche kapitalistischen Gewalttaten

in brüderlicher Solidarität zu unterstützen und jedem Versuch, den nationalen Haß in die Arbeiterschaft zu tragen, tatkräftig entgegenzutreten.

Erklärung des Klubs der tschechischen Sozialdemokraten nach der Abstimmung im Plenum.

Der Klub der tschechischen Sozialdemokraten hat in seiner heutigen Klub Sitzung über die gestrige Abstimmung des Sozialdemokratischen Verbandes verhandelt. In einer eingehenden Debatte wurde mit Bedauern darauf verwiesen, daß es zu einer entgegengesetzten Abstimmung der tschechischen und der deutschen Sozialdemokraten bei Resolutionen kam, welche selbstverständlich nationalkulturelle und dem vom Programm der Sozialdemokratie verkündeten Prinzip des gleichen Rechtes der Nationen entsprechend sprachliche Forderungen enthielten.

Vor allem wurde der Vorwurf erhoben, daß die Genossen der anderen nationalen Klubs gegen die sprachliche Gleichberechtigung auf den Bahnen in Böhmen, ferner gegen die Unterstützung der tschechischen Minderheitsschulen durch den Staat gestimmt haben, obwohl in den betreffenden Resolutionen ersucht wurde, daß ihnen mit demselben Maße genüge werde wie den deutschen Minderheitsschulen in Südtirol und im Küstenland.

Erstaunen hat es auch hervorgerufen, daß die italienischen und die polnischen Genossen teils durch Absentierung, teils durch Dagegenstimmen zu deren Ablehnung und so zum Triumph des deutschnationalen Chauvinismus verhalfen.

Das Verhalten der polnischen Genossen, die direkt gegen die nationale Gleichberechtigung auf den Bahnen in Böhmen stimmten, ist um so auffällender, als die polnischen Bürgerlichen sich in diesem Falle national gerechter verhielten.

Ebenso überraschte auch die Stellung der italienischen Genossen, die so wenig Verständnis für die Bedrückung der tschechischen Minoritäten und des tschechischen Schulwesens zeigten, gerade in einer Zeit, wo sie selbst für die Beseitigung des an ihnen begangenen kulturellen Unrechtes kämpften.

Der Klub spricht mit Rücksicht auf diese Erscheinungen sein Bedauern darüber aus, daß auf solche Weise sogar an den Grundlagen der internationalen Solidarität gerüttelt wird.

In seiner weiteren Debatte beriet der Klub über die parlamentarische Situation, wobei mehrere Anträge angenommen wurden. Bezüglich der italienischen Fakultät wurde die Entscheidung auf eine der kommenden Sitzungen vertagt.

Erklärung des polnischen sozialdemokratischen Klubs.

Der polnische sozialdemokratische Klub hielt am 1. d. M. eine Sitzung ab, in der er unter anderem gegenüber den Vorwürfen der tschechischen Genossen Stellung nahm. Der polnische sozialdemokratische Klub konnte sich über die Vorwürfe der tschechischen Genossen nur aus der Parteipresse informieren. Er beschloß einstimmig, auf diese Vorwürfe folgendes zu antworten:

Die polnischen Sozialdemokraten nehmen den Standpunkt der internationalen Solidarität der Nationen in Österreich ein. Sie erkennen in der Frage der Errichtung und Erhaltung der Minoritätsschulen die gemeinsame Resolution des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten als einzige Grundlage für alle sozialdemokratischen Klubs an, als einzig mögliche Stellungnahme gegenüber den demagogischen Anträgen der bürgerlichen Nationalisten aller Schattierungen.

Wir hätten daher gegen die Resolution des Abgeordneten Stanek stimmen können. Da aber die Resolution, die eine Dotierung für die tschechischen Schulen in Wien betrifft, zu Meinungsverschiedenheiten zwischen deutschen und tschechischen Genossen Anlaß gegeben hatte, wollten wir mit unseren Stimmen keine Entscheidung herbeiführen und enthielten uns der Abstimmung.

Nachher haben wir solidarisch mit dem gesamten Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten für alle Resolutionen, die nationale Gleichberechtigung forderten, und gegen einseitige Resolutionen der tschechischen Nationalisten gestimmt.

Wie sich dabei die polnischen bürgerlichen Parteien verhalten haben, ist uns völlig gleichgültig; wir wollen uns keineswegs an die nationalistische Politik unserer Bourgeoisie anpassen.

Die Vorwürfe der tschechischen Genossen sind daher grundlos und tatsächlich unberechtigt. In formeller Hinsicht sind sie aber die Außerrachtlassung der Autonomie, die jedem sozialdemokratischen Klub in nationalen Angelegenheiten zusteht.

Wir heben dieses formelle Bedenken auch aus dem Grunde hervor, weil wir sehr oft mit der Taktik der tschechischen Genossen unzufrieden waren, ohne aber dieser Unzufriedenheit einen offiziellen Ausdruck zu geben, da wir eher alles fördern wollen, was uns näher bringt, und nicht, was uns entzweit und trennt.

Wien, 1. Juli 1910.

A. Moraczewski, Schriftführer

J. Daszynski, Obmann

XI. Konstituierung des Klubs der deutschen Sozialdemokraten

Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokraten hat in ihrer Sitzung vom 27. Juni 1911 nachfolgenden Beschluß gefaßt:

Die Parteivertretung empfiehlt ihren Abgeordneten, sich im künftigen Parlament als Klub der deutschen Sozialdemokraten zu konstituieren.

So dringend das österreichische Proletariat einer möglichst einheitlichen Vertretung und Aktion bedarf, so sicher ist es, daß im bisherigen Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten diese Aufgabe nicht voll erfüllt werden konnte. Es scheint darum derzeit geboten, den Vorstand des Klubs zu beauftragen, mit den sozialdemokratischen Klubs anderer Nationen in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen möglichst enge Fühlung und Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten..



Geburtstagsgratulation der
Landesparteivertretung in
Böhmen für Dr. Victor Adler

Obere Reihe: Oswald Hillebrand,
Karl Cermak, Adolf Reitzner;
mittlere Reihe: Anton Schäfer,
Josef Seliger, Franz Beutel;
untere Reihe: Franz Rotsch,
Fanny Neumann, Heinrich Kremser

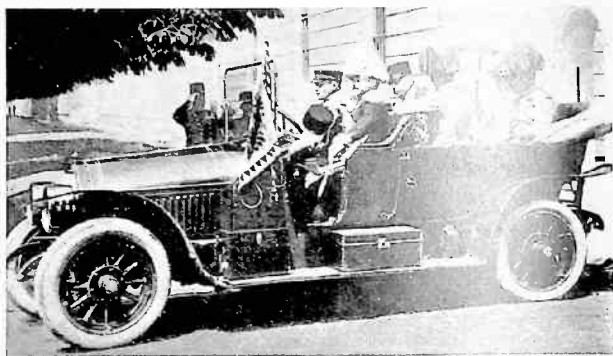


X. INTERNATIONALER
SOZIALISTEN-KONGRESS
WIEN-1914.

SARAJEVO

Am 28. Juni 1914 erschöß der zwanzigjährige serbische Nationalist Gavrilo Princip in Sarajevo das österreichisch-ungarische Thronfolgerpaar, Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gattin, die geborene tschechische Gräfin Chotek. Diese Schüsse eines jugendlichen Fanatiklers bildeten den unmittelbaren Anlaß für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Sie lösten eine Entwicklung aus, die nicht nur für die morsche Donaumonarchie, sondern auch für die ganze Welt verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen sollte.

Thronfolger und Gemahlin vor ihrer Fahrt durch Sarajevo, auf der sie ermordet wurden.



Die Verhaftung des Attentäters in Sarajevo.



Redaktion, Administration und Expedition: **W. Reiche Wenzgelle 97.**
 Verlag: **Wenzgelle 97.**
 I. Schulstraße Nr. 18.

Morgenblatt.

Verkaufspreis 10 Heller.

Reichshaus
 Redaktions- und Verlags-
 geschäft: **Wenzgelle 97.**
 I. Schulstraße Nr. 18.

Arbeiter=Zeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Nr. 207.

Wien, Mittwoch, 29. Juli 1914.

XXVI. Jahrgang.

Der Krieg.

Der Krieg ist erklärt. Obwohl noch überall von Vermittlungen geredet wird, so stand es schon lange fest, daß es zum Kriege kommen wird, stand es schon fest, daß Oesterreich-Ungarn seine Note nach Warschau schickte. Demnach wird die Kriegserklärung auf die Forderung von unerbittlicher Macht.

Die Kriegserklärung.

Mittels einer Extraausgabe der „Wiener Zeitung“ wird die Kriegserklärung kundgemacht.

Der Krieg erklärt.

Unverzüglich steht meine volle Gefügigkeit aus. In seiner Treue zum Österreich und zum Kaiser.

Arbeiter=Zeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Nr. 114.

Wien, Dienstag, 4. August 1914.

XXVI. Jahrgang.

Der Krieg an Frankreich erklärt.

Meldung um dreiviertel ein Uhr nachts.

Paris, 3. August, 7 Uhr abends. Eine amtliche Depesche und unter Beteiligung der belgischen Regierung bekannt: Bisher hatten deutsche Truppen, hielten Neutralität über belgisches Gebiet.

Einrichtung erlassen und auch die Industrie hat sich bereitwillig eingestellt. Der Osten von Europa ist nicht eingeschaltet, sondern von Westen eingeschaltet, nicht im Inneren, sondern am westlichen Außenrand der Welt. Der Handelsverkehr ist nicht mehr tief und von mächtigen Mächten umschlossen. Er bildet gewissermaßen den Innenhof, während die umschlossene Kriegsfahnenanlage, die ebenfalls von starken Mächten umschlossen ist, nördlich und südlich außerhalb des Handelshofes liegt. Die Kriegsfahnen.

Trautenauer Erz

Organ für die werktätige Bevölkerung des nordöstlichen Böhmens.

Erscheint jeden Freitag.

Wichtig: Nicht helfen nicht helfen, nur mitleidig schütten. Für Kämpfer es sich selbst für Gerecht und Recht.

Redaktion, Administration und Expedition: **Trautenauer, August 2. N. Glock.** -- Erscheinung der Redaktion und Administration: Am 2. August um 6 bis 12 Uhr nachmittags und um 2 bis 6 Uhr nachmittags. -- Unternehmenseinnahme und Redaktionskassier: **Wenzgelle 97.**

Abonnementspreis: Ganzjährig Kronen 5.50, halbjährig Kronen 2.80, vierteljährig Kronen 1.40. Für Deutschland: Ganzjährig Mark 5.50, halbjährig Mark 2.80, vierteljährig Mark 1.40. Einzelnummer 12 Heller. -- Postparaffin-Edenhorst Nr. 76-473.

Die Kriegslawine ist im Rollen,

wie sie mit sich reißen und unter sich begraben will! Serbien hat die maßvollen und gerechten Forderungen aus dem neuen Leben empfangen, berungen Wiener Regierung zurückgewiesen und es werden sich wohl heute niemand mehr hat sich abseht, jenen Schritten nachzukommen, deren Er-

Serbien hat die maßvollen und gerechten Forderungen aus dem neuen Leben empfangen, berungen Wiener Regierung zurückgewiesen und es werden sich wohl heute niemand mehr hat sich abseht, jenen Schritten nachzukommen, deren Er-

Unruhen in Neusehrien.

Gedächtnisse wollen wissen, daß in Neusehrien neuen bedeutenden Umfang ausgebrochen seien. Die nichtösterreichischen Elemente weigern sich, in die Arme einzutreten, so daß sich bei der Auffassung der neuen Truppen erhebliche Schwierigkeiten



Arnold Böcklin: *Der Krieg*

Im ersten Anlauf

haben unsere braven Soldaten den Feind im Felde
geworfen und seine Sieges-Phantasien zerstört!

Dies sei das Vorbild!

Im ersten Anlauf

ist der Beweis unserer unerschütterten Wirt-
schaftskraft zu erbringen.

Darum zeichne jeder sofort

Kriegs-Anleihe!

Trauer-Anzeige.

Schmerz erfüllt machen wir allen Verwandten und Bekann-
ten die schmerzbringende Nachricht, daß unser lieber, guter, letzter

Brolaib

im Alter von 8 Tagen nach langem, schweren Sparen heute
Mittag 12 Uhr infolge eines eingetretenen Heißhungers aufge-
gessen worden ist.

Um eine Brotmarke für die Hinterbliebenen bittet
in großem Lebewohl

Emil Kohlendampf
Ernst Schmalhans
Franz Ohnefett

August Hunger
Ida Hunger, geb. Wenigfleisch
Anna Nimmersatt

Eicheln auch Schalen

seporal

413

werden zu den höchsten Preisen von 100 Kilo exwärts gelast.

Nur frische, von guter Qualität.

Zuschriften, eventuell mit Muster, sind an J. Kresel in
Wien X., Columbusgasse 54, zu richten.

Um den Krieg
abzukürzen, wurde
die Kriegs-anleihe-
Zeichnung
verlängert.

Jede Zeichnung
beschleunigt den
Gang der

Friedens- verhand- lungen!

Trauerparten Leidenbilder

liefert schnell und billigst:

Druck- und Verlagsgehalt
„Gutenberg“
in Linz, Spittelwiese Nr. 5.

Satire und echte Not zeichnen
die Inseratseiten der Arbeiter-
presse

Kaufe waggonweise
getrocknete
Buchen- und Birkenblätter.

⊗
Vermittler gegen hohe Provision
werden gesucht.

Franz Gibulka, Prag II., Wenzelsasse 25.

**Erdbeerblätter
Simbeerblätter
Brombeerblätter**
grün getrocknet, kauft jedes Quantum
W. Junge, Karlsbad - Bahnhof.
Einkäufer werden überall bei guten Preisen
aufgenommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Wie die Bauern das Vieh verteuern. Linz, 8. Oktober.
Am 24. März l. J. kaufte der Wirtschaftsbefitzer Michael
Tunfahrt in Lasberg, Bezirk Freistadt, vom
Oekonom Florian Grad ein vier Monate altes Stier-
kalb um 190 K., welches er nach zehn Tagen dem Vieh-
händler Josef Thumair um 260 K. zum Kaufe anbot,
schließlich jedoch um 232 K. überließ. Letzterer verkaufte das
Kalb drei Tage darauf dem Bauer Michael Kleinleir
zum Preise von 300 K. Der Preis des Kalbes wurde also
infolge dieses Zwischenhandels — ohne besondere Auslagen
der beiden Spekulantenn — imerhoft ...
110

Kriegsmai

Von O. W. Payer.

Der vierte Kriegsmai! Viermal ist getaucht
Des Maien Blütenrot in Blut.
Und wieder rings die Welt in Flammen raucht
Und wieder Mann um Mann in Sand verhaucht,
Verzerrt der Menschheit Antlitz Gram und Wut —
Des Maien Blütenrot trübt Blut.

Vom Berge Sinai scholl der Donnerkruf:
Du sollst nicht töten! Welcher Hohn!
Durch Speer und Keule, Schwert und Roffchuf
Zu töten golt dem Heres als Beruf
Und, fchlug er zehn, trug er den Lorbeer schon!
Du sollst nicht töten — welcher Hohn!

Es sprach dies Wort des Zimmermannes Sohn:
Liebt eure Feinde! Welcher Spott!
Viel tauſend Feinde ſchlug die Legion,
Sie hob darob den Caſar auf den Thron
Und Roms Senat rief noch ihn aus als Gott!
Liebt eure Feinde — welcher Spott!

Die Gleichheit alles pries der Denker,
Was Menſchenantlig trägt, der Tor!
Da warf der Koſke, groß als Schlachtenlenker,
Den Geiern hin die Million, den Henker
Hob zu den Sternen bald die Welt empor!
Die Gleichheit aller — welch ein Tot!

Konfigiert.

Weh' uns! Die Tafel Moſis iſt zerbrochen.
Die frohe Botſchaft leerer Wahn!
Was in der Vorzeit ſtrahlendſten Epochen
Der Dichter, Denker, Forſcher Geiſt verſprochen
Der Menſchheit höchſtes Ziel und ſtolze Bahn —
Das alles, alles — leerer Wahn!

Nein, nein! Von dieſer Zeit Meduſenhaupt
Reißt los das Auge, los das Herz!
Blickt einwärts: Eurem eignen Buſen glaubt,
Dem Schmerz, dem Mitleid und der Hoffnung glaubt,
Der heißen Sehnsucht unterm kalten Eiz:
Reißt los vom Kriegsbild Aug' und Herz!

Ein anderes Geſetz iſt uns geſchrieben,
Tief innen wird das neue Reich!
Es ringt ſich los aus wider Tierheit Trieben:
Nicht haſſend töten, ſondern ſchaffend lieben,
Statt ſondernd herſchen einen Gleich' und Gleich!
Tief innen wird das neue Reich.

Oh' ſie erfüllt, kann dieſe Welt nicht ſterben!
Wie ſie gekommen, muß ſie gehn!
Das Reich des Schwerts kann nur durchs Schwert verderben,
Die alle Wunden heilt, nur kann es erben,
Arbeit und Liebe! Lernt dies wohl verſtehn:
Wie ſie gekommen, muß ſie gehn.

Doch wie ſie geht, kommt Lieb' und Arbeit wieder,
Dann kommt der Mai im Blütenrot!
Im Leid reißt unſer Werk. Getroſt, ihr Brüder!
Stürzt dieſe Welt, wir bau'n ſie ſchöner wieder
Durch Lieb' und Arbeit ſtatt durch Sieg und Tod:
Dann kommt der Mai im Blütenrot!

Parteiokonferenz 1917 in Brünn

Am 16. September 1917 versammelten sich in Brünn, der Stadt, in welcher 1899 das Nationalitätenprogramm der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie entstanden war, die führenden Vertrauensmänner zur „Parteiokonferenz der Sudetenländer“.

Vorsitzender war der im deutschböhmisches Erzgebirge gewählte Wiener Pädagoge Otto Glöckel. Seine Worte: „So wollen wir hier die Wege weisen zum Frieden auch im Innern dieses Staates.“

Beherrschende Gestalt der Konferenz war Josef Seliger. „Die Frage des Neuaufbaues Österreichs drängt zur Lösung.“ Wie sollte sie erfolgen?

Beste Verdeutlichung der Ausgangslage wie der Ziele gab Josef Seliger selbst. Er war ein Meister der Analyse, seine Kritik der bürgerlichen Parteien war nicht verletzend — sie galt für das Bürgertum aller Völker —, er war frei von der Verherrlichung der Schicht, der er entstammte, aber konstruktiv im Fortschritt.

DOKUMENT 1

Beschluß zur Nationalitätenfrage, gefaßt auf der sozialdemokratischen Konferenz der Sudetenländer am 16. September 1917 in Brünn

(Antrag Josef Seliger)

1. Die deutsche Arbeiterschaft der Sudetenländer verfolgt mit wachsender Beunruhigung die fortschreitende nationalistische Verhetzung, die den Kriegswillen der feindlichen Mächte vermehrt und im vollsten Widerspruch steht zu der tiefen Sehnsucht des arbeitenden Volkes in Stadt und Land nach dem äußeren wie nach dem inneren Frieden. Sie beklagt die Saumseligkeit und Unfähigkeit der Regierung, welche die Verfassungs- und Verwaltungsreform hinausschiebt und dadurch die wachsende Verwirrung verschuldet.

2. Die deutschen Arbeiter Böhmens, Mährens und Schlesiens stehen auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und fordern zu dessen Verwirklichung die Umgestaltung Österreichs in einen Nationalitätenbundesstaat, wie ihn das Brünnener Programm vom Jahre 1899 fordert. Als Grundlage zum Neuaufbau der Verfassung Österreichs fordern

wir: Die Reform der Lokalverwaltung, die Schaffung von Kreisregierungen als Organe einer wahren Selbstverwaltung sowie die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Verhältniswahlrechts zu den Gemeinderäten und Kreisvertretungen, und zwar im ganzen Staatsgebiete auf Grund der nationalen Abgrenzung der Siedlungsgebiete und auf Grund des Schutzes der nationalen Minderheitsrechte im gemischten Gebiete. Die deutschen Arbeiter sind bereit, das, was sie für sich selbst und ihr Volk fordern, auch jedem anderen Volk zuzusichern.

3. Die deutschen Arbeiter der Sudetenländer erkennen in einer demokratischen Kreisverwaltung, in national abgegrenzten Kreisen das einzige Mittel, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wiedergeburt des Volkes nach der Katastrophe dieses Krieges zu ermöglichen, den Bürokratismus sowohl als auch die kontrolllose Wirtschaft der sogenannten autonomen Verwaltungen zu überwinden und zugleich die einzig geeignete Unterlage für jede verfassungsrechtliche Auseinandersetzung der Nationen Österreichs. Die demokratische Kreisverwaltung muß und wird zur Grundlage der nationalen Autonomie werden.

4. Die deutsche Arbeiterklasse in den Sudetenländern anerkennt das volle Recht der tschechischen Nation auf nationale Selbstbestimmung ebenso wie sie es für das eigene Volk fordert und jeder anderen Nation zugesteht. Dagegen verwirft sie entschieden die Forderung der tschechischen Nationalisten, die Sudetenländer zu einem tschechoslowakischen Nationalstaat zu gestalten. Der Gedanke der Unterwerfung des deutschen Volkes in diesem Gebiete unter eine nationale Fremdherrschaft und seine Loslösung von den anderen Deutschösterreichern ist eine Utopie und kann nur den Machtkampf der Nationen verlängern und die Lösung der nationalen Frage verzögern.

Jeder Versuch einer solchen Regelung würde einen so heftigen Widerstand aller Deutschen in den Sudetenländern hervorrufen, daß auf lange Zeit an ein friedliches Zusammenleben nicht zu denken wäre. Schon darum müssen wir, ohne daß wir von nationaler Abneigung gegen das tschechische Volk geleitet werden, unsere warnende Stimme gegen solche Versuche erheben, die überdies erfolglos bleiben müssen.

Mit gleicher Entschiedenheit lehnt die deutsche Arbeiterschaft jede Regelung der ostschlesischen Frage ab, die eine Vergewaltigung eines der dort wohnenden Volksstämme (Polen) zur Folge haben würde.

5. Zugleich aber klagen wir die deutschbürgerlichen Parteien an, daß sie an der geschilderten Bewegung mitschuldig sind, weil sie den Notwendigkeiten der Zeit, der endlichen Demokratisierung unserer Verwaltung, der Begründung einer wahren Lokalverwaltung und der Verwirklichung der nationalen Autonomie im ganzen Reiche, im Interesse kleinlicher Vorrechte einzelner besitzender Gruppen beharrlichen Widerstand entgegenzusetzen, anstatt sich zu einem einheitlichen Verfassungsprogramm aufzurufen und sämtliche Völker Österreichs durch die Vernunft, Gerechtigkeit, Zweckmäßigkeit ihres Verfassungsprogramms für die Ziele gemeinsamer Freiheit und Wohlfahrt zu gewinnen.

Sie selbst haben den Gedanken einer Kreisverwaltung dadurch diskreditiert, daß sie das, was für das ganze Reich und das ganze Volk Notwendigkeit und Vernunft ist, als eine Ausnahmeverfügung und Strafmaßregel gegen eine andere Nation behandelt haben, weil sie das, was sie in dem einen Land als gerecht für sich fordern, nicht zugleich in einem anderen Land den anderen billig zugestehen wollen und weil sie endlich in der Ordnung der Zentralverwaltung die verhältnismäßige Anteilnahme an der Gewalt, die sie im Lande fordern, nicht grundsätzlich allen anderen Nationen einräumen.

Die deutschen Arbeiter Böhmens, Mährens und Schlesiens finden, daß keine andere Politik der deutschen Nation würdig und ihr auf die Dauer dienlich ist, als die Politik des gleichen Rechtes, der Demokratie, des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und der verhältnismäßigen Teilnahme aller Völker des Reiches an den gemeinsamen Rechten und Pflichten.

Volksbote

Sozialdemokratisches Organ für Südböhmen.
Erscheint einmal wöchentlich am Sonntag.

Das Blatt kostet mit Post-
zusendung frei ins Haus:
Jahrespreis . . . K 8.20
Halbjahrespreis . . . K 4.50
Vierteljahrspreis . . . K 1.50
== Raum Deutschland: ==
Jahrespreis . . . K 7.40
Halbjahrespreis . . . K 4.00
Vierteljahrspreis . . . K 1.50
== Postzusendung: ==
== Nr. 111.348. ==

Verwaltung
und Ausgabe des Blattes für den
Böhmertwald in Kremsau.
Eingetrag. Nr. 42, sowohl
sämtliche Aufschriften und
Zahlungen zu richten sind.
Inserate werden
kostenlos für den
Böhmertwald
bei offener Einzahlung
entsprechender Abzahl.
Stille Zeitungs-Abnahme
= Keine Vorzahlung. =

Verantwortlicher: Franz Krametzky in Kremsau. — Verantwortlicher Redakteur: E. Kitzel in Prag. — Druck- und Verlagsgeschäft: „Gutenberg“ (Weigmann & Komp., G. m. b. H.), Prag a. M.

Nr. 22.

Prag-Kremsau, Sonntag den 3. Juni 1917.

IX. Jahrgang.

Die Friedensziele der Gewerkschaften.

Zur internationalen Gewerkschaftskonferenz in Stockholm am 8. Juni.

Die Gewerkschafts-Internationale ist durch den Weltkrieg nicht in altem Maße gestärkt worden wie die politische Internationale der Arbeiterklasse. Einige internationale Gewerkschaftsverbände, wie die der Eisenarbeiter, Holzarbeiter, Schiffbauarbeiter, haben trotz des Weltkrieges ihre Tätigkeit sehr ausgedehnt. Inwiefern aber der Sinn der internationalen Gewerkschaftsverbände und Gewerkschaftsbünde, der bisher bekanntlich in Berlin war, ist ein bisher noch unausgeprägter Streit entstanden. Die Verhinderung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zusammen zu bringen haben mehrfach vergeblich werden müssen. Jetzt soll nun die für die Kriegszeit in Stockholm einberufene Konferenz der Internationalen Gewerkschaften am 8. Juni 1917 nach der Moskauer Idee

In zweiter Stelle stehen die Forderungen für den Ausbau des Sozialrechts. Das freie Wahlrecht soll allen Arbeitern, insbesondere den ausländischen, Gewerkschaften und die Verbesserung der Ausbildung des Berufs unter Strafe gestellt sein. Auch die ausländischen Arbeiter sollen Anspruch auf die vollständigsten Arbeitsbedingungen, aber falls solche fehlen, auf die tatsächlichen Löhne haben.

Sehr unklar ist dann die Liste der Forderungen der Gewerkschaften an die soziale Versicherung.

Kinder, die noch keine Versicherung gegen Krankheit, Altersschwäche, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit erworben haben, sollten versichert werden. Dies in kurzer Zeit nachzuholen. Die einmündigen Arbeiter sollen unter allen Umständen in der Sozialversicherung der einschlägigen Arbeiter gleichgestellt sein. Hoher Versicherungsschutz im Ausland und die Gleichstellung der Fremdarbeiter mit den deutschen Arbeitern sollen ausnahmslos die Voraussetzung auf Gegenseitigkeit abgeschlossen werden.

und die Internationale Arbeitsamt ausdrücklich anerkannt werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund soll eine Vertretung in diesem Komitee erhalten.

Was ihm, kurz zusammengefasst, die Friedensziele der Gewerkschaften. Neben ihrer eigentlichen Hauptaufgabe soll die Stockholm Konferenz der Gewerkschaften die Aufgabe haben, die internationale Gewerkschaften der „Zukunft und Wiederherstellung“ für das, was der Krieg an den Völkern geschadet hat.

Der kapitalistische Widerstand im Kriege.

Der Kapitalismus ist voller Widerstand, aber diese Widerstände sind nicht natürlich, wie Kapitalismus und Arbeiter, Arbeiter und Kapitalismus, Arbeiter und Kapitalismus, Arbeiter und Kapitalismus.

Waffenstillstandsverhandlungen.

Wien, 3. Dezember. (R.-B.) Aus dem Kriegspresquartier wird mitgeteilt: Bei den im Bereiche der Front des FML. Rittmarschall Leopold v. Bayern heute beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen ist die österreichisch-ungarische Seerescheinung durch besonders bevollmächtigte höhere Generalstabsoffiziere vertreten. Die russische Abordnung, die gestern um 4 Uhr 30 Minuten nachmittags an unseren Linien empfangen wurde, ist noch abends an den Verhandlungsort weitergereist.

Berlin, 3. Dezember. (R.-B.) Das Wolffsche Bureau meldet:

Am 1. Dezember 1917 ist mit einer russischen Armee Waffenstillstand für die Front vom Südbor der Lipa vereinbart worden. Mit dem 2. Dezember 1917, 10 Uhr abds wurden in diesem Ab-

Im Kampfe um den Frieden.

Wenn die Regierungen der Mittelmächte das Waffenstillstandsangebot der russischen Proletariat angenommen und wenn wir so die Hoffnung haben, dem Frieden doch endlich in unmittelbarer Nähe gegenüberzustehen, so ist es — das wird auch der unbedingteste Regierungsmann zugeben müssen — nicht die Erlaubnis der Regierungen, die eine Stimmung in den beiden Staaten erzeugt hat, welche die Annahme des russischen Angebotes ermöglichte, sondern die Vermuthung der proletarischen Bewegung dieser Staaten, die in grundsätzlicher Feindschaft gegenüber dem Kriege vom ersten Kriegstage an den Frieden verlangte. Und wenn man die Einsicht der Staatsmänner preit, die sich über alle Bedenken hinwegsetzen und mit den Vertretern der russischen Revolution über den Frieden verhandeln wollen, so hat auch

Kriegserklärungen Amerikas.

Washington, 4. Dezember. (R.-B.) Dem Senat ist ein gemeinsamer Beschluß beider Häuser des Kongresses unterbreitet worden, worin erklärt wird, daß zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei andererseits der Kriegszustand bestehe. Der Beschluß wurde ohne weiteres dem Anschlusse für Auswärtige Angelegenheiten übermittelt.

Verhandlungen mit Rumänien.

Wien, 5. Dezember. (R.-B.) Amtlich wird verkündet: Der Oberbefehlshaber der zwischen dem Dniester und dem Schwarzen Meer stehenden russischen und rumänischen Truppen ist gestern nachmittags an den Generaloberst Erzherzog Josef und an den Generalfeldmarschall v. Mackensen mit dem Vorschlage herangetreten, Verhandlungen über einen Waffenstillstand einzuleiten. Unsere Vorgesetzten haben zustimmend geantwortet. Die Anordnungen begeben sich an den Verhandlungsort.

Der Zusammenbruch der Dolomitenfront.

Prag, am 8. November 1917.

Die Erzwingung des Ueberganges über den Tagliamento hatte zunächst die Verdrängung des Feindes auch vom rechten Ufer zur Folge. Der erste Uebergang gelang längs der Grenze zwischen Ebene und Gebirge, bei Soppo-Pinzano, südwestlich von Gemona. Darauf folgte der Hauptübergang bei Cividale. Dieses Ereignis zieht sehr große Folgen nach sich. Die Offensive geht nun gegen die Piave.

Verkaufung
und Ausgabestelle für den
Böhmerwald in Arman.
Eingez. Nr. 42, wohin
sämtliche Zuschriften und
Zahlungen zu richten sind.
Zinssätze werden
tarifmäßig berechnet.
Bei dritter Einkaufung
entsprechender Rabatt.
Offene Zeitungs-Bezeichn-
= ungen portofrei. =



Franz Rasch

geboren 9. 12. 1888 in Prerau,
gestorben 11. 2. 1918 in Cattaro.

Franz Rasch ist in der österreichischen Arbeiterbewegung erst durch sein heldenmütiges Sterben bekannt geworden. Franz Rasch, der sein Weltbild im Verbanke der jugendlichen Arbeiter Österreichs geformt hatte, lebte vor Beginn des Ersten Weltkrieges in Troppau.

Am 1. Februar 1918 gingen um 12 Uhr mittags auf allen in Cattaro verankerten Kriegsschiffen rote Fahnen auf Topp. Ein Matrosenrat übernahm den Befehl über die Cattaro-Flotte. Franz Rasch, der Führer des Matrosenrates, ließ verkünden, daß die Seesoldaten des Krieges müde seien. „Brot und Frieden!“ war die Losung. Aber unter der Drohung der Küstenbatterien und den dort vor dem Hafen liegenden deutschen Unterseebooten ergab sich der Matrosenmaat, um Leben zu sparen. Unteroffizier Rasch wurde vom Militärgericht zum Tode verurteilt. „Ich kämpfe für eine Idee“, rief er den Richtern zu, „und diese Idee ist der Friede“.



Rose Silberer: „Krieg“





Victor Adler

Victor Adler wurde am 24. Juni 1852 in Prag geboren. Er hat noch den Untergang Österreichs erlebt und war der erste Außenminister der Republik. Aber er war es nur wenige Tage. Ein Herzleiden machte am 11. November 1918 dem Leben dieses wahrhaft großen Menschen ein Ende, das ein Leben der Güte und Opferbereitschaft gewesen ist.

Wegbereiter und Einiger der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Österreich

*„Ich weiß eine purpurne Blüte,
die auf Wellen der Zukunft sich wiegt:
das ist die rein menschliche Güte,
die Kummer und Elend besiegt.“*

Karl Hendzell

Haus Victor Adler in Bodenbach



Trautenauer Echo

Organ für die arbeitende Bevölkerung des nordböhmischen Böhmens.
Erscheint jeden Freitag.

Wolke: Nicht belien, nicht bitten, am wenigsten schreien.
Die Menschheit ist die Menschheit der Menschheit.

Abonnementspreise:		Verkauf und Abnahme: Einmalig, monatlich, vierteljährlich, halbjährlich, jährlich, 2. 12. 1918. - Verkaufsstellen: 1. 12. 1918. - Verkaufsstellen: 1. 12. 1918. - Verkaufsstellen: 1. 12. 1918.	Inseratensatzungen:
Einzelhefte:	Abonnementspreise:		
Einzelhefte: 10 H.	Abonnementspreise: 10 H.	Verkauf und Abnahme: Einmalig, monatlich, vierteljährlich, halbjährlich, jährlich, 2. 12. 1918. - Verkaufsstellen: 1. 12. 1918. - Verkaufsstellen: 1. 12. 1918.	Inseratensatzungen: 10 H.

Mr. 46.

Trautenau, den 15. November 1918.

XIX. Jahrgang.

Viktor Adler tot!

Nur vor Ablauf des Halbes ereicht uns die furchtbare, unerwartete Kunde vom Ableben unseres verehrten Genossen, Führers und Retters Dr. Viktor Adler.

Wenn an die diesen Tageblatt eine schmerzliche Zeit gibt, das uns helfen kann, diesen Schlag zu überwinden, so heißt es darin, daß es dem Führer der österreichischen Sozialdemokratie gescheit war, nach kurz vor seinem Tode die Idee, für die er gekämpft und gelitten hat, triumphieren zu sehen.

Er selbst hat noch im letzten Augenblick in entschlossenen Stunden mitgeteilt, die Befähigung aller Österreicher auszubilden, den Völkern Frieden herbeizuführen.

Wie haben uns alle der Hoffnung hingeklebt, daß es unserem hochverehrten Führer gegnüber sein werde, gerade jetzt seine unerschütterliche Kraft, seine ungeheuren Fähigkeiten in den Dienst der internationalen Demokratie stellen zu können.

Viktor Adler war wie in der österreichischen Partei so auch in der gesamten proletarischen Internationale die einflussreichste Persönlichkeit. Man kann sich vorstellen, von welcher Bedeutung diese Tatsache für unsere Genossen sein mußten, der aus der deutschösterreichischen Arbeiterbewegung heute anzuwenden war, die letzte Salvo des Kampfes zu setzen.

Einige Jahrzehnte hat Viktor Adler unter den deutschen Arbeiterbewegungen für die Idee des internationalen Sozialismus gekämpft. Er hat sein Vermögen und vor allem seine Gesundheit geopfert, er hat alles getan und treulich hingegeben und alles ertragen im Kampfe für den Sozialismus und gegen den Kapitalismus.

Viktor Adler war einer der besten, der gemäßigten Reform; er hat es verstanden, das in Wien und bei uns

sanftere Sozialistisches Österreich zu verwirklichen und Kompromisse zu machen. Er hat das Österreichische, nach dem internationalen Sozialismus sein Vermögen, was Viktor Adler für es war; niemand kann es heute sagen, was es bedeutet, daß dieser große Denker und Mann (Führer) nicht mehr ist.

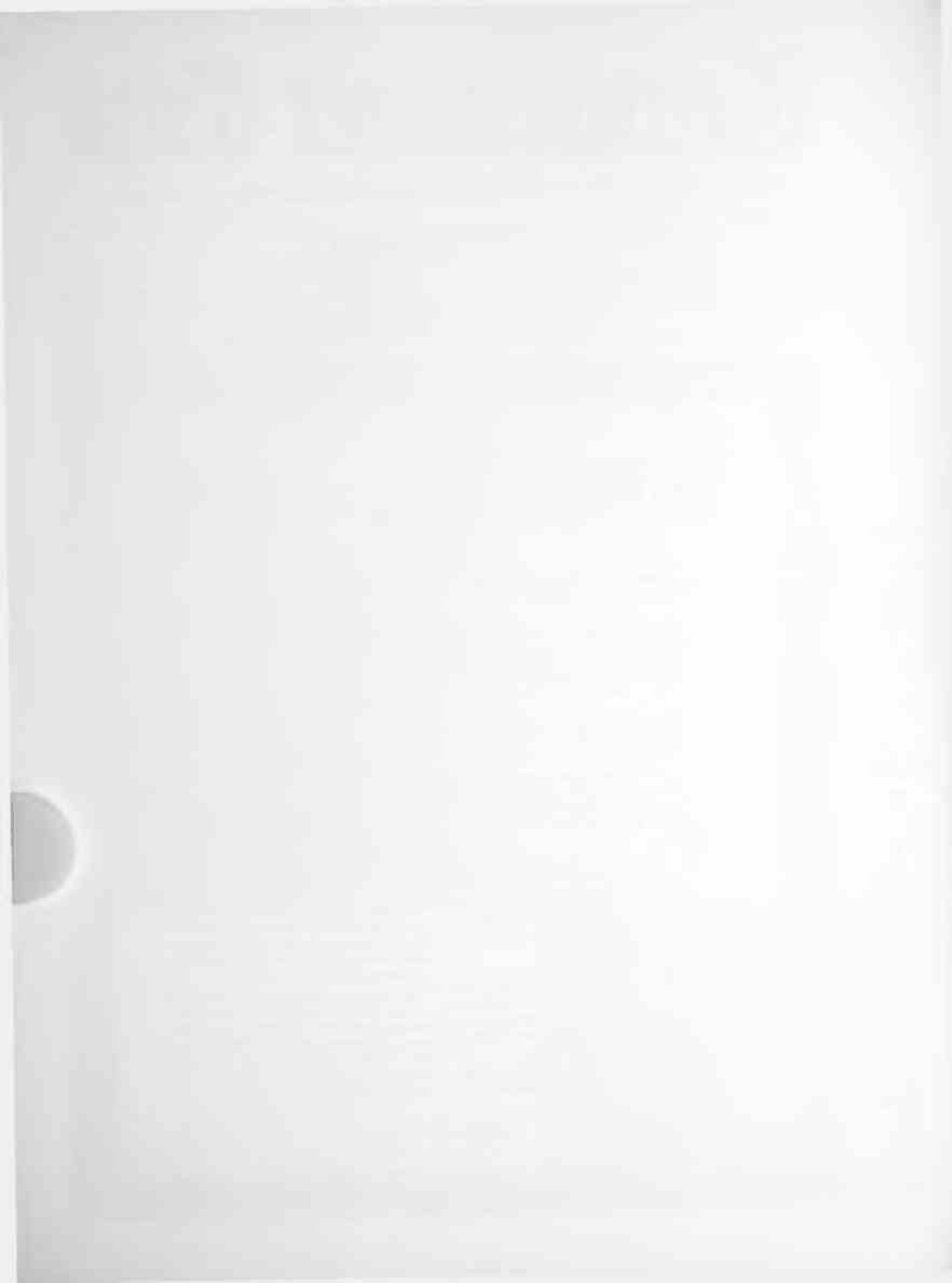
Viktor Adlers Leben war der Arbeiterbewegung, dem Sozialismus gewidmet. Er hat den Führern und Vertretern der Sozialisten ein leuchtendes Beispiel gegeben, daß der überlegene Sozialist alles ertragen muß, wenn es sein muß, alles opfern muß, wenn es das Interesse des Sozialismus erfordert.

Er hat uns gelehrt, alles, gemäßigtes zu ertragen; er hat uns als große Mann die größten Beispiele der Tapferkeit vor Augen geführt; er hat uns gezeigt, daß ihn nichts, keine Macht unterliegen konnte. Was immer über unseren Viktor Adler herbeigekommen war, so gemäßig die Schläge waren, die vor ihm auf ihn niederfielen: er blieb stehen, fest und hart. Wichtiger als alles andere war ihm das Ansehen im Kampfe um die großen Ziele der gesamten Menschheit.

In diesem Punkt müssen wir ihm vor allem nachsehen. Wenn wir diesen Schlag ertragen, wenn wir ihn überwinden wollen, so zwar, daß es uns in unserer gegenwärtigen Kampf nicht können kann, dann müssen wir uns an seine großen Beispiele halten.

Jetzt und bis in unser Zwieschen trifft uns die furchtbare Kunde. Aber wir wollen die Idee zusammenheften, den Schmerz unterdrücken und trübsamen Angest, aufsteigen und aufstehen den Zeiten des großen Meisters nachsehen. Wir haben es dem Abenteurer des großen Zeiten (Führer), alles herauszusagen, um die Idee, die er uns erlehrt hat, nachzugehen, lernen, zu erlernen.

W



IV. Für Selbstbestimmung und gegen Kommunismus (1919-1923)

Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte die Auflösung Österreich-Ungarns, auf dessen Boden zehn Millionen Deutsche lebten. Davon blieben in der jungen österreichischen Republik nur etwa sechs Millionen übrig. Aus den restlichen vier Millionen sind nationale Minderheiten in Italien, Jugoslawien, Polen und der Tschechoslowakei geworden.

Wenzel Jaksch hat einmal gesagt, der Versuch einer Aberkennung der historischen Identität scheiterte bereits bei der Viertelmillion Südtiroler. Erst recht mußte er bei einem Volksstamm von dreizehnfacher Stärke scheitern, der nicht an ein verstümmeltes Hinterland grenzte, wie im Falle Nordtirols, sondern in breiter Front an Restösterreich, Bayern, Sachsen und Preußisch-Schlesien angelehnt war.

Die Auflösung Österreich-Ungarns in Nachfolgestaaten erfolgte unter dem Vorzeichen des Selbstbestimmungsrechts. Weite Kreise in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten glaubten damals an die Bildung neuer Nationalstaaten, weil ihnen die tatsächliche nationale Zusammensetzung der betroffenen Gebiete über Jahre hinaus ein Rätsel geblieben war. Diesem Wunschdenken kam Edvard Beneš in geschickter Weise entgegen, als er bei den Pariser Verhandlungen mit falschen Angaben und manipulierten Zahlen operierte. Präsident Wilsons Eingeständnis nach der Unterzeichnung der Friedensverträge, er habe von den der Tschechoslowakei einverleibten drei Millionen Sudetendeutschen nichts gewußt, zeigt einmal mehr auf, mit welchem Dilettantismus an eine Friedensregelung gegangen wurde, die bereits den Keim eines neuen weltweiten Krieges in sich barg. Die von Josef Seliger und Rudolf Lodgman von Auen geführte sudetendeutsche Delegation, der außerdem noch Freißler, Klement, Oldofredi und Beer angehörten, wurde von den Vertragspartnern von St. Germain nicht empfangen. Das Schicksal

des überreichten Memorandums blieb im Ungewissen.

Immerhin war den Sudetendeutschen noch am 14. Oktober 1918 das Selbstbestimmungsrecht feierlich zugestimmt worden. Als es zur Bildung einer Landesregierung von Deutschböhmen unter Lodgman und Seliger, zur Ausrufung der Provinz Sudetenland durch die Abgeordneten Nordmährens und Schlesiens und zu eigenen Gauverwaltungen in den deutschen Gebieten Südböhmens und Südmährens kam, wurden die Hoffnungen auf die Einlösung dieses Versprechens erneut genährt. Da die Friedenskonferenz noch bevorstand, blieb der staatsrechtliche Status der Sudetendeutschen zunächst ungeklärt.

Noch vor der Gründung der tschechoslowakischen Republik trat am 21. Oktober 1918 der österreichische Reichsrat zusammen und forderte die Übernahme der staatlichen Ordnung im selbständigen österreichischen Staat und verwahrte sich gegen „jede Annexion von Gebieten der angrenzenden Deutschen, die sich zum österreichischen Staate bekannten“. Als es zur Ausrufung der neuen Republik kam, als deren offizielles Datum der 28. Oktober 1918 gilt, waren noch viele Fragen ungeklärt.

Die erste Sitzung der tschechoslowakischen Nationalversammlung fand am 14. November 1918 statt. Der noch im Ausland weilende Thomas Masaryk wurde einstimmig zum Präsidenten der neuen Republik gewählt. Dr. Kramář bildete die erste Regierung, der u. a. auch Beneš, Rašín und Štefánik angehörten. Die Zugehörigkeit der Slowakei als autonomes Land war zwischen Masaryk und Vertretern der Slowaken in Pittsburgh (USA) vereinbart worden.

Bereits am 3. November 1918 hatte die militärische Besetzung Deutschböhmens durch tschechische Truppen begonnen. Das war eine klare Ver-

letzung der internationalen Abmachungen und die österreichische Regierung Lammasch erhob dagegen am 11. November Einspruch. Zuvor war Josef Seliger nach Prag geeilt, um mit dem tschechischen Nationalrat zu verhandeln. Dr. Rašín wies ihn mit den Worten zurück: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht!“ Im Verlauf der weiteren Monate wurde die militärische Besetzung auch auf die anderen Gebiete ausgedehnt.

Am 4. März 1919 wurde die Nationalversammlung der österreichischen Republik einberufen. Zum ersten Mal durften die Abgeordneten aus den Sudetenländern an der Sitzung eines Wiener Parlaments nicht teilnehmen. Um ihre Sympathie mit den Deutschen Österreichs und ihr Recht auf Selbstbestimmung zu bekunden, hatte die Führung der Sudetendeutschen für den gleichen Tag zu friedlichen Demonstrationen aufgerufen. Die Anregung dazu war von Josef Seliger ausgegangen. In einem Aufruf der deutsch-böhmischen Landesregierung hieß es u. a.:

„Unsere Feier am heutigen Tage ist eine flammende Anklage gegen die Gewalt, mit der man unser Recht zu brechen sucht. Alle Stämme Österreichs sind heute an der ersten Sitzung der deutsch-österreichischen Republik vertreten, nur Deutschböhmen ist mit Gewalt zum stummen Schweigen verurteilt.“

Josef Seliger erklärte auf der Massenkundgebung in Teplitz-Schönau:

„Uns führt nicht Haß gegen das tschechische Volk zusammen, dem wir seine Befreiung aus dem alten Sklavenstaat gönnen... Nur die Liebe zu unserem Volk, zu unserer Freiheit und zu unserem Recht ist es, die uns heute zusammenführt.“

Gegen die Demonstranten wurde tschechisches Militär eingesetzt, das in Brüx und Kaaden, in Troppau, Sternberg und anderen Orten in die wehrlose Menge schoß. Es gab 54 Tote und zahl-

reiche Verletzte. Der Demokratie im neuen Staat war damit der erste tödliche Stoß versetzt worden. Andere sollten folgen.

In Deutschland war inzwischen Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt worden. Im Verlauf seiner Antrittsrede vor dem Deutschen Reichstag am 11. Februar 1919 erklärte er u. a.:

„Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen, nach innen und nach außen. Wir können aber um des Rechts willen nicht dulden, daß man unseren Brüdern die Freiheit der Wahl raubt. Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebot von Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege.“

Den Frieden zu erringen, der der deutschen Nation das Selbstbestimmungsrecht sichert, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volk Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettlerfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das sei unseres Strebens Ziel. Demokratie und soziale Gerechtigkeit vereint, werden das deutsche Gemeinschaftsgefühl, die Liebe zum deutschen Land und deutschen Volke mächtig erstarcken lassen...

Zu diesem deutschen Land und Volk gehört auch der deutsch-österreichische Bruderstamm. Die Begeisterung, mit der alle Kundgebungen auf seinen Wiederanschluß hier aufgenommen worden sind, legt Zeugnis ab, wie sehr diese Wiedervereinigung dem ganzen deutschen Volke Herzenssache ist. Ich gebe mich der Hoffnung hin, die Vertreter Deutsch-Österreichs in nicht allzu ferner Zeit als Kollegen in unserer Mitte willkommen heißen zu dürfen.“

Die deutsch-österreichische Nationalversammlung beschloß daraufhin, am 24. April 1919 fünf Delegierte für die verfassunggebende Versammlung des Deutschen Reiches zu entsenden, um den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich in die Wege zu leiten. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von St. Germain am 10. September 1919 wurde auch dieses Vorhaben zu-
nicht gemacht.

Die Bindungen der Sudetendeutschen zu Wien waren indes schon vorher zerrissen worden. Soweit es die sozialdemokratische Partei betraf, verlagerte sich das Schwergewicht in die Zentren Teplitz-Schönau, Brünn und Troppau. Der organisatorische Schwerpunkt lag in Deutschböhmen. Auf dem Gründungsparteitag in Teplitz, der vom 30. August bis zum 3. September 1919 tagte, wurde die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (DSAP) aus der Taufe gehoben. Der Abschied von Wien war ein schmerzlicher Akt. Der erste Vorsitzende der DSAP, Josef Seliger, erklärte in seiner Eröffnungsansprache:

„Das ist aber nicht nur eine Stunde der Vereinigung, sondern auch eine der Trennung. Schmerzlich ist für uns das Bewußtsein, gegen unseren Willen losgerissen zu sein von einem Staate, zu dem wir uns selbst bekannt haben; aber noch viel schmerzlicher ist für uns deutsche Sozialdemokraten in den Sudetenländern, es hinnehmen zu müssen, daß wir nunmehr sozusagen unser Vaterhaus zu verlassen haben... Unser Herz will es nicht fassen, daß wir nun heraus müssen aus dem Haus, in dem wir alle geleitet waren in allen unseren Handlungen von jenem großen Geiste der Bewegung, den uns unser großer Meister Victor Adler geschenkt hat.“

Im Namen des Parteivorstandes der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie erklärte Friedrich Adler auf dem Teplitzer Parteitag: „Wir verlieren die Hälfte der Partei und ich darf es wohl

sagen, wir müssen uns trennen von der besseren Hälfte der Partei.“ Er fügte hinzu:

„Sie sind gezwungen, in einem Staat zu leben, der – ich will es ganz deutlich sagen – in gewissem Sinne der wahre Erbe des alten Österreich ist. Denn während wir Deutschösterreicher gezwungen werden sollen, die Erben der Staatsschulden des alten Habsburger Reiches zu werden, werden Sie, Genossen, wie die Tschechoslowakei gezwungen, der Erbe des Staatgedankens der schwarzgelben Monarchie zu werden.“

Mit Josef Seliger an der Spitze und Karl Cermak als Sekretär gelang die sudetendeutsche Sozialdemokratie zu großer Geltung. Das manifestierte sich bei den Gemeindewahlen im Frühsommer 1919, als in 36 Gemeinden des Teplitzer Bezirkes 22 sozialdemokratische Bürgermeister gewählt wurden.

Im Interesse des Friedens, der Demokratie und der betroffenen Bevölkerung unternahm die Sozialdemokratie, unterstützt von anderen deutschen Demokraten, den Versuch, gerechte Lösungen auf dem Boden der tschechoslowakischen Republik herbeizuführen. Das Bekenntnis zu einer demokratischen Lebensform wurde allmählich durch ein Loyalitätsbekenntnis zum neuen Staat ergänzt. Dieser Prozeß war freilich langwierig, der Weg der demokratischen Parteien zur Staatsloyalität beschwerlich. Der Schiedsspruch von St. Germain stieß bei allen Deutschen auf heftigen Widerspruch. Am 9. September 1919 gab die Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich eine Erklärung ab (der materielle Inhalt des Friedensvertrages war bereits bekannt), in der es hieß:

„Die Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich erhebt vor aller Welt feierlich ihren Protest dagegen, daß der Friedensvertrag von St. Germain unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs zu schützen, dem deutsch-

österreichischen Volke sein Selbstbestimmungsrecht nimmt, ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem deutschen Mutterland verweigert...

In schmerzlicher Enttäuschung legt sie Verwahrung ein gegen den leider unwiderruflichen Beschluß der alliierten und assoziierten Mächte, dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche von den Alpendeutschen, mit denen sie seit Jahrhunderten eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft bilden, gewaltsam losreißen, ihrer nationalen Freiheit zu berauben und unter die Fremdherrschaft eines Volkes zu stellen, das sich in demselben Friedensvertrag als ihr Feind bekennt.“

Auch der deutsche parlamentarische Verband, der alle nichtsozialistischen Abgeordneten des Prager Parlaments umfaßte, und die Fraktion der sudetendeutschen Sozialdemokraten gaben ähnliche Erklärungen ab. Inzwischen waren 72 deutsche Abgeordnete in die neue tschechoslowakische Nationalversammlung gewählt worden. Am 18. April 1920 fanden die ersten Wahlen statt, bei denen die sudetendeutschen Sozialdemokraten einen großen Erfolg erringen konnten. Mit 44 Prozent aller abgegebenen deutschen Stimmen wurden sie zur weitaus stärksten Partei des Sudetenlandes. Sie stellten 31 Abgeordnete. Demgegenüber konnten die deutschen Nationalisten nur mit fünf Mandaten in die Nationalversammlung Einzug halten.

In ihrer ganzen Geschichte mußte die sudetendeutsche Sozialdemokratie einen Zweifrontenkampf führen: für die soziale Gerechtigkeit und den nationalen Ausgleich. Im Jahre 1920 gesellte sich ein dritter Faktor dazu: der Kampf gegen den totalitären Kommunismus. Ernst Paul hat in der ihm eigenen bildhaften Sprache die Vorgänge von damals folgendermaßen festgehalten:

Bei den Sudetendeutschen hatte die Radikalisierung zunächst keinen Boden gefunden. Auf dem Gründungsparteitag von 1919 der deutschen sozialdemokratischen Partei war es ein einziger Delegierter, der kommunistische Auffassungen vertrat. Er wurde nicht beachtet. Aber schon wenige Monate später, im April 1920, brach der Sturm los. Er kam aus der Reichenberger Ecke. Hier hatten die Gewerkschaften, die als reformistisch galten, ihren Hauptsitz. Hier lebte aber auch ein alter Radikalismus. Für junge Menschen hatte der Gedanke der russischen Revolution etwas Faszinierendes. „Wenn wir dem Beispiel der Russen folgen, können wir mit einem Schlag zum Ziel kommen.“ Aber auch für jene, die jahrzehntelang für die gute Sache gestritten, gelitten und geopfert hatten, war die Verheißung verlockend, in einem einzigen großen Anlauf alle Hürden zu überspringen und endlich zu erreichen, was erträumt und erhofft war, für was man gekämpft hatte.

In Reichenberg bildete sich die „Linke“ auch als Organisation. Sie erfaßte den ganzen Parteibezirk und griff darüber hinaus ins Erzgebirge und in den Böhmerwald. Die Partei drohte erschüttert zu werden. Da stellte sich Josef Seliger zum Kampf. Der Führer der Volksgruppe und der Partei hatte seine Stunde erkannt. Sein genialer Blick hatte erfaßt, daß es seine Mission sei, die sudetendeutschen Arbeiter vor einem verhängnisvollen Irrtum zu bewahren.

Auf dem Karlsbader Parteitag, der vom 3. bis zum 7. Oktober 1920 tagte, kam es zu einem erbitterten Ringen zwischen den beiden Parteiflügeln. Seliger und seine Anhänger siegten und die Einheit der sudetendeutschen Sozialdemokratie konnte zunächst erhalten bleiben. Aber ein halbes Jahr später erfolgte die Spaltung. Josef Seliger, schwer erkrankt, bezahlte seinen Einsatz mit dem Leben. Er starb am 18. Oktober 1920.

Es war jedoch nicht nur die Spaltung allein, die lähmend wirkte. Die tschechischen Sozialdemokraten gehörten der Regierung an, die eine verhängnisvolle einseitige Nationalitätenpolitik betrieb. Alles, was an Ungerechtigkeiten gegenüber den Deutschen im Staate geschah, erfolgte mit Wissen oder Zustimmung der tschechischen Sozialdemokraten. Trotz aller Proteste wurden in der öffentlichen Meinung auch die sudetendeutschen Sozialdemokraten mit der verfehlten Nationalpolitik der tschechischen Sozialdemokraten belastet. Ein Brückenschlag zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien schien unmöglich zu sein. Daß die sudetendeutschen Sozialdemokraten sowohl auf dem internationalen Kongreß in Hamburg 1923 als auch später beim Kongreß in Marseille vor der sozialistischen Internationale die tschechische Politik brandmarkten, drang kaum in das Bewußtsein der breiten Massen der Sudetendeutschen ein. In der am 21. Mai 1923 überreichten Denkschrift der sudetendeutschen Sozialdemokraten, die auch von den ungarischen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei unterzeichnet worden war, wurde die neue Republik als ein „Staat der Gewaltherrschaft“ bezeichnet und die Rolle der tschechischen Sozialdemokraten heftig kritisiert.

Die Denkschrift war auf dem 4. Parteitag der DSAP in Aussig (16. bis 18. Dezember 1923) noch einmal ausdrücklich gebilligt worden. Der Delegierte Wenzel Jaksch führte dort u. a. aus:

„Wir haben ein Recht darauf, daß die Internationale ihr Urteil fällt, weil unsere Verhältnisse in diesem Staat trotz aller schönen Redensarten unerträglich sind und für jeden Sozialisten so lange unerträglich bleiben müssen, solange Sozialisten in einer Regierung sitzen, die alle diese Verhältnisse stützt und fördert. Die Internationale hat zwar keine Macht, ihr Urteil zu vollstrecken, aber sie hat die Pflicht, vor aller Welt festzustellen, wie es in diesem Staate aussieht, und klipp und klar gerade gegenüber den tschechischen Sozialdemokraten zu erklären, wer in diesem Kampfe Recht und wer Unrecht hat.“

Vier Jahre (von 1914—1918) tobte der erste Weltkrieg! An seinem Ende zerbrach die Donaumonarchie...

Die Völker drängten nach eigener Staatlichkeit...

USA-Präsident Wilson proklamierte (1917) das Selbstbestimmungsrecht der Nationen...

Am 16. September 1917 (noch mitten im Kriege) forderte Josef Seliger beim Arbeitertag in Brünn das Selbstbestimmungsrecht auch für die Sudetendeutschen!

Vor den Reichsratsabgeordneten der deutschen Wahlbezirke erklärte am 21. Oktober 1918 Victor Adler: „Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht ohne Vorbehalt und ohne Einschränkungen auch für unser deutsches Volk!“

Auszug aus der Unabhängigkeitserklärung des tschechoslowakischen Volkes durch seine provisorische Regierung vom 18. Oktober 1918

Der tschechoslowakische Staat soll eine Republik sein. In fortwährendem Streben nach Fortschritt wird er vollständige Freiheit des Gewissens, der Religion und Wissenschaft, Literatur und Kunst, Sprache, Presse und das Recht auf Versammlungen und Petitionen gewährleisten. Die Kirche wird vom Staate getrennt werden.

Unsere Demokratie wird auf allgemeiner Duldung beruhen. Die Frauen sollen auf dieselbe Stufe gestellt werden wie die Männer, in politischer, sozialer und kultureller Beziehung. *Die Rechte der Minderheit* sollen durch *verhältnismäßige Vertretung* gewahrt werden, *nationale Minderheiten sollen gleiche Rechte genießen*. Die Regierung soll eine parlamentarische Form haben und die Grundsätze der Initiative und des Referendums anerkennen. Das stehende Heer soll durch eine Miliz ersetzt werden.

Das tschechoslowakische Volk wird weitgehende soziale und ökonomische Reformen durchführen; die

Großgrundbesitze werden abgelöst und für die heimische Kolonisation frei gemacht werden; die Adelspatente werden abgeschafft werden.

Unsere Nation wird ihren Teil an den Vorkriegsschulden Österreich-Ungarns übernehmen, die Schulden für diesen Krieg überlassen wir jenen, welche sie verursacht haben.

In seiner auswärtigen Politik wird das tschechoslowakische Volk sein volles Maß an Verantwortlichkeit in dem Wiederaufbau Ost-Europas übernehmen. Es übernimmt vollständig die demokratischen und sozialen Grundsätze des Nationalismus und unterwirft sich der Anschauung, daß alle Vereinbarungen und Verträge offen und frei ohne geheime Diplomatie abgeschlossen werden sollen.

Unsere Verfassung soll für eine kräftige, vernünftige und gerechte Regierung sorgen, welche alle besonderen Vorrechte ausschließen und eine Gesetzgebung nach Klassen untersagen soll.

Die Demokratie hat die theokratische Autokratie aus dem Felde geschlagen. Der Militarismus ist überwunden, die Demokratie ist siegreich; auf der Grundlage der Demokratie wird die Menschheit reorganisiert werden. Die Mächte der Finsternis haben dem Siege des Lichtes gedient — das ersehnte Zeitalter der Menschlichkeit beginnt zu tagen.

Wir glauben an Demokratie, wir glauben an Freiheit, an immer größere Freiheit!

Gegeben zu Paris, den 18. Oktober 1918.

Professor Thomas G. Masaryk
Ministerpräsident und Finanzminister

General Dr. Milan R. Štefánik
Minister der nationalen Verteidigung

Dr. Eduard Beneš
Minister des Äußeren und des Inneren



Masaryk unterzeichnet im Weißen Haus in Washington die Deklaration über die Errichtung des tschechoslowakischen Staates am 18. 5. 1918.

Entschließung der sudetendeutschen Abgeordneten des sterreichischen Reichsrats vom 21. Oktober 1918

Wir, vom deutschen Volke Böhmens auf Grund des allgemeinen, gleichen und unmittelbaren Wahlrechts erwählten Abgeordneten haben uns zu dieser Vorläufigen Landesversammlung vereinigt, um auf Grund des allgemein anerkannten Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Beschlüsse der deutsch-sterreichischen Nationalversammlung in unserem Siedlungsgebiet eine geordnete Verwaltung aufzurichten und so unser Volk vor Fremdherrschaft und wirtschaftlichem Elend zu bewahren . . .

Im Namen des von ihr vertretenen Volkes und Gebietes erklärt die Landesversammlung Deutschböhmen als eigenberechtigte Provinz des Staates Deutschösterreich, erkennt bis zur endgültigen Ordnung der Verfassung die . . . deutsch-sterreichische Nationalversammlung als ihre einzige und höchste gesetzgebende Körperschaft, die von ihr eingesetzten Behörden als ihre übergeordneten Behörden an und erklärt die Beschlüsse der deutsch-sterreichischen Nationalversammlung und die Anordnungen der deutsch-sterreichischen Behörden für sich selbst, wie für das vom Landtag vertretene Volk und Gebiet ohne Vorbehalt für bindend . . .

Bestrebt, das Selbstbestimmungsrecht Deutschböhmens zu wahren, ohne berechnete Ansprüche der Tschechen abzulehnen, beauftragt der Landtag den Landeshauptmann, sich über die Einrichtung einer besonderen, vorläufigen Verwaltung in den offenkundig gemischt-nationalen Gemeinden des Landes . . . mit Vertretern des tschechischen Volkes ins Einverständnis zu setzen . . .

Anmerkung :

1. Obige Entschließung wurde von den sudetendeutschen Abgeordneten gefaßt, die böhmische Wahlkreise vertraten; die Abgeordneten aus Nordmähren und Österreich-Schlesien, sowie die Abgeordneten aus Südmähren faßten sachlich, z. T. wörtlich gleichlautende Beschlüsse.
2. Die Vorläufige Nationalversammlung des damaligen deutsch-sterreichischen Staatswesens ratifizierte die obigen Entschließungen durch das Gesetz vom 22. November 1918 über „Umfang, Grenzen und Beziehungen“ des Staatsgebiets (St.-G.-Bl. Nr. 40); zu beachten ist, daß die Vorläufige Nationalversammlung den deutsch-sterreichischen Staat bereits durch Gesetz vom 12. November 1918 (St.-G.-Bl. Nr. 5) zum „Bestandteil der Deutschen Republik“ erklärt hatte (Art. 2).

Das Volkswehrkommando richtete am 25. November 1918 wegen der Besetzung deutscher Städte durch tschechische Truppen folgende Weisung an die Bezirkshauptmannschaften Deutschböhmens:

„Wien, am 25. November 1918.

Auf wiederholte Anfragen darüber, wie sich die einzelnen VW-Abteilungen anlässlich einer Besitzergreifung deutscher Ortschaften und deutschen Gebietes seitens der Nachbarstaaten zu verhalten haben, wird nachstehende allgemeine Weisung verlautbart:

1. Die endgültige Regelung der Grenzen Deutschösterreichs bleibt den Entscheidungen der Friedenskonferenz vorbehalten. Da die uns feindlichen Mächte während des ganzen Krieges das Prinzip vom Selbstbestimmungsrecht der Völker vertreten haben, ist wohl anzunehmen, daß deutschösterreichische Gebiete nicht unter die Herrschaft anderssprachiger Völker kommen werden.

2. Es ist nicht in der Absicht des deutschösterreichischen Staatsrates gelegen, durch Waffengewalt Angelegenheiten regeln zu wollen, die künftig in friedlicher Weise zur Erledigung gelangen werden.

3. Um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, ist der Besetzung eigener Gebiete durch stärkere Abteilungen der angrenzenden Staaten bewaffneter Widerstand nicht entgegenzusetzen. Gegenwärtige Abteilungen, denen eigenersits eine entsprechende Übermacht entgegengestellt werden kann, sind abzuweisen. Dies wird sich in den meisten Fällen ohne Kampf bewerkstelligen lassen.

4. Niemand gebe sich im Hinblick auf die hiemit verlautbarten Richtlinien der Meinung hin, daß durch die vorübergehend erfolgende Überlassung deutscher Gebiete unsere nationale Ehre schwere Beleidigung erfahre. Der Krieg hat lange genug gedauert, er hat genug kostbares deutsches Blut gehostet. Wir wollen jetzt keine Kämpfe im eigenen Lande, sondern Ruhe und friedliche Arbeit.

Bürgerwehr für den Bezirk Letzßen.
Reg.-Nr. 205 Unterabteilung Bodenbach,
Legitimation
für den Wehrmann Korp Paul
wohnhaft in Steinsdorf № 46
Bodenbach, am 25. Novemb. 18
Der Unterabteilungs Kommandant:
[Signature]

Amtsblatt
der Landesregierung für Deutschböhmen.
Jahrg. 1. November 1918. Jahrg. 2.

Berordnung
Der Landesregierung für Deutschböhmen
vom 22. November 1918
Bodenbach

Rufruf!
Der Bezirks-Nationalausschuß von Letzßen ruft hiemit die wehrfähigen Männer von Letzßen und Umgebung, die sich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einsetzen wollen, zur Bildung einer

Bürgerwehr
an.
Meldestelle: bei des Militärkommandos, Greß-Waldschütz (die Febrich-Wettmann).

Anmeldungen sofort.
Ruf, am 1. November 1918.
Für den Bezirks-Nationalausschuß:
Dr. Waldschütz, Dr. Cornemann.

Der deutschösterreichische Staatsrat wird gegen jede Besitzergreifung rein deutscher Gebiete durch Nachbarstaaten feierlichen Protest einlegen.

Unser gutes Recht wird uns werden.

Mit dem genehmigten Konzept gleichlautend:

Für die Richtigkeit:
Höberth, Major

Werz m. p.
Generalmajor

Note der tschechoslowakischen Regierung an die alliierten Hauptmächte vom 20. Dezember 1918

... Die Regierung der tschechoslowakischen Republik ist angesichts dieser Lage der Meinung, daß folgende zwingenden und kategorischen Maßnahmen zu treffen sind:

1. Der Regierung in Prag, welche die einzige Regierung Mitteleuropas ist, die als verbündete Regierung anerkannt ist, muß gestattet werden, auf ihrem eigenen Staatsgebiet Ordnung zu machen.
2. Die Grenzen des Gebiets, auf das sie ein Anrecht besitzt, sind im Einvernehmen mit den Alliierten und den Vereinigten Staaten festzulegen und sie muß ermächtigt werden, ihre Autorität in einer Weise zur Geltung zu bringen, welche die Fortdauer der oben gekennzeichneten beklagenswerten Lage unmöglich macht.
3. Diese Maßnahmen können selbstverständlich vorläufigen Charakter tragen, denn es steht ausschließlich der Friedenskonferenz zu, endgültige Entscheidungen in dieser Sache zu treffen. Es ist jedoch unbedingt erforderlich, in der Zwischenzeit zwecks Herstellung stabiler Verhältnisse einige Schritte zu ergreifen, die im folgenden Absatz umschrieben werden.

Die Alliierten taten gut, eine Erklärung folgenden Inhalts abzugeben:

„Der tschechoslowakische Staat soll die innerhalb der geschichtlichen Grenzen Böhmens, Mährens, Österreich-Schlesiens ... lebenden Völker organisieren und regieren. Diese vorläufige Entscheidung ist von der Friedenskonferenz, welche die Frage endgültig zu regeln berufen ist, später nachzuprüfen. Für den gegenwärtigen Zeitpunkt aber haben sich die deutschen Bewohner und die angrenzenden Regierungen der oben angegebenen Regelung zu fügen ...“

Anmerkung:

Die von der tschechoslowakischen Regierung verlangte Ermächtigung zur Besetzung der sudetendeutschen Gebiete wurde ihr von den Regierungen Frankreichs, Italiens und Großbritanniens erteilt, nicht hingegen von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die der tschechoslowakischen Regierung am 4. Januar 1919 lediglich eine Empfangsbestätigung zur obigen Note zugehen ließ.

Kundmachung

des Befehlshabers des tschechischen militärischen Besatzungskontingents für Stadt und Kreis Karlsbad vom 13. Dezember 1918.

Ich habe im Namen der Regierung der tschechoslowakischen Republik gestern von Stadt und Bezirk Karlsbad militärisch Besitz ergriffen.

Mit dem heutigen Tag werden sämtliche Volkswehren und alle, welchen Namen immer führenden bewaffneten Organisationen aufgelöst und etwa bestehende Soldatenräte abgeschafft. Sämtliche im Besitz der Bevölkerung befindliche Armeewaffen und alle Munition sind durch die Gemeinden zu sammeln und sofort an das Kommando der Besatzungstruppe in Karlsbad abzuliefern.

Kundmachung über die Auflösung und Entwaffnung der Volkswehren im Bezirk Karlsbad.

Schreiben des Böhmerwald-Volksboten an die Parteizentrale in Wien über die Lage im bereits besetzten Gebiet des Böhmerwaldes.



Krumau, den 5. 12. 1918

*Parteisekretariat
Wien*

Werter Genosse!

Seit 29. November ist Krumau von den Tschechen besetzt. Ich konnte weder telefonieren noch telegraphieren.

Wir haben Versammlungsverbot. Alles ist ruhig. Auch Kaplitz ist besetzt, dort ging es aber nicht so ruhig ab, wie in Krumau. Das Verlangen nach Versammlungen ist im ganzen Gebiet groß, ebenso nach Organisationsgründungen. Leider mangelt es noch immer an Marken und Mitgliedsbüchern. Hoffe in einigen Tagen, daß wir selbe doch erhalten.

Der Volksbote kostet ab 1. 1. 1919 20 h., dann sind wir wieder aktiv. Habe an G. Cermak geschrieben um dem Kreis vorzuschlagen, wieder eine zweite Hilfskraft anzustellen, da ich mit den Arbeiten und Versammlungen allein nicht nachkommen kann.

Ich ersuche um Anweisung meines Gehaltes, K. 500,— für Dezember.

Mit Parteigruß

L. Wimmer

Masaryk zieht, begleitet von Einheiten der „Tschechischen Legion“, am 21. Dezember 1918 in Prag ein.



Zur deutschböhmischen Ausgleichsfrage.

Von T. G. Masaryk.

Wärtliche Widergabe seines Ausspruches in der Wiener
Wochenzeitung „Die Zeit“, Band VII., Nr. 82, vom
1. Oktober 1918

Begleit der kaisertlichen Schikanen und Sauerbitter, soll er nicht nur eine kleine politische Fiktion sein, ganz anders bestimmen, als uns: dem
Jahre 1848

Wie sind auch nicht zu stark, zu glauben, daß sich
ein selbständiger tschechischer Staat neben
Deutschland erhalten konnte, wenn seine deutsche
Gesamtheit längere Zeit hindurch sich un-
zufrieden fühlte.

In den böhmischen Ländern sind jetzt 9 Millionen Einwohner und
aus ihnen machen die Deutschen etwas mehr als ein Drittel aus.

Die Hauptfehler der Wiener Regierungen bestanden eben in der

— **Gerichtsbarkeit des neutralistischen Apparates.** —

Es blinde kann nicht von den Farben reden, wenigstens nicht über sie
entscheiden. Es ist reichlich, Gott sei Dank, von Natur dumm, aber in
Wort will man alle diese Farben zu einer einzigen vermischen, und die
sicht nach demnach aus —

ein unermessliches Geseu.

Ich habe mich als Gegenüber älteren Überzeugungen,

— daß die Zentralregierung unseren nationalen Bedürfnis-
sen gegenüber ungerecht ist. —

nicht aus bösem Willen, sondern aus Unkenntnis der Sachlage

Plakatanschläge geben die Stellungnahme von T. G. Masaryk zur
deutsch-böhmischen Ausgleichsfrage wieder.

Konsultierende
Nationalversammlung
Deutschösterreichs.

Hr. 198
L. N. V.

Die 3. O. Nationalversammlung hat über Einladung der deutschen Reichsregierung in der Sitzung vom 24. d. M. beschlossen, eine aus fünf Mitgliedern bestehende Abordnung zu den Beratungen des deutschen Verfassungsausschusses zu entsenden, welche an den Verhandlungen dieses Ausschusses mit beratender Stimme teilnehmen hat, und Sie zum Mitgliede dieser Abordnung gewählt.

Hievon werden Sie mit dem Beifügen in Kenntnis gesetzt, daß Ihnen in dieser Eigenschaft eine Entschädigung von 100 (einhundert) Mark pro Tag nebst den Kosten der tatsächlich ausgetragten Reisekosten zu Lasten der d. b. Nationalversammlung bewilligt wird.

Wien, am 24. April 1919.

Der Präsident:

[Handwritten signature]

Seiner Hoheehrlgeboren

Herrn

Oswald Hilibrand,

Redakteur

in Wien.

Die österr. Nationalversammlung (unterzeichnet Seite) entsendet Hilibrand in den deutschen Verfassungsausschuß.

Reg. 4/12 1919

Liebe Frau Hilibrand!

Das Komitee für nationale Gerechtigkeit suchte Hilibrand die Zahlung der Taktischen, Handzettel der Parteien seitens der deutschen Reichsregierung zu bewilligen. Auf meine Bitte wurde die Zahlung bewilligt.

Im Anhang befindet sich ein Brief von Herrn Hilibrand an das Komitee für nationale Gerechtigkeit, in dem er die Zahlung der Taktischen, Handzettel der Parteien seitens der deutschen Reichsregierung bewilligt.

Hilibrand und die deutsche Reichsregierung sind dem deutschen Verfassungsausschuß beigetreten.

MINISTERIUM PRÄSIDENT

V. PRAHA, den 31. X. 1919.

5.1124/19 R T

Wetter Genosse!

In Beantwortung Deines Schreibens v. 29. d. M. teile ich Dir mit, dass ich gerne bereit bin, den Genossen E. de Witte und Dich Montag am 3. November um 1/2 12 Uhr vorm. zu empfangen.

Mit Parteigrüßen

[Handwritten signature]

Wir haben für das Selbstbestimmungsrecht gekämpft, wir haben es gefordert, wir haben auf ihm beharrt bis zur letzten Stunde, bis zur letzten Minute, nicht wie manche glauben, weil wir uns plötzlich national anders orientiert haben, weil uns plötzlich unser Volkstum zum Bewußtsein gekommen sei. Nein! Unser Volkstum war uns nie unbewußt und in niemandes Herzen hat die Liebe zu unserem Volke heißer geschlagen als im Herzen des arbeitenden Volkes.

Josef Seliger

Nach dem Aufruf der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften am 4. März 1919, für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien zu demonstrieren, fanden in vielen Städten Aufmärsche und Kundgebungen statt. In Teplitz Schönau sprach Josef Seliger, der illegal aus Sachsen kam, wohin er vorübergehend flüchten mußte.

Unser Bild zeigt Josef Seliger, Josef Hofbauer und Rudolf Eitel auf dem Podium.



Aufruf der DSAP und der Gewerkschaften zum 4. März 1919

„Heute wird in Wien die erste Sitzung des Volkshauses der deutschösterreichischen Republik eröffnet. Alle Stämme Österreichs sind dort vertreten. Nur Deutschböhmen ist mit Gewalt zu stummem Schweigen verurteilt. Schweigend, aber nicht stumm, richten wir heute Auge und Herz nach Wien, wo das freie Deutschösterreich zum ersten Male die Vertreter des Volkes versammelt. Unsere Feier am heutigen Tage ist eine flammende Anklage gegen die Gewalt, mit der man unser Recht zu brechen sucht. Wir feiern den heutigen Tag durch eine allgemeine Arbeitsruhe. Heute mittag werden unsere deutschen Arbeiter Fabriken und Werkstätten verlassen. Auch in den tausend deutschen Kanzleien und Schreibstuben wird von heute mittag ab der Betrieb ruhen. Die Läden und Geschäfte werden die Rollbalken schließen. Kein Wagen auf der Straße wird heute nachmittag mit seinem Gerassel die Stille stören. So wollen wir heute in Stadt und Land zu Tausenden an den Kundgebungen teilnehmen, die sich gegen die Vergewaltigung unseres Rechts richten. In ernster, schicksalschwerer Stunde ergeht der Ruf an euch alle. Kommt alle, aber bewahrt Ruhe und Ordnung! Das ist das Gebot für heute!

Es lebe unser Deutschböhmen!“



Erschüttert von den unverantwortlichen Verfaßten vom Dienstag, den 4. März 1919 erfüllt der Stadtrat der Stadtgemeinde Kaaden im tiefsten Schmerze die traurige Pflicht, Kunde zu geben, daß nachstehende Opfer durch den Tod erlöst wurden:

Benedikt Andreas	47 Jahre	Hott Anna	40 Jahre
Benneich Erich	29 Jahre	Schmiebl Paula	14 Jahre
Dolechal Ludmilla	25 Jahre	Schindler Julie	16 Jahre
Figert Wilhelm	22 Jahre	Schneider Franz	32 Jahre
Kumpe Ferdinand	14 Jahre	Stöckl Marie	22 Jahre
Lochschmidt Karl	11 Jahre	Sturm Marianna	24 Jahre
Mayer Oskar	15 Jahre	Tauber Karl	13 Jahre
Mayer Verta	39 Jahre	Weber Aloisia	19 Jahre
Meber Leopoldine	27 Jahre	Wolf Josef	52 Jahre
Pahler Franziska	47 Jahre	Ziener Marie	17 Jahre

Die feierliche Beisetzung der Entseelten in das beigestellte gemeinsame Ehrengrab findet Samstag, den 8. März 1919 vormittags 10 Uhr am hiesigen Friedhofe statt.

Um stillen Beileid wird gebeten.

Das feierliche Requiem wird Montag, den 10. März 1919 vormittags 9 Uhr in der hiesigen Dekanatskirche gelesen.

Das deutsche Volk wird immerdar in angeborener Treue dieser teuren Teten gedenken.

Stadtrat Kaaden, am 7. März 1919.

Nicht überall verliefen die Kundgebungen friedlich. In einigen Städten wie in Kaaden, Mähr. Sternberg usw. schoß das tschechische Militär ohne Rücksicht auf Frauen und Kinder. 54 Tote und fast 1000 Verletzte waren das Ergebnis dieses Massakers. Der Widerstand der Deutschen war gebrochen.



Die aufgebahrten Opfer

Grabmal der Kollaborateuren in Sternberg





Friedrich Ebert

Geboren 4. 2. 1871 Heidelberg,
gestorben 28. 2. 1925 Berlin

... Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reichs zu einigen. Unsere deutsch-österreichischen Brüder haben auf ihrer Nationalversammlung bereits am 12. November vorigen Jahres sich als Teil der großdeutschen Republik erklärt. Jetzt hat die deutsch-österreichische Nationalversammlung erneut unter stürmischer Begeisterung uns ihren Gruß entboten und die Hoffnung ausgesprochen, daß es unserer und der Nationalversammlung gelingen wird, das Band, das die Gewalt 1866 zerrissen hat, wieder neu zu knüpfen. Deutsch-Österreich müsse mit dem Mutterland für alle Zeiten vereinigt werden.

Meine Damen und Herren! Ich bin sicher, im Sinne der gesamten Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich diese historische Kundgebung aufrichtig und voll Freude begrüße und sie mit gleicher herzlicher Brüderlichkeit erwidere. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. Sie gehören zu uns und wir gehören zu ihnen. Ich darf wohl auch die Erwartung aussprechen, daß die Nationalversammlung die künftige Reichsregierung ermächtigt, baldigst mit der Regierung des deutsch-österreichischen Freistaates über den endgültigen Zusammenschluß zu verhandeln. Dann soll kein Grenzpfahl mehr zwischen uns stehen. Dann wollen wir sein ein einzig Volk von Brüdern...

Aus der Eröffnungsrede Friedrich Eberts in der
Weimarer Nationalversammlung am 6. Februar 1919

Die deutsch-österreichische Nationalversammlung beschloß am 24. April 1919, fünf Delegierte für die verfassunggebende Versammlung des Deutschen Reiches wegen des Anschlusses Deutsch-Österreichs (Österreich und die Sudetenländer) zu entsenden.

Brief von Otto Bauer an Josef Seliger

Präsidialamt des Staatssekretärs
für Äußeres
St.A.Z. 1222/Präs.

Wien, am 25. April 1919

Werter Genosse!

Der Gesandte Allizé ist bereit, Sie Samstag um 11 Uhr vormittags in der französischen Botschaft mit Lodgeman zu empfangen.

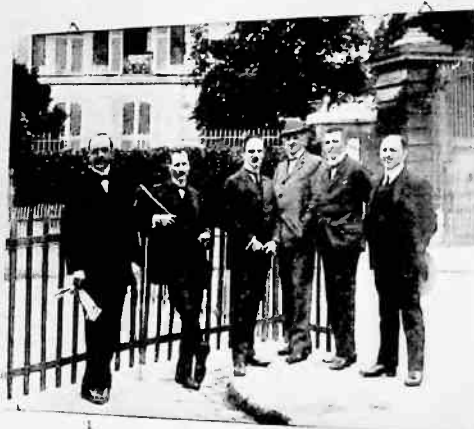
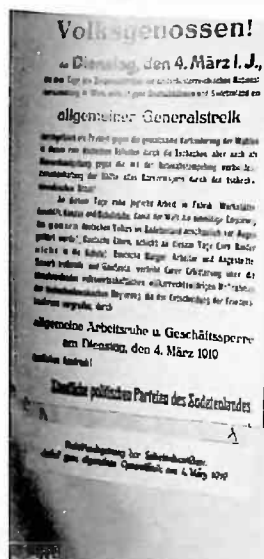
Ich habe heute mit Allizé über die deutsch-böhmische Frage gesprochen und habe ihm gesagt, man solle doch, wenn man schon den Anschluß Deutschböhmens an Deutschland nicht zugeben wollte, aus Deutschböhmen wenigstens einen selbständigen Staat machen, der mit Tschechien nur wirtschaftlich verbunden wäre. Ich habe ihm auseinandergesetzt, daß ein solcher Staat bei Zollunion mit Tschechien durchaus

lebensfähig wäre. Allizé antwortete darauf, er halte es für kaum möglich, dies durchzusetzen, aber eine weitgehende Autonomie könne man Deutschböhmen zusichern. Darauf antwortete ich, daß sich Deutschböhmen niemals zufriedengeben würde und daß es ein neues Elsaß-Lothringen, eine ewige Gefahr für den Frieden Europas bleiben würde.

Ich bitte Sie, sich in Ihrem Gespräche in ungefähr derselben Linie zu halten.

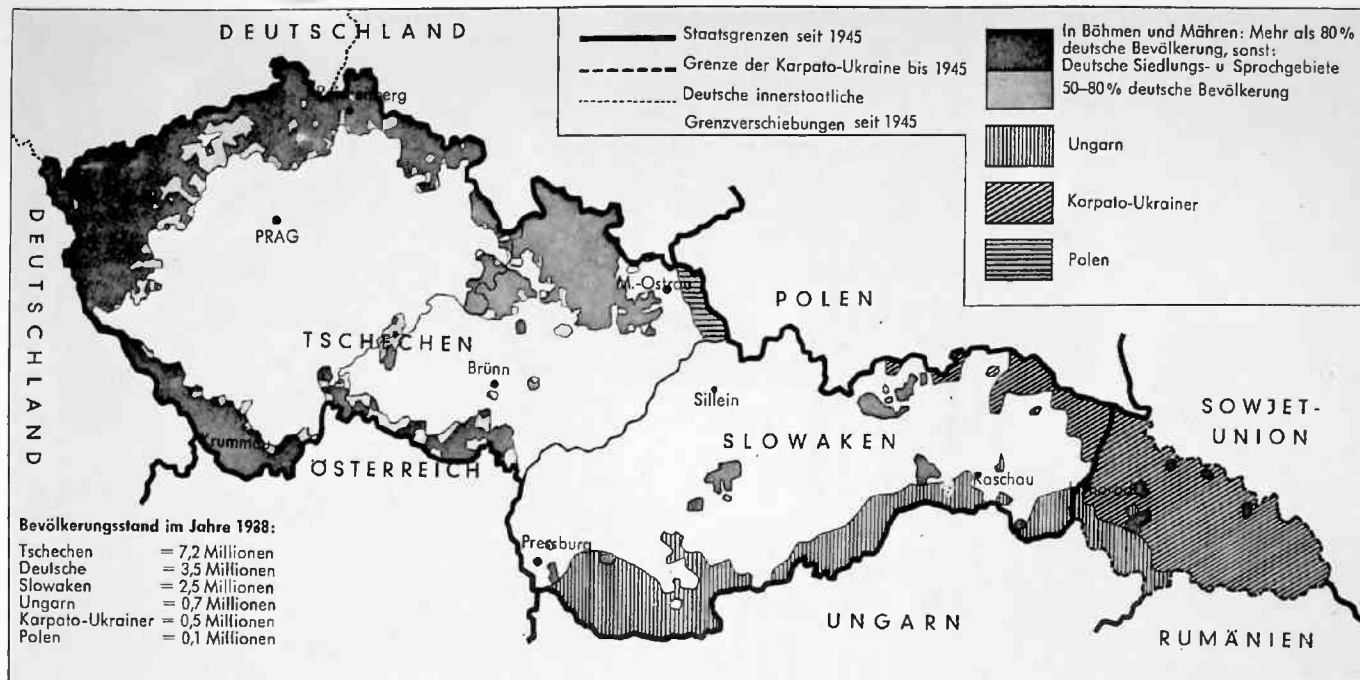
Mit bestem Gruß

O. Bauer



Die deutsch-böhmische Delegation bei den Friedensverhandlungen in St. Germain, Mai 1919.
Von links nach rechts: Freißler,
Lodgman, Klement, Oldofredi, Beer, Seliger.

Die deutsch-böhmische Delegation bei den Friedensverhandlungen in St. Germain, Mai 1919. Von links nach rechts: Freißler, Lodgman, Klement, Oldofredi, Beer, Seliger.





Massendemonstration gegen Preiswucher in Warnsdorf 1919

Während der Zeit der nationalen Auseinandersetzungen in den Jahren 1918 und 1919 waren die deutschen Gebiete Böhmens und Mährens von der Hungersnot besonders bedroht. In vielen Städten fanden Demonstrationen gegen Preiswucher und Hunger statt.

Als Josef Seliger deshalb nach Prag zur tschechoslowakischen Regierung fuhr, um Lebensmittel für die deutschen Gebiete zu erbitten, wurde er abgewiesen. Minister Rašín sprach damals die unvergessenen Worte: „*Mit Rebellen verhandeln wir nicht!*“

Nachdem alle Versuche gescheitert waren, Deutschböhmen, Mähren und Schlesien und Deutsch-Österreich an das Deutsche Reich anzuschließen, mußte sich die Deutsche Arbeiterbewegung in der neugegründeten Tschechoslowakei endgültig konstituieren. Die Landeshauptstadt Reichenberg war besetzt und die zunächst nach Dresden, später nach Wien übersiedelte Landesregierung wurde aufgelöst.

Die Gründungstagungen der Sudetendeutschen Sozialdemokratie am 30. August bis 3. September 1919 in Teplitz-Schönau und die Gründung des Sozialistischen Jugendverbandes am 5. Dezember 1920 vollzogen diesen Akt.

Auf diesem Parteitag sagte Fritz Adler:

„Wir verlieren die Hälfte der Partei und ich darf wohl sagen, wir müssen uns trennen von der besseren Hälfte der Partei. Denn es ist uns die Arbeiterschaft Nordböhmens immer vor allem diejenige gewesen, die in alter Geschichte am Sozialismus geistig gearbeitet hat wie kaum eine andere Arbeiterschicht im ganzen Österreich. Es war gerade ihre Arbeiterbewegung immer diejenige, die uns die Zuversicht gegeben hat, daß in der deutsch-österreichischen Arbeiterklasse das Festhalten am Prinzip, das Eindringen in die Tiefe der Probleme, der Ernst der Bewegung am besten gewahrt bleiben wird.“



Die Vertrauensmänner der DSAP verabschiedeten mehrere Entschlüsse:

Die Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik

Der revolutionäre Charakter des nationalen Kampfes der Tschechen während des Krieges

1. Während des Krieges war der Kampf um den selbständigen tschechischen Staat ein revolutionärer Kampf. Der tschechische Nationalismus hat nicht unwesentlichen Anteil daran, daß der bürgerlich-demokratische Imperialismus der Westmächte über den feudal-militaristischen Imperialismus der Mittelmächte, das bürgerlich-demokratische Nationalitätsprinzip über den dynastisch-oligarchischen „übernationalen“ Staat gesiegt hat, die habsburgische Monarchie zertrümmert wurde und auf ihren Trümmern nationale Republiken entstanden. Der Kampf um den selbständigen tschechischen Staat diente also der Entwicklung der bürgerlichen Demokratie. Smerals Kampf gegen die national-revolutionäre Bewegung der Tschechen, sein Eintreten für eine Lösung des nationalen Problems innerhalb des „übernationalen“ Staates war also konterrevolutionär; in ihren Einzelercheinungen war Smerals Kriegspolitik in noch höherem Maße konterrevolutionär als die Kriegspolitik Renners und Scheidemanns.

Die nationale Revolution schlägt um in bürgerliche Konterrevolution. — Die Mitschuld der tschechischen Sozialdemokratie.

2. Die bürgerliche Demokratie, revolutionär gegenüber den oligarchischen Gewalten des alten Regimes, wird nach dem Sturze dieser Gewalten konterrevolutionär gegenüber dem Proletariat. Das ist auch das Schicksal des tschechischen Nationalismus. Die Wendung zeigt sich zuerst auf russischem Boden. Die tschechischen Legionen, ausgerüstet für die Zwecke der nationalen Revolution gegen Habsburg, werden nach der russischen Oktoberrevolution von dem Entente-Imperialismus als Werkzeug der Konterrevolution gegen die russische Proletariatsdiktatur benützt. In den Sudetenländern selbst wiederholt sich diese Wendung im November 1919.

Die deutsche Sozialdemokratie und die tschechischen sozialistischen Parteien.

5. Die Rechte der tschechischen Sozialdemokratie identifiziert sich vollständig mit der tschechoslowakischen bürgerlichen Republik. Sie verwirft den Gegensatz, der die Arbeiterklasse von der Bourgeoisie-Republik trennt, sie unterstützt die Gewaltherrschaft der tschechischen Bourgeoisie in den eroberten Gebieten, sie lehnt im Interesse der Bourgeoisie-Republik die demokratische Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ab. All das schließt eine engere Gemeinschaft der deutschen Sozialdemokratie mit der tschechischen „Rechten“ aus. Die kommunistische „Linke“ der tschechischen Arbeiterklasse verlockt das Proletariat zu revolutionären Unternehmungen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Mitteleuropa den Sieg der Konterrevolution herbeiführen drohen, dies macht der deutschen Sozialdemokratie ein Zusammengehen mit ihr unmöglich. Die deutsche Sozialdemokratie kann sich daher geistig, taktisch und organisatorisch an keine der beiden tschechischen sozialistischen Parteien binden. Zum praktischen Zusammenwirken mit jeder von ihnen für unmittelbare proletarische Kampfziele jederzeit bereit, muß sie sich doch beiden tschechischen Parteien gegenüber ihre Entschlußfreiheit wahren.

Auf dem Parteitag der DSAP in Teplitz-Schönau im Jahre 1919 wurden nachfolgende Zeitungen als die offiziellen Partei-Pressorgane anerkannt:

- „Vorwärts“ Reichenberg,
- „Freiheit“ Teplitz-Schönau,
- „Volkswille“ Karlsbad,
- „Volkszeitung“ Komotau,
- „Nordböhmischer Volksbote“ Bodenbach,
- „Volksrecht“ Aussig,
- „Volksstimme“ Warnsdorf,
- „Sozialdemokrat“ Eger
- „Trautenaus Echo“ Trautenaus,
- „Böhmerwald-Volksbote“ Krumau,
- „Volkfreund“ Brünn
- „Volkswacht“ Mährisch-Schönberg,
- „Iglauer Nachrichten“ Iglau
- „Znaimer Volksstimme“ Znaim
- „Volksrecht“ Neutitschein,
- „Volkstribüne“ Sternberg,
- „Schönheuter Volkszeitung“ Mährisch-Trübau,
- „Ostrauer Volksblatt“ Mährisch-Ostrau
- „Adlergebirgsbote“ Grulich,
- „Schlesische Volkspresse“ Troppau,
- „Volksstimme“ Preßburg,
- „Freie Gemeinde“ Reichenberg.

Die finanzielle Grundlage für die Sicherung der Herausgabe waren die von der Landespartei herausgegebenen Widmungs-Scheine.



Zu den nationalpolitischen Kämpfen kam 1920 das Ringen um die Erhaltung der demokratischen Arbeiterbewegung — gegen die kommunistischen Spaltungstendenzen!

Die entscheidende Auseinandersetzung zwischen demokratischem Sozialismus und Kommunismus erfolgte auf dem Karlsbader Parteitag vom 3. bis 7. Oktober 1920. Josef Seliger hat bis zur Selbstaufopferung diesen Kampf geführt.



2. DSAP-Parteitag in Karlsbad

(3. bis 7. Oktober 1920)

Die Kaiserpracht des alten Österreich war 1918 verblaßt. In nationale Splitter das Reich der Habsburger zerborsten. Von den „Friedensmachern“ in Saint-Germain-en-Laye (2. 9. 1919) wurde das von Thomas Woodrow Wilson — 20. Präsidenten der USA und Nobel-Friedenspreisträgers 1919 — verheißene Selbstbestimmungsrecht aller Völker für die sudetendeutschen Österreicher verwehrt. Ihre Zwangseingliederung in die erste Tschechoslowakei erfolgte Ohne Vetomöglichkeit und völkerrechtlichen Schutz. Hineingepreßt in einen neuen Nationalitätenstaat, der den in ihm lebenden und in die Oberhoheit einer tschechischen Regierung gezwängten Völkern die nationale Autonomie absprach! Und auch die Internationale der österreichischen Sozialdemokratie als großräumiger Gestaltungsfaktor fiel diesem Machtdiktat zum Opfer. Eine übernationale Partei in einem Vielvölkerstaat mußte sich auflösen — Die Parteigliederungen in den Sudetenländern (Böhmen-Mähren-Schlesien) und auch in den Karpathenbereichen bauten sich ihr eigenes Haus: in den Tagen vom 30. August bis 3. September 1919 fand in Teplitz-Schönau (geschichtlich als Erster Parteitag registriert) die Gründung und Konstituierung der DSAP — der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik statt. Traditionelle Ziele mußten auf neuen Kampfboden verlagert werden. Die Probleme waren die gleichen geblieben: soziale Demokratie, nationale Autonomie und ökonomische Emanzipation. Ein Golgatha von zwanzig Jahren hatte begonnen ...

Die einstweilige Nationalversammlung, an der kein deutscher Abgeordneter beteiligt war, hat viele für das Zusammenleben der verschiedenen Nationen wichtige Gesetze vorweg entschieden.

Das Gesetz über die Bodenreform, das Schulgesetz, das Wahlgesetz und die (sogenannte einstweilige) Verfassung und andere wichtige Gesetze gehörten dazu.

Die ersten Wahlen zum Prager Parlament fanden am 18. 4. 1920 statt.

Aus dem Wahlauf Ruf der DSAP für die erste Parlamentswahl in der 1. ČSR

beschlossen auf der Reichskonferenz am 11.—12. März 1920 in Prag

Durch das Machtwort der Sieger im Weltkrieg sind wir Deutschen in der Tschechoslowakei in diesen Staat gezwungen worden. Uns Deutsche in diesem Staate an der Vereinigung mit unserem Gesamtvolk zu hindern und uns der nationalen Fremdherrschaft zu unterwerfen, das ist der Sinn der Friedensschlüsse von Versailles und Saint Germain. Diesen Frieden können wir nicht ändern, solange die Machtverhältnisse bestehen, die ihn geschaffen haben. Aber eins können und müssen wir tun: Unserem Volke die Freiheit und Selbständigkeit auf dem Boden der tschechoslowakischen Republik erkämpfen, die es zu seinem gesicherten Bestand und zu seinem sozialen und kulturellen Fortschritt bedarf.

Diesen Kampf werden wir vor allem im Parlament ausfechten müssen. Wir werden die Verwaltung unserer sozialen Wohlfahrtseinrichtungen, unserer Schulen, unserer mittleren Bildungsanstalten, unserer Hochschulen und Kunstanstalten durch unser Volk selbst fordern. Wir werden dafür kämpfen, daß unserem Volke das Recht der nationalen Selbstverwaltung innerhalb dieses Staates in vollem Umfang gegeben werde.

Wir deutschen Sozialdemokraten sind im alten Österreich jederzeit ohne Vorbehalt für das Recht aller Völker eingetreten, ihre nationalen Angelegenheiten selbst zu besorgen und zu verwalten. Dieselbe Freiheit und dieses Recht fordern wir auch für unser Volk in dem neuen Nationalitätenstaate der tschechoslowakischen Republik. Wir betrachten die jetzige Verfassung nur als ein Provisorium. Wir können und werden niemals auf das Recht verzichten, auch in diesem Staate unser politisches und nationales Schicksal frei mitzubestimmen! Wir wollen, daß dieser Staat eine wahrhaft demokratische Republik und ein Bundesstaat aller Völker werde, die ihn bewohnen müssen und in dem ein Rechtszustand hergestellt wird, der jedem Volke die Sicherheit seines Bestandes und die Freiheit seines kulturellen Fortschrittes und allen zusammen die Grundlage gemeinsamer Arbeit für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Wohlstand aller gibt. Die Grundlagen eines solchen Staates hat die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei im tschechoslowakischen Staate in ihrem Beschluß auf dem Teplitzer Parteitag im September 1919 niedergelegt, dessen wichtigste Grundsätze lauten:

„Aufhebung der nationalen Fremdherrschaft, Konstituierung der Nationen als nationale Selbstverwaltungskörperschaften mit dem Rechte der Selbstverwaltung ihrer nationalen Angelegenheiten durch demokratische Nationalräte und von diesen eingesetzte Nationalregierungen.

Beseitigung des bürokratischen Herrschaftssystems. Bildung von national abgegrenzten Bezirken und Kreisen zum Zwecke der nationalen Verwaltung des Schulwesens, der Bildungsanstalten und Wohlfahrtseinrichtungen jeder Nation. Wahl der Richter und Beamten durch die Bezirke und Kreise.

Schaffung einer von allen Staatsbürgern gewählten Volksvertretung und einer von dieser gewählten Staatsregierung zur Besorgung und Verwaltung der allen Nationen gemeinsamen Angelegenheiten.“

Am 18. 4. 1920 fanden die ersten Parlamentswahlen statt. Von den gewählten Parlamentsmitgliedern gehörten 204 Abgeordnete und 102 Senatoren den tschechischen, 72 Abgeordnete und 37 Senatoren den deutschen Parteien an. Dazu kamen noch 6 Abgeordnete und 3 Senatoren der ungarischen christlichsozialen Partei und 3 Abgeordnete der deutschungarischen sozialdemokratischen Partei. Die tschechischen Mandate verteilten sich mit Einschluß der 4 Legionärmandate auf folgende Parteien:

	Abgeordnetenhaus	Senat
Tschechische Sozialdemokraten	48	35
Tschechische Volkspartei	33	18
Agrarier einschließlich der slowakischen Bauernparteier	41	20
Nationalsozialisten	26	10
Nationaldemokraten	19	10
Gewerbetreibende	6	3
Modráček-Gruppe	3	—
Kommunisten	24	6
Brodecky-Gruppe	4	—
	204	102

Die deutschen Mandate verteilten sich auf folgende Parteien:

	Abgeordnetenhaus	Senat
Deutsche Sozialdemokraten	28	16
Bund der Landwirte	13	7
Nationalpartei	12	6
Nationalsozialisten	5	2
Christlichsoziale	9	4
Deutschdemokraten	2	2
Kommunisten	3	—
	72	37
Dazu kamen noch		
Deutsch-ungarische Sozialdemokraten	3	
Ungarische Christlichsoziale	6	3
	204	142

Aus der Staatsrechtlichen Erklärung des Abgeordneten Josef Seliger im Abgeordnetenhaus der Nationalversammlung der CSR

1. Wahl- und Sitzungsperiode — 3. Sitzung Mittwoch 2. Juni 1920

Bevor ich auf die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten reagiere, habe ich im Auftrage meines Klubs folgende Erklärung abzugeben:

„Als unter dem Drucke einer der größten Umwälzungen der Geschichte die österreichisch-ungarische Monarchie zerfiel, haben wir deutschen Sozialdemokraten die Befreiung der Nationen aus den Jahrhunderte alten Fesseln nationaler Unterdrückung freudig begrüßt. Wir anerkannten ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung das Recht aller slawischen und romanischen Nationen, ihre eigenen nationalen Staaten zu gründen und nahmen dasselbe Recht in gleichem Maße für unser Volk in Anspruch, indem wir uns mit allen anderen Vertretern des deutschen Volkes in dem Willen und in dem Beschlusse einigten, die deutschen Siedlungsgebiete des alten Österreich zu einem deutschösterreichischen Staat zusammenzufassen.“

Wir deutschen Sozialdemokraten sind mit dieser Haltung jenen Grundsätzen treu geblieben, für die wir im alten Habsburgerreiche schon zu einer Zeit gekämpft haben, als jenes Reich noch unerschüttert in seinem Bestande war. Gemeinsam mit den Vertretern der sozialdemokratischen Arbeiter der anderen Nationen des alten Österreich haben wir auf dem Brünner Parteitag 1899 die Konstituierung der Nationen in nationalen Kammern gefordert. Am 16. September 1917 haben wir deutschen Sozialdemokraten in den Sudetenländern in einer Parteikonferenz in Brünn uns neuerdings vorbehaltlos auf den Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen gestellt und die Umgestaltung Österreichs in einen Nationalitäten-Bundesstaat verlangt. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie im alten Österreich ist zugleich die Geschichte des Kampfes um die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.“



JOSEF SELIGER

*Mächtig tönte dein Wort,
das du sprachst in der Kraft deiner Jahre.
Mächtig tönte es noch,
da schon der Tod nach dir griff.*

*Wecker warst du des Volkes,
das sich mühte in Elend und Dunkel,
mahntest zum Handeln, wo
menschliche Würde es galt.*

*Ferne sind wir dem Grab,
das umschließt, was da sterblich gewesen.
Heimat doch bleibt es uns,
die du geführt und gelehrt.*

Karl Kern

Auf dem Parteitag 1919 wurde Josef Seliger zum ersten Parteivorsitzenden gewählt. Er sagte u. a. folgende bedeutungsvolle Worte:

„Wir werden in der tschechoslowakischen Republik keinen anderen Kampfboden beziehen als den der sozialen Demokratie. Wir werden für das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen kämpfen...“

Josef Seliger

In Schönborn bei Reichenberg erblickte Josef Seliger am 17. Februar 1870 das Licht der Welt. Als Kind eines Textilarbeiters mußte der begabte Junge, nachdem er eine zweiklassige Dorfschule besucht hatte, den väterlichen Beruf ergreifen. Nach Jahren der Wanderschaft kehrte er am Ende der achtziger Jahre nach Böhmen zurück, wo er sich der damals mächtig erstarkenden Arbeiterbewegung anschloß. 1893 kam er nach Teplitz, woselbst er das Jahr darauf Redakteur des damals dort gegründeten Parteiblattes wurde. Im Laufe der nächsten Jahre hat er die Grundlagen der blühenden Arbeiterbewegung im Teplitzer Bezirke geschaffen, hat in der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung sowie in der Betriebskrankenkasse vorbildlich gewirkt, so daß er bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts als der Führer der deutschen Sozialdemokratie Böhmens galt. Das Vertrauen der Teplitzer Arbeiter brachte ihn 1907 und 1911 in den österreichischen Reichsrat. Im Weltkrieg hat er mit besonderer Tatkraft für die Volksernährung gewirkt. Nach Beendigung des Krieges trat er als Landeshauptmann-Stellvertreter in die deutsch-böhmische Landesregierung ein. Als durch den Frieden von St. Germain 1919 die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens der tschechoslowakischen Republik einverleibt wurden und sich die deutsche Sozialdemokratie dieses Landes bildete, wurde Seliger ihr erster Vorsitzender. Ein Jahr später wurde er auch Mitglied der Prager Nationalversammlung. Doch sollte seinem Wirken unter den neuen Verhältnissen keine lange Dauer beschieden sein. Nachdem er noch, schwer krank, den großen Kampf mit den Kommunisten auf dem Parteitag in Karlsbad ausgefochten hatte, starb er wenige Tage später, am 18. Oktober 1920, an einer Blutvergiftung. Sein Andenken lebt in der Geschichte als das des größten Politikers fort, der Deutschböhmens Arbeiterklasse entsprossen ist.



Das Geburtshaus Josef Seligers in Schönborn bei Reichenberg.

Grüßkarte an Victor Adler nach seiner
Entlassung aus dem Gefängnis.



Grabstätte Seligers auf dem Friedhof in Teplitz-Schönan.



Teplic-Schönauf, den 8. August 1921.

Parteigenossen und =Genossinnen!

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik hat beschlossen, den

Parteitag

für Sonntag den ~~9. Oktober~~ ^{13. November} dieses Jahres einzuberufen. Der Parteitag wird voraussichtlich bis einschließlich ~~12. Oktober~~ ^{15. November} dauern und in ~~Teplic~~ ^{Prácheň} stattfinden.

Der Parteivorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung des Parteitages: a) Wahl des Präsidiums; b) Festlegung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung; c) Wahl einer Mandatsprüfungs-Kommission und einer Vorschlags-Kommission für die Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.
2. Berichte: a) des Parteivorstandes; b) der Kontrolle; c) über die parlamentarische Tätigkeit.
3. Die politische Situation und unsere nächsten Aufgaben.
4. Sozialdemokratische Gemeindepolitik.
5. Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft.
6. Der Wiederaufbau der Internationale.
7. Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.
8. Allgemeine Anträge.

Zur Teilnahme an dem Parteitage sind laut § 23 des Organisationsstatutes berechtigt:

1. Je drei Delegierte jeder Bezirksorganisation; Bezirksorganisationen, deren durchschnittlicher Markenumsatz für männliche und weibliche Parteimitglieder pro Monat mehr als dreitausend Stück beträgt, haben das Recht, für jedes weitere Tausend einen Delegierten zu entsenden. Bruchteile über fünfhundert werden als voll gerechnet; die Grundlagen für die Berechnung der Zahl der Delegierten bildet der Markenumsatz im Geschäftsjahr, über das am Parteitag berichtet wird. Bei außerordentlichen Parteitagen gilt als Grundlage der Berechnung der Zahl der Delegierten das letzte abgelaufene Geschäftsjahr.

Die Wahl der Delegierten erfolgt in Bezirkskonferenzen; das Wahlverfahren wird durch die Statuten der betreffenden Organisation geregelt. In diesen Statuten muß auf eine entsprechende Bezeichnung des Parteitages durch weibliche Parteimitglieder Rücksicht genommen werden.

2. Je drei Delegierte jeder Kreisorganisation; das Wahlverfahren wird durch die Statuten der betreffenden Organisation geregelt.
 3. Die Mitglieder des Parteivorstandes, der Kontrolle und die Sekretäre des Parteivorstandes.
 4. Vier Delegierte des Klubs der Abgeordneten und zwei Delegierte des Klubs der Senatoren der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
 5. Zwei Delegierte des Reichskomitees der weiblichen Parteimitglieder.
 6. Zwei Delegierte des Verbandes der sozialdemokratischen Arbeiterjugend.
 7. Je ein Delegierter der von einem Parteitag eingesetzten Körperschaft.
 8. Je ein Delegierter der Redaktionen der vom Parteitag anerkannten Parteiprägen.
 9. Zwei Delegierte der Zentralgewerkschaftskommission.
 10. Je ein Delegierter der der Zentralgewerkschaftskommission angegeschlossenen Zentralverbände und ihrer Fachblätter.
 11. Zwei Delegierte des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften.
 12. Ein Delegierter des Zentralorgans des Verbandes der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften.
 13. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.
- Zugelassen sind nur solche Delegierte der in den Punkten 9 bis 12 genannten Organisationen, die Parteimitglieder sind. Die Vertreter der in den Punkten 8, 10 und 12 genannten Prägen, sowie in dem Punkte 13 Genannten haben bloß beratende Stimme. Jene Abgeordneten und Senatoren, die nicht Delegierte des Parteitages sind, haben die Pflicht, am Parteitag mit beratender Stimme teilzunehmen.

Laut § 29 des Organisationsstatutes sind selbständige Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag mindestens drei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln. Selbständige Anträge, die nach Ablauf obiger Frist oder erst auf dem Parteitage selbst gestellt werden, können nur zur Verhandlung gelangen, wenn der Parteitag dies über Verlangen der Antragsteller beschließt. Im anderen Falle sind sie dem Parteivorstand zur Berichterstattung und Antragstellung für den nächsten Parteitag zuzuwenden.

Wir erluchen, die Anmeldung der Delegierten an das Sozialdemokratische Parteisekretariat, Teplic-Schönauf, Seilerstraße 1, vorzunehmen.

An welche Adresse die Zuschriften wegen der Beschaffung von Wohnungen zu richten sind, wird rechtzeitig durch die Parteipresse bekanntgegeben werden.

Mit sozialdemokratischem Brudergruß:

Die Einberufer:

Oskar Burock, Karl Cernak, Dr. Ludwig Czech, Theodor Hackenberg, Dr. Karl Heller, Oswald Hillebrand, Hans Joki, Franz Kögler, Karl Lorenz, Dr. Ludwig Morgenstern, Anna Perthen, Elise Plásek, Adolf Pohl.



Dr. Ludwig Czech

geboren am 14. Februar 1870 in Lemberg,
gestorben am 20. August 1942 im KZ Theresienstadt.
Vorsitzender der DSAP von 1920 bis 1938.

*Gegen die Kriegstreiberei
für den Frieden
Gegen den Fanatismus
für die Demokratie
Gegen nationale Feinde
für die Freiheit des Volkes
Gegen das Krisenchaos
für Arbeit, Brot
Gegen das kapitalistische Chaos
für die sozialistische Revolution!*

Der dritte Parteitag der DSAP in Tetschen, der ursprünglich für den 9. Oktober und später den 13. November vorgesehen war, fand schließlich am 11.—14. Dezember 1921 statt. Auf diesem Parteitag wurde Dr. Ludwig Czech, Brünn, einstimmig zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.

Einleitend sagte er:

„Wir verlangen die Umbildung dieses Staates in einen demokratischen Nationalitätenstaat, die Aufhebung der nationalen Fremdherrschaft, die Abschaffung des bürokratischen Herrschaftssystems. Wir haben dies im alten Österreich in dem Brünner Programm gefordert, und wir verlangen es auch heute in diesem Staate, in welchem auf Grund des Machtdiktats der Entente sechs Völker zu leben bemüht sind.“

Regierungszugehörigkeit:

7. 12. 1929 — 14. 2. 1934	Fürsorgeminister
14. 2. 1934 — 29. 5. 1935	Arbeitsminister
14. 6. 1935 — 9. 4. 1938	Gesundheitsminister

Denkschrift

der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik

an den

Internationalen Sozialistenkongreß in Hamburg
Mai 1923

über den politischen und sozialen Stand der Arbeiterbewegung
in diesem Staate und das Verhalten der Tschechoslowakischen
Sozialdemokratie gegen die übrigen sozialistischen Parteien des
Landes



Auf dem Sozialistenkongreß in Hamburg sagte Josef Bělina, Aussig, zum Problem der Benachteiligung der Deutschen in der Tschechoslowakei und der Beschwerde an die Internationale:

„Wir haben ein Recht darauf, daß die Internationale ihr Urteil fällt, weil unsere Verhältnisse in diesem Staat trotz aller schönen Redensarten unerträglich sind und für jeden Sozialisten so lange unerträglich bleiben müssen, solange Sozialisten in einer Regierung sitzen, die alle diese Verhältnisse stützt und fördert. Die Internationale hat zwar keine Macht, ihr Urteil zu vollstrecken, aber sie hat die Pflicht, vor aller Welt festzustellen, wie es in diesem Staate aussieht, und klipp und klar gerade gegenüber den tschechischen Sozialdemokraten zu erklären, wer in diesem Kampfe Recht und Unrecht hat.“

Die nationalen Auseinandersetzungen führten dazu, daß die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei ein Memorandum über „das Verhalten der tschechoslowakischen Sozialdemokratie gegen die übrigen sozialistischen Parteien des Landes“ beim Internationalen Sozialistenkongreß in Hamburg im Jahre 1923 vorlegte. Diese Denkschrift fordert nationale Autonomie.

Die Internationale beschloß folgendes:

Beschluß

zu Punkt 4 der Tagesordnung

Betreffend die Tschechoslowakei

Der Kongreß beauftragt die Exekutive mit der Einsetzung einer Kommission, welche die Konflikte zwischen den sozialistischen Parteien in der Tschechoslowakei einer Prüfung unterziehen und der Exekutive über das Ergebnis bei entsprechender Antragstellung baldmöglichst Bericht erstatten soll. Die Wahl der Kommission erfolgt noch während der Hamburger Tagung der Exekutive.

V. Für Arbeit und Brot (1924-1932)

Für die Volksgruppe im allgemeinen und die Sozialdemokratie im besonderen war der frühe Tod Josef Seligers ein sehr schwerer Schlag. Dieser geniale Volksführer war nur schwer zu ersetzen. Auf dem 3. Parteitag der sudetendeutschen Sozialdemokraten, der nach mehrmaliger Verschiebung schließlich vom 11. bis 14. Dezember 1920 in Tetschen stattfand, wurde der Brünnener Rechtsanwalt Dr. Ludwig Czech zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Dieser Intellektuelle, in Mähren wohlbekannt, konnte in Böhmen bei weitem nicht die gleiche Popularität finden wie Seliger. Czech hatte nicht nach der ihm übertragenen Funktion getrachtet. Er wollte lieber einen Arbeiter an der Spitze der Partei sehen und dachte an den Bergarbeiterführer Adolf Pohl, der aus gesundheitlichen Gründen ablehnte.

Im Jahre 1924 starb der bedeutende Organisationsleiter der sudetendeutschen Sozialdemokratie Karl Cermak.

Die gegen die Sudetendeutschen gerichtete Politik wurde immer spürbarer. Im Herbst 1924 entließ Minister Ströbny siebentausend deutsche Eisenbahner. Zur gleichen Zeit wurden deutsche Schulklassen massenweise gesperrt. Allein im Bezirk Teplitz-Schönau wurden 25 Schulklassen geschlossen. Damit hatten die Deutschen in der neuen Republik seit 1918 viertausend Schulklassen verloren.

All das konnte nicht ohne Folgen bleiben. So war das Ergebnis der Wahl vom 15. November 1925 für die sudetendeutsche Sozialdemokratie geradezu verheerend. Von 689 549 Stimmen des Jahres 1920 war sie auf 411 040 Stimmen abgefallen. Die Zahl der Parlamentssitze hatte sich von 31 auf 17 verringert. Eine Partei, die fünf Jahre zuvor noch einen Anteil von 44 Prozent der deutschen Stimmen verzeichnen konnte, verfügte nur noch über 24 Prozent der deutschen Wählerschaft.

Noch verhängnisvoller gingen die Wahlen für die

tschechischen Sozialdemokraten aus. 1920 erhielten sie im tschechischen und slowakischen Volk 1 590 520 Stimmen, 1925 hatten sie nur noch 630 894 Stimmen und damit 29 Mandate zu verzeichnen. Sie waren auf 12 Prozent abgesunken. Überraschend kam die Entwicklung bei den Kommunisten, die sich zum ersten Male einer Wahl stellen konnten. Sie traten als internationale Partei auf, die bei Tschechen, Deutschen, Slowaken, Ungarn und Polen unter der gleichen Parteifirma – der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei – warben. Sie erhielten auf Anhieb 933 711 Stimmen und 41 Mandate. Hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft war die KPTsch die stärkste kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion geworden.

Am 17. und 18. Oktober 1925 fand in Aussig ein außerordentlicher Parteitag statt, der sich weitgehend mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen befaßte. In einer Resolution stellte die DSAP fest, daß den Deutschen in der Tschechoslowakei „das Selbstbestimmungsrecht brutal verweigert“ worden war. Die organisatorische Leitung dieses Kongresses lag bereits in den Händen von Siegfried Taub, der nach dem Tode Karl Cermaks zum neuen Zentralsekretär der Partei berufen wurde. Er wurde zum Abgeordneten des Prager Parlaments und später zu dessen Vizepräsidenten gewählt. Eine bedeutende Rolle in der DSAP spielte auch Wilhelm Kiesewetter, der erste Landesvertrauensmann der Partei in Böhmen. Diese Funktion wurde ihm im Alter von 23 Jahren übertragen.

Das Jahr 1926 markierte einen neuen Abschnitt der sudetendeutschen Politik. Mit Dr. Franz Spina (Bund der Landwirte) und Dr. Robert Mayr-Harting (Christlichsoziale) traten zum erstenmal Vertreter deutscher Parteien in die Regierung ein. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten verharrten zunächst in der Opposition, beschlossen aber auf

ihrem Aussiger Parteitag vom 30. November 1929, ihren Parteivorsitzenden Dr. Ludwig Czech in das Kabinett zu entsenden. In einer diesbezüglichen Entschließung wurde dieser Schritt „als politisch-taktische und nicht als grundsätzliche Frage“ bezeichnet.

Die Gegensätze zwischen tschechischen und sudetendeutschen Sozialdemokraten sollten auf dem gemeinsamen Parteitag überbrückt werden, der am 28. und 29. Januar 1928 in Prag-Smichow stattfand. Der Kongreß war zahlreich und repräsentativ besucht. Die Sozialistische Internationale wurde durch ihren Generalsekretär Dr. Friedrich Adler und den belgischen Senator Louis de Brouckère vertreten. Unter den ordentlichen Delegierten befanden sich 194 Abgesandte der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Daß die Gelegenheit ungenutzt blieb, auch nationalpolitische Forderungen zu vertreten, muß tief bedauert werden. Eine Fusion oder politische Zusammenarbeit zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten kam auf dem sogenannten „Smichover Einigungs-Parteitag“ nicht zustande. Es sollte sich später als schwerer Fehler erweisen.

Eines der fortschrittlichsten Gesetze verpflichtete die Gemeinden zur Errichtung von Volksbüchereien und zur Volksbildungsarbeit. Die Tradition der Arbeiterdichtung in den Sudetenländern fand durch neue Namen wie Josef Hofbauer, Rudolf Rückl, Rudolf Honheiser, Josef Seidel, Erna Haberzettl, Erna Künast, Karl Kern und andere ihre Fortsetzung. Gipfelpunkt des Kulturwillens war der Reichsarbeitertag 1929 in Karlsbad. Äußerer Anlaß war das zehnjährige Jubiläum der sudetendeutschen Sozialdemokratie als eigenständige Partei im neuen Staate.

Im gleichen Jahr fanden Parlamentswahlen statt. Sie standen nicht zuletzt auch im Zeichen des erneuten Aufstiegs der Sozialdemokraten. Die DSAP konnte gegenüber 1925 Boden gewinnen und errang rund 507 000 Stimmen und 21 Mandate. Sie war damit wiederum zur stärksten deutschen Partei geworden. Als Abgeordnete wurden Fanny Blatny, Dr. Ludwig Czech, Anton Dietl, Ernst Grünzner, Theodor Hackenberg, Wilhelm Häusler, Rudolf Heeger, Wenzel Jaksch, Franz Katz, Franz Kaufmann, Irene Kirpal, Heinrich Kremser, Dominik Leibl, Franz Macoun, Heinrich Müller, Adolf Pohl, Anton Roscher, Anton Schäfer, Josef Schweichhart, Siegfried Taub und Eugen de Witte, als Senatoren Franz Beutel, Dr. Carl Heller, Dr. Arnold Holitscher, Anton Jarolim, Hans Jokl, Anton Just, Dominik Löw, Wilhelm Nießner, Johann Polach, Josef Reyzl und Franz Karl Stark gewählt.

Für den 7. September des Jahres 1930, als die Weltwirtschaftskrise spürbar wurde, war in der Prager Produktenbörse eine Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der sudetendeutschen Sozialdemokratie einberufen worden. Das Thema lautete: „Die Wirtschaftskrise und die sudetendeutsche Arbeiterschaft“. Am 26. Mai 1933 fand in Gablonz eine Reichskonferenz sozialdemokratischer Gemeinde- und Bezirksvertreter statt, welche die große Bedeutung unterstrich, der die sudetendeutsche Sozialdemokratie der Kommunalpolitik beimaß. Zu den prominenten sozialdemokratischen Bürgermeistern sudetendeutscher Städte zählten u. a. Adolf Reitzner (Bodenbach), Anton Sadher (Fischern), Leopold Pölzl (Aussig), Ernst Richter (Jägerndorf), Fritz Keffler (Bodenbach) und Johann Brodkorb (Petersdorf).



Ferdinand Hanusch

geboren 6. 11. 1866 in Oberdorf bei Wigstadtl (Schlesien),
gestorben 28. 9. 1923 in Wien

Der Textilarbeiter Hanusch trat 1891 dem Arbeiterverein „Eintracht“ bei und wurde sein bester Redner. Er wurde 1897 als Gewerkschafts- und Parteisekretär nach Sternberg berufen. Er war achtzehnmal wegen politischer Vergehen verhaftet und war der Kopf des gewerkschaftlichen Kampfes der Textilarbeiter. Hanusch wurde im Jahre 1907 in den Reichsrat, 1920 erneut im Wahlkreis Graz in das deutsch-österreichische Parlament gewählt.

Im Oktober 1918 wurde Hanusch Staatssekretär für Soziale Fürsorge und als solcher der Gestalter der deutsch-österreichischen Sozialgesetzgebung. Seine Büste steht heute auf dem Denkmal der Republik in Wien, zusammen mit denen von Victor Adler und Jakob Reumann.

In seinen früheren Jahren hat sich Ferdinand Hanusch auch schriftstellerisch betätigt. Seine Schriften berichten teils über seine Wanderjahre, teils sind es von starkem sozialem Empfinden geprägte Erzählungen und Bühnenstücke: „Lazarus“, „Der kleine Peter“, „Leibeigene“ sind die bekanntesten.



Das Republikdenkmal in Wien

Karl Cermak

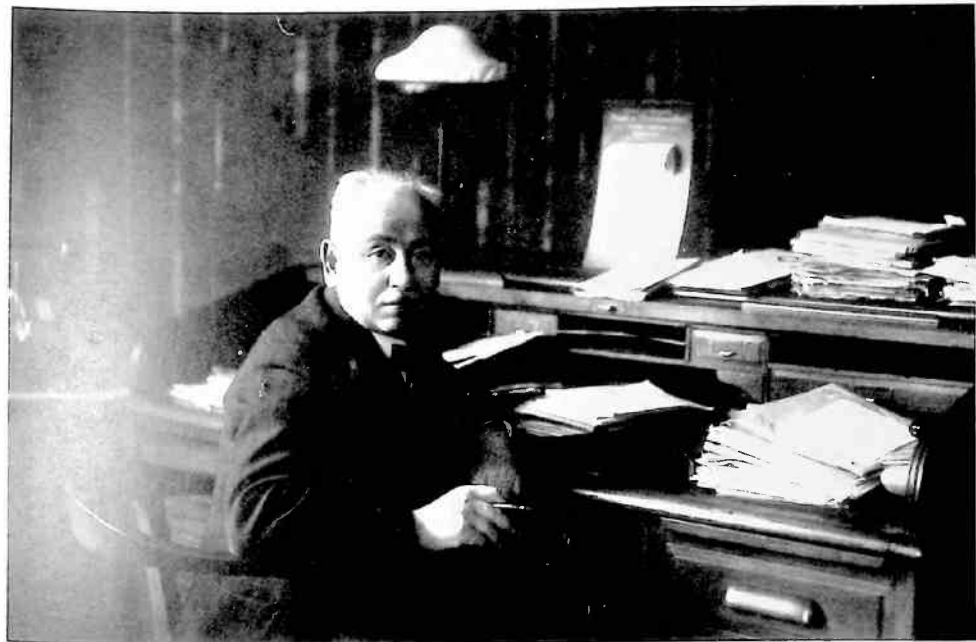
*geboren 26. Mai 1881 in Wien,
gestorben 24. Oktober 1924 in Prag.*



Stellvertretender Parteivorsitzender, Redakteur der „Freiheit“ und Sekretär der DSAP. Karl Cermak wurde 1907 von Josef Seliger nach Teplitz-Schönau berufen. Insbesondere in der Zeit des Kampfes um das Selbstbestimmungsrecht und als Pressechef der deutsch-böhmischen Landesregierung hat er damals wichtige Aufgaben erfüllt.



Enttöhlung des Grabmals für Karl Cermak. Parteivorsitzender Czech hält die Gedenkrede auf dem Wolschaner Friedhof in Prag.



Siegfried Taub

*geboren 11. Januar 1876 in Teltsch/Mähren,
gestorben 30. April 1946 in New York, USA*

Nach dem Tode Karl Cermaks 1924 gab Siegfried Taub auf Zureden der Parteileitung seine Stellung auf und wurde Zentralsekretär der DSAP. Er war Mitglied des Prager Parlaments und wegen seiner Sachkenntnis sehr geschätzt. Erst am 15. März 1939 entkam er mit Hilfe der britischen Botschaft in Prag der Verfolgung durch die Gestapo und war nachher in Schweden am Aufbau der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten beteiligt. 1941 ging er über die Sowjetunion nach den USA.



Wilhelm Kieseewetter

*geboren 27. Dezember 1853 in Reichenberg,
gestorben 20. April 1925 in Trautenau*

Wilhelm Kieseewetter war einer der ältesten Parlamentarier der Partei. Er gehörte zu den vierzehn sozialdemokratischen Abgeordneten, die schon 1897 aus der allgemeinen Wählerkurie in den österreichischen Reichsrat gewählt wurden.

Bereits als Jüngling schloß sich Kieseewetter der Arbeiterbewegung an, wurde ihr leidenschaftlicher Agitator, Redner, Schriftsteller. Mit 23 Jahren, am 9. Juli 1876, wurde er in Althabendorf bei Reichenberg in das fünfgliedrige Landeskomitee gewählt und gleich mit dessen Vorsitz betraut.

1892 wurde er der erste Landesvertrauensmann der deutschen Sozialdemokratie Böhmens. Wie allen Vertrauensleuten der Arbeiterbewegung in jener Zeit blieb auch ihm das Schicksal der Arbeitslosigkeit, Einkerkelung, ja der zeitweiligen Vertreibung aus der Heimat nicht erspart. Aber nichts vermochte ihn zu beirren, zu beugen. Er kämpfte weiter für seine Ideale.

Im Jahre 1920 schließlich wurde Wilhelm Kieseewetter Mitglied des Vorstands der Senats-Fraktion im ersten tschechoslowakischen Parlament.



Gedenkstein für Wilhelm Kieseewetter

Der Außerordentliche Parteitag der DSAP in Aussig

am 17./18. Oktober 1925 befaßte sich weitgehend mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen.

Tagesordnung

1. Konstituierung des Parteitages:
 - a) Wahl des Präsidiums;
 - b) Festsetzung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung;
 - c) Wahl der Mandatsprüfungs-, einer Antragskommission.
2. Die politische und wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei und der bevorstehende Wahlkampf. Berichterstatter Dr. Ludwig Czech.
3. Die Nominierung der Kandidaten für die Nationalratswahlen.
4. Organisationsstatut.
5. Wahl des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Beratungskörperschaften.
6. Allgemeine Anträge.

Auszüge aus den Entscheidungen:

Nr. 23. Antrag des Parteivorstandes gegen die Schuldrosselungen, für die kulturelle Autonomie.

Nach dem militärischen Zusammenbruch der Mittelmächte am Ende des grauenvollen Weltkrieges, nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie wurde die Tschechoslowakische Republik unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen geschaffen. In das Gebiet dieses Staates wurden aber auch nationale Minderheiten, darunter dreieinhalb Millionen Deutsche, ohne Volksabstimmung und unbefragt einbezogen. Ihnen wurde das hohe Gut des Selbstbestimmungsrechtes brutal verweigert. Die allnationale Koalition der tschechischen Parteien, die alle politische Gewalt in diesem Staate an sich riß, hat das System der Unterdrückung der nationalen Minderheiten bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Zur unverhüllten Alleinherrschaft der Regierungsparteien, zur Vernichtung jeglicher wahren Demokratie, zur Entwürdigung des Parlamentes, zur unerhörten Drosselung der politischen Freiheit gesellt sich für die nationalen Minderheiten noch die brutale Verweigerung der nationalen und kulturellen Selbstverwaltung, die die tschechischen Parteien im alten Österreich mit gutem Recht für sich selbst unausgesetzt gefordert und bei der Gründung des neuen Staates den Minderheiten bindend verheißen haben. Die Erfüllung dieser Zusage lehnen sie aber heute immer wieder nachdrücklich ab. Die Alleinherrschaft der Parteien der Mehrheitsnation wird derart noch

durch die Verweigerung der selbstverständlichsten Rechtsansprüche der Minderheiten verschärft und gesteigert.

Am schonungslosesten tobt sich diese herausfordernde Fremdherrschaft an dem Schulwesen der Deutschen in diesem Staate aus.

Seit dem Bestande dieses Staates ist ein Drittel der deutschen Schulklassen vernichtet worden. Die Empörung über diese Zustände, die aller Vernunft widersprechen und die Volkskultur in höchstem Maße bedrohen, der ernste Wille, der Schulstande in unserem Staate ein Ende zu bereiten und die Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung unseres Schulwesens zu schaffen, haben den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten dazu bestimmt, am 2. Oktober einen eingehend motivierten und sorgfältig ausgearbeiteten Antrag im Abgeordnetenhaus einzubringen, der die Einführung der nationalen Schulautonomie verlangt.

Nr. 25. Antrag des Parteivorstandes zur Bodenreform.

Der Parteitag protestiert mit größter Entschiedenheit gegen die skandalöse, allen sozialen Erwägungen und selbst den primitivsten Begriffen von Recht und Billigkeit hohnsprechende Durchführung der sogenannten Bodenreform. Das reichlich vorliegende Tatsachenmaterial über die systematische Mißachtung der Ansprüche der deutschen Bodenbewerber, die Verschacherung großer Komplexe des enteigneten Großgrundbesitzes an privatkapitalistische Interessen und die nahezu vollständige Übergehung der deutschen Gemeinden bei der Bodenzuteilung veranlaßt ihn zu der Feststellung, daß die Bodenreform als eine soziale und volkswirtschaftliche Aktion vollständig Schiffbruch erlitten hat. Von den Versprechungen der Regierungsparteien und der herrschenden Machthaber, daß die Enteignung des Großgrundbesitzes und die weitere Verwendung dieses wertvollen Volksgutes in gemeinnützigem Sinne erfolgen soll und daß die Aktion der sozialen und kulturellen Besserstellung der armen Landbevölkerung dienen werde, ist gegenüber der deutschen arbeitenden Bevölkerung nicht erfüllt worden...

Der Parteitag erklärt feierlich, daß die deutsche arbeitende Bevölkerung die bisherigen Ergebnisse des unter dem Vorwand einer Bodenreform verübten gewaltsamen Unrechtes niemals als eine rechtmäßige und gütliche Lösung des Bodenproblems anerkennen wird und daß sie unter Einsatz zweckdienlicher Mittel eine restlose Wiedergutmachung dieses Unrechtes anstreben wird.

Nr. 27. Antrag des Parteivorstandes zur Frage der Regelung der Bezüge der öffentlichen Angestellten.

Der Parteitag stellt fest, daß die Handhabung des Gesetzes über den Abbau der öffentlichen Angestellten sowohl mit den Bestimmungen des Artikels 7 des Friedensvertrages als auch mit den Bestimmungen des § 128 des Verfassungsgesetzes, nach welchen Bestimmungen der Unterschied in Religion, Glauben, Bekenntnis und Sprache kein Hindernis, insbesondere auch für den Zutritt zu öffentlichen Diensten bilden soll, im krassen Widerspruch steht und gegen jedes rechtliche und soziale Empfinden verstößt.

Durch die Auswirkung des Abbaugesetzes, von welchem vor allem die öffentlichen Angestellten nichttschechischer Volkzugehörigkeit betroffen wurden, sind Tausende deutscher Angestelltenfamilien brotlos geworden.

Wir klagen die allnationale Koalition und die Regierung an, daß sie auch auf diesem Gebiete ihren nationalistischen Gelüsten schrankenlos gefrönt hat, daß sie ohne Berücksichtigung der mitunter tröstlosen Verhältnisse skrupellos in den Reihen des deutschen Personals mit dem Abbau eingesetzt hat.



Oswald Hillebrand

geboren am 7. 8. 1879 in Hotzenplotz,
gestorben am 4. 6. 1926 in Karlsbad.

Dieser Name weckt die Erinnerung an einen der bemerkenswertesten Führer der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Er hungerte sich durch das Dasein, da ihm die weitere Ausbildung als Lehrer unmöglich gemacht wurde. Ende der Neunzigerjahre wurde er Parteisekretär in Jägerndorf. Als solcher war er die Seele des Wahlkampfes im Jahre 1901. Nach dem Wahlkampf nahm ihn Josef Seliger als Beamten in die Bezirkskrankenkasse Teplitz-Schönau auf. Schon im Jahre 1902 war er Vertreter der Teplitzer Parteiorganisation auf dem Parteitag in Aussig. Hier hielt er auf dem Parteitag 1925 die letzte große Rede seines Lebens.

1904 wurde er Redakteur des „Volksworts“ in Karlsbad und als solcher bald der unumstrittene Führer der westböhmisches Sozialdemokraten. Er blieb es bis zu seinem Tode. 1911 Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses geworden, bekämpfte er vor allem die Todesstrafe. Als Mitglied des Prager Parlaments (gewählt 1920 und 1925) widmete er sich vor allem den Schulfragen.



Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die Kreisvertretung der westböhmisches Sozialdemokratie, der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren und die Fraktion der sozialdemokratischen Stadtverleiher in Karlsbad erfüllen die traurige Pflicht, Nachricht zu geben von dem am Freitag den 4. Juni um halb 1 Uhr früh erfolgten Ableben des Genossen

Oswald Hillebrand

2. Parteivorstand, Vorsitzenden der Kreisvertretung Karlsbad der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Mitglied der Nationalversammlung und der Karlsbader Stadtvertretung

Die Beerdigung erfolgt vom Parteihause „Graphia“, Invalidenstrasse 5, Karlsbad

Sonntag den 6. Juni um 3 Uhr nachmittags.

Der Verlust, den wir erliden, ist unermäßig

Sein lauterer Charakter, seine vorbildliche, unermüdete, von toller Liebe zur Sache getragene Arbeit in den Jahrzehnten seines Wirkens sichern dem Verstorbenen ein dauerndes Denkmal in den Herzen der Leidenden und Bedrückten.

Von Hochzeiten bitten wir zu Gunsten des Oswald Hillebrand-Fonds abzuhalten

Richtlinien für ein Programm der demokratischen Autonomie in der Tschechoslowakischen Republik (1926)

I. Nationale und kulturelle Selbstverwaltung

1. Die Verwaltung des Staates ist nach national möglichst einheitlichen Verwaltungsgebieten zu gliedern und innerhalb dieser Gebiete nach den Grundsätzen der vollen demokratischen Selbstverwaltung zu ordnen.
2. Für die Zwecke der nationalen und kulturellen Selbstverwaltung sind die einzelnen Nationen in der Tschechoslowakischen Republik als rechtsfähige Körperschaften zu konstituieren, die sich durch freigewählte Körperschaften regieren.
3. Die Grundlage für die Mitgliedschaft bei einem Volksstamme bildet der nationale Kataster. Jeder Staatsbürger muß sich nach freier Wahl in den Kataster einer bestimmten Nation eintragen.
4. Auf Grund des nationalen Katasters konstituieren sich die Nationsangehörigen in autonome Selbstverwaltungskörper, Gemeinden, Bezirke, Länder, bzw. Gaue, zur Besorgung der kulturellen Angelegenheiten jeder Nation.
5. Der verfassungsrechtliche Schutz gegen Entnationalisierung ist durch Erlassung der notwendigen Durchführungsbestimmungen sowie durch Schaffung konkreter Strafsanktionen wirksam zu machen:

Hierbei hat als Grundsatz zu gelten:

- a) Jeder Volksstamm besitzt ein subjektiv verfolgbares Anrecht darauf, daß ihm keines seiner in gleichsprachigen Kataster eingetragenen Mitglieder verlorengeht;
- b) jedes Mitglied hat Anspruch auf Wahrung und Pflege seiner nationalen Eigenart, auf die Benützung der für seine Nation geschaffenen kulturellen Einrichtungen und auf Erziehung seiner Kinder in der Muttersprache;
- c) jede Benachteiligung wegen des Bekenntnisses durch Drohungen, Versprechungen oder anderweiliger Beeinflussung, vor allem aber durch Ausnützung der wirtschaftlichen Abhängigkeit, ist unter Strafe zu stellen;
- d) die Behörden haben sich mit der Überprüfung des Nationsbekenntnisses nur dann und insoweit zu befassen, als eine Beeinflussung im Sinne des vorstehenden Absatzes behauptet wird.

II. Organisation der Schulverwaltung

1. In allen Orten, wo sich Schulen mehrerer Nationen befinden, ist für die Schulen jeder dieser Nation ein eigener Ortsschulrat zu errichten.
2. Zur Beaufsichtigung des Schulwesens der Nationen im Staate werden Schulbezirke gebildet, die in der Regel mit einem politischen Bezirke identisch sind. In jedem dieser Bezirke wird, sobald sich in ihnen Schulen beider Nationen befinden, für jede in Betracht kommende Nation ein eigener Bezirksschulrat gebildet. Es können auch die Schulen mehrerer Bezirke zu einem Schulbezirk vereinigt oder gewisse Schulen der Aufsicht eines benachbarten gleichsprachigen Bezirksschulrat unterstellt werden.
3. Insoweit die Landesautonomie besteht, ist in jedem Lande der bereits bestehende Landesschulrat und dessen nationale Sektionierung beizubehalten, bzw. zu bilden.
Nach Einführung der Gauverfassung ist in jedem Gau für die Schulen jeder der in diesem Gau vertretenen Nation ein eigener Gauschulrat zu errichten.
4. In Prag ist auf gleiche Weise für jede Nation ein Reichsschulrat zu bilden, welcher von den Bezirksschulräten, resp. nach Bildung der Gauschulräte, von diesen gewählt wird.
5. Der Wirkungskreis der vorgedachten Schulbehörden deckt sich mit dem in den geltenden Schulgesetzen derzeit festgesetzten.
Der Reichsschulrat übernimmt die Agenden des Ministeriums für Schulwesen, soweit sie sich auf die Nation beziehen, für welche er zuständig ist.
Ihm unterstehen auch die Hochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen der betreffenden Nation.
Die staatliche Schulaufsicht wird auch weiterhin durch das Ministerium ausgeübt.
6. Das Minderheitenschulgesetz ist aufzuheben.
Über die Errichtung, Erweiterung und etwaige Sperrung der Schulen entscheidet stets nur die gleichsprachige Schulbehörde.

7. Die Schulbehörden bestreiten die Kosten der bereits bestehenden und noch zu errichtenden Schulen aus den ihnen nach dem nationalen Schlüssel zuzuweisenden Mitteln und aus besonderen nationalen Kultursteuern, die jede Nation von ihren Angehörigen einzuheben berechtigt ist.

III. Regelung der Sprachenfrage

A. Gleichberechtigung der Minderheitssprachen

1. Jeder Bewohner der Tschechoslowakischen Republik kann sich vor allen öffentlichen Behörden, Gerichten, Anstalten und Unternehmungen im mündlichen und schriftlichen Verkehr der landesüblichen Sprache bedienen und hat das Recht auf Erledigung in dieser Sprache.
2. Bei den unter 1. genannten Behörden usw. sind alle zur Durchführung dieses Grundsatzes notwendigen sprachlichen Vorsorgen zu treffen.
3. Autonome Vertretungskörper und Behörden setzen ihre Geschäftssprache selbst fest und können in dieser Sprache mit allen staatlichen Behörden usw. verkehren. Auch ihnen gegenüber gelten die im Punkt 1 angeführten Grundsätze. Soweit zu ihrer Durchführung sprachliche Vorsorgen notwendig sind, können die Selbstverwaltungskörper die Mitwirkung der staatlichen Behörden in Anspruch nehmen.

B. Schutz der deutschen Arbeiter, Beamten und Angestellten

1. Die Kenntnis der tschechischen Sprache ist grundsätzlich nur von Beamten und Angestellten und nur nach Maßgabe der öffentlichen Notwendigkeit zu fordern.
2. Von Arbeitern ist die Kenntnis grundsätzlich nicht zu fordern, für Arbeiter in leitenden Stellungen, für welche die Kenntnis der tschechischen Sprache notwendig ist, gelten die Bestimmungen des Punktes 1.
3. Bei den noch bereits im Amte befindlichen Angestellten und Beamten darf die nicht vollständige Kenntnis der tschechischen Sprache weder einen Grund zur Entlassung oder Pensionierung, noch zu einer sonstigen wirtschaftlichen Benachteiligung bilden.
4. Zur Verwirklichung der Kenntnisse solcher Angestellter und Beamter, welche die tschechische Sprache noch nicht in dem zur Ausübung des Dienstes erforderlichen Maße beherrschen, sind vom Staate besondere Sprachkurse zu errichten.
5. Von den derzeit bestehenden Sprachprüfungen ist Abstand zu nehmen.

C. Parlamentarisches Sprachrecht

1. Gleichberechtigung der Minderheitssprache im parlamentarischen Betrieb, und zwar nicht bloß für die Funktion der Parlamentsmitglieder, sondern auch für die Funktion der Parlamentsorgane.
2. Einbringung der Regierungsvorlagen und sonstiger parlamentarischer Drucksachen auch in der Minderheitssprache.

IV. Schutz der Arbeitsstätte

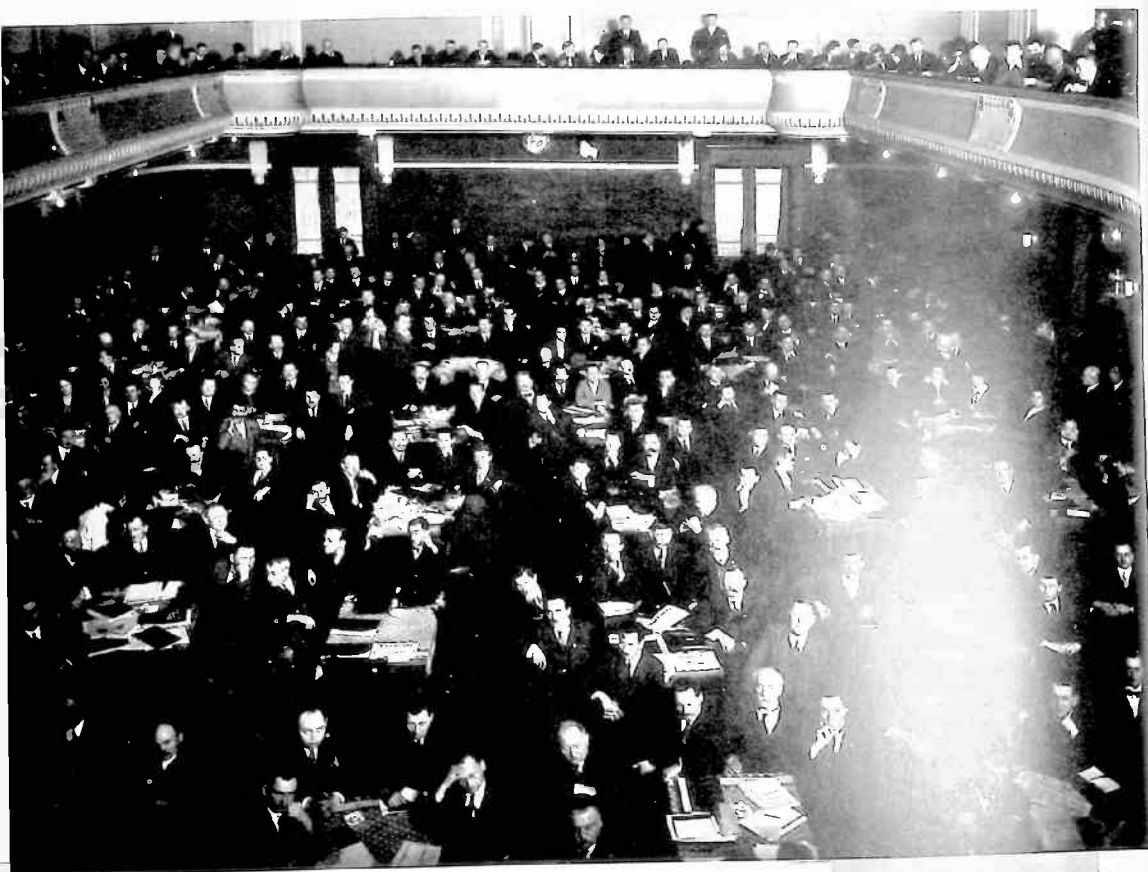
A. Im Staatsdienste

1. Sofortige Überprüfung und Einstellung aller Pensionierungen und Entlassungen aus sprachlichen Gründen.
2. Aufhebung der Vorschrift, nur sprachlich vollkommen qualifizierte Personen in den Staatsdienst aufzunehmen, und Beschränkung des Erfordernisses der Beherrschung der tschechischen Sprache auf die Notwendigkeiten des Dienstgebrauchs.
3. Die Aufnahmen in den Staatsdienst sollen grundsätzlich entsprechend dem nationalen Schlüssel erfolgen.

B. In der Privatwirtschaft

1. Zentralisierung des staatlichen Lieferungswesens und öffentliche Kontrolle desselben.
2. Errichtung obligatorischer Arbeitsvermittlungstellen, in welchen die Arbeiter aller Nationen entsprechend vertreten sind.
3. Die Vergebung der öffentlichen Lieferungen und Arbeiten, ferner die Verleihung der Konzessionen und Gewerbeberechtigungen, sowie schließlich die Durchführung von Nostrifikationen darf nicht von einer bestimmten Nationalität der Unternehmer, bzw. der bei ihnen beschäftigten Arbeiter abhängig sein.

Auf Wunsch der Minoritätenkommission der Sozialistischen Internationale hatte die DSAP (Deutsche Sozialdemokratische Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakei) vorstehende Richtlinien ausgearbeitet, in der Absicht, damit den Ausweg aus dem nationalistischen Chaos — den Weg zur Verständigung zwischen den auf dem Boden der Tschechoslowakei siedelnden Nationen — zu zeigen und dabei durchaus die Grundsätze der Internationale zu wahren.



DER ERSTE KONGRESS

ALLES SOZIALDEMOKRATISCHEN
MENSCHEN DER
TSCHECHOSLOWAKEI

VERLAG

Prag

Protokoll

Das Protokoll ist eine Zusammenfassung der Verhandlungen des ersten Kongresses aller sozialdemokratischen Menschen der Tschechoslowakei, der am 28. Januar 1929 in Prag stattfand. Es enthält die Beschlüsse des Kongresses und die Namen der Teilnehmer.

VERLAG
PRAG

1. Kongreß aller sozialdemokratischen Parteien der
Tschechoslowakei am 28./29. Januar 1929 in Prag.

Aufruf zur Einheit!

Die Herrschaft des Bürgerblocks, die für die Arbeiterklasse die Gewissheit ständiger Verschärfung der Reaktion bedeutet, weil sie das Ergebnis der Steigerung der Klassen-gegenfälle und des Erstarkens und damit der wachsenden Vorgehrlichkeit des Kapitalismus ist, weckt aber auch den Abwehrwillen des Proletariates, zwingt die Arbeiterklasse, der internationalen Bürgerfront

die einheitliche Abwehrfront des Proletariats

gegenüberzustellen.

Zur Schaffung dieser gemeinsamen Abwehrfront, zum organisierten einheitlichen Kampfe gegen das reaktionäre Bürgerregime ruft der internationale Kongreß der sozialdemokratischen Parteien die Arbeiter aller Nationen auf!

Über die Meinungsverschiedenheiten hinweg, die in der verschiedenen Einstellung zu gewissen Problemen liegen, und an deren Klärung alle Teile bereitwillig arbeiten wollen, müssen sich tschechoslowakische, deutsche, magyrische, polnische und karpathorussische Proletarier die Hände reichen zur Abwehr aller Pläne der Reaktion und für die Sicherung der Demokratie, als des für den proletarischen Klassenkampf geeignetsten Kampfbodens.

Genossen und Genossinnen aller Nationen!

Sammelt die Kräfte zum gemeinsamen Ansturm wider die internationale reaktionäre Bürgerregierung! In der Zusammenballung aller Kräfte des sozialdemokratischen Proletariates allein liegt die Gewähr eures Sieges — sie wird euren Kampf unwiderstehlich machen, sie wird alle Arbeiter des Geistes und der Hand, alle Werktätigen in Stadt und Land um unsere Fahne scharen, um die alte, siegreiche Fahne der Sozialdemokratie!

Nüßet zu diesem Kampfe! Schließt euch der Forderung des Kongresses nach sofortiger Ausschreibung der Wahlen in die Bezirks- und Landesvertretungen an, führt gemeinsam den Kampf für die Sozialversicherung! Führt gemeinsam den Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Ausbeutung aller Nationen!

Genossen und Genossinnen! In enger internationaler Zusammenarbeit, erfüllt vom Geiste sozialistischer Gerechtigkeit, werdet Ihr gemeinsam für die Verständigung der Nationen wirken!

Genossen und Genossinnen! Ihr seid längst schon eine Internationale des Leides, eine Internationale des Schicksals! Ihr seid eine Internationale der Hoffnung und der Sehnsucht, denn euch allen gemeinsam ist die Sehnsucht nach Ueberwindung der Produktionsordnung des Kapitalismus, euch allen gemeinsam ist die Hoffnung, daß proletarische Kraft euer Schicksal wandle! So macht eure Hoffnung zur Wirklichkeit, rückt eure Sehnsucht der Erfüllung näher, indem Ihr

die sozialdemokratische Internationale dieses Landes zur Tat

macht, indem Ihr Proletarier aller Nationen, in unverbrüchlicher Treue gemeinsam kämpft um die Umwandlung dieses Staates, auf dessen Kampfboden Ihr auf Gebeihen und Verderben verbunden seid, in eine sozialistische Republik, in ein Instrument der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung!

Es lebe der internationale proletarische Klassenkampf!

Es lebe die Weltinternationale des Proletariats!

Es lebe die sozialdemokratische Internationale in der Tschechoslowakei!

Schlußkapitel des Manifestes, beschlossen auf dem I. Kongreß aller sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei.

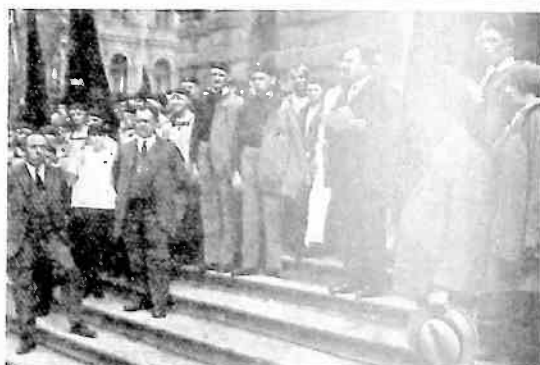
1. Mai 1928

Links: Die Kundgebung auf dem Marktplatz in Tetschen.

Rechts: Parteivor-sitzender Gen. Dr. Czech bei seiner Rede in Brünn.



*Gemeinsame Maifeier in Teplitz.
Oben: Die Massen auf dem Marktplatz.
Links: Gen. Dr. Soukup spricht namens der tschechischen Genossen.*



Rechts: Die gemeinsame Maifeier in Reichenberg. Genosse Roscher spricht.



Links: Die Maifeier in Mähr. Schönberg.

Rechts: Der Demonstrationszug in Römerstadt.





Karl Renner, Wien *Gruß den Freunden*

Ein Reichsarbeitertag, der in einem alten, uralten Lande, zugleich jedoch in einem völlig neuen Staatswesen den zehnjährigen Bestand der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei festlich begeht! Diese Tagung wird ein Ereignis, das die Vergangenheit mit der Gegenwart seltsam verknüpft und in eine rätselhafte Zukunft weist.

Das alte Land, das Sudetenland, das nicht nur einen Johannes Hus und Ambros Comenius, sondern auch die Eltern und Voreltern von Karl Kautsky und Victor Adler hervorgebracht hat! Das alte Land, von dem die Reformation für ganz Europa und der Sozialismus für viele Nationen des alten Österreich-Ungarn den Ausgang genommen! Das alte Land, das sich vor mehr als zehn Jahren in einem eigenen Staatswesen gesondert hat, in einem Staatswesen, wie es seit dem Untergang des großmährischen Reiches in dieser Begrenzung nicht da war, in einem Staatswesen, das an das Königreich der Premisiden anknüpft, die Traditionen der böhmischen Krone und Stände pflegt und dennoch in seiner Verfassung seit mehr als zehn Jahren eine moderne Republik ist! Dabei eine Republik besonderer Art! Sie gibt sich die Fassade eines Nationalstaates, birgt aber in sich mehr Deutsche als Dänemark Dänen beherbergt. Dies ist der geschichtliche Boden und der Gegenwartsschauplatz, auf dem die deutsche Arbeiterklasse des Landes internationale Politik zu machen berufen ist. Welche Fülle von Problemen sind dieser Klasse gestellt! Wie sehr bedauere ich und viele meiner Freunde, deren Wiege gleich der meinen in diesem Lande gestanden ist, fernerhin nicht an der Lösung dieser interessanten Probleme mitarbeiten zu können.

Ein Problem vor allem ist den deutschen Arbeitern in diesem Gemeinwesen gestellt: Das Problem der Internationalität der Klasse von dem selbstverständlichen Ausgangspunkt der Autonomie der deutschen Arbeiterschaft praktisch in Angriff zu nehmen, seine Anerkennung sowohl im Kampfe gegen die Bourgeoisien ihres Landes als auch in aufrichtiger Auseinandersetzung mit den anderen nationalen Arbeitern zu erzwingen und die Einheit der Klasse auf der Unterlage ihrer freien nationalen Glieder herzustellen. Das war im alten Österreich eine ihrer freien nationalen Glieder Staatsgeblieben. Mit bewundernswürdiger Festigkeit, mit selbstloser Klarheit im Prinzip und Rücksichtslosigkeit in der Anwendung hat die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei diese Aufgabe durch zehn Jahre erfüllt. Sie hat die Entwicklung dem Ideal der internationalen proletarischen Einheitsfront wohl nähergebracht, aber noch lange nicht zum Ziel geführt. Noch ist viel opfervolle Selbstverleugnung notwendig, ehe der Tag wird kommen, wo die tschechische und slowakische Arbeiterschaft von der nationalen Irrfahrt heimkehrt in den Hafen der Klasseneinheit. Bis dorthin wird der deutsche Arbeiter der Tschechoslowakei noch manche Stunde theoretischer und praktischer Widersprüche zu durchleben haben! Aber bis dorthin gilt es auch auszuharren. Die tschechische Nation ist im ganzen noch nicht über die Premisiden und Hus und die Schlacht am Weißen Berge und all die tragische Vergangenheit hinaus- und zu sich selbst gekommen. Die Vergangenheit lastet noch zu sehr auf den Seelen und verbaut ihnen die Zukunft. Der Sozialismus wird auch die Völker dieses Reiches und ihr Denken der Zukunft zuwenden. Der siegreiche Sozialismus wird dem deutschen Arbeiter nicht nur die ökonomische, sondern auch die nationale Freiheit bringen!

Der Parteitag der 50 000

In dieser Erwartung grüße ich den Reichsarbeitertag in alter Freundschaft.

In dieser Erwartung grüße ich den Reichsarbeitertag in alter Freundschaft.

RÉPUBLIQUE FRANÇAISE
CHAMBRÉ
DES DÉPUTÉS
Paris, le 26 avril 1929

Deutscher Sozialdemokratischer
Arbeitertag,
Mekazanka 18,
Prag II.

Friday,
19th April,
1929.

My dear Friend,

I send you my most hearty congratulations on your

Tenth Anniversary as an Independent Party. I have always had a special affection for my Czech-Slovakian friends and for your country, and I hope that the tenth milestone on your road will mark the boundary of a line full of success and happiness to you and your Movement.

I am,

Yours very sincerely,

Der Brief Macdonalds lautet:

Meine lieben Freunde!

Ich sende Ihnen meine herzlichsten Grüße zu Ihrem zehnjährigen Jubiläum als unabhängige Partei. Ich hatte immer eine besondere Zuneigung für meine tschechoslowakischen Freunde und für Ihr Land und ich hoffe, daß der zehnte Meilenstein auf Ihrem Wege nicht die Grenze, sondern den Beginn eines neuen Abschnittes voll Erfolge und Glück für Sie und Ihre Bewegung bezeichnen wird.

Ich bin Ihr treuer Anhänger

Ramsay Macdonald.

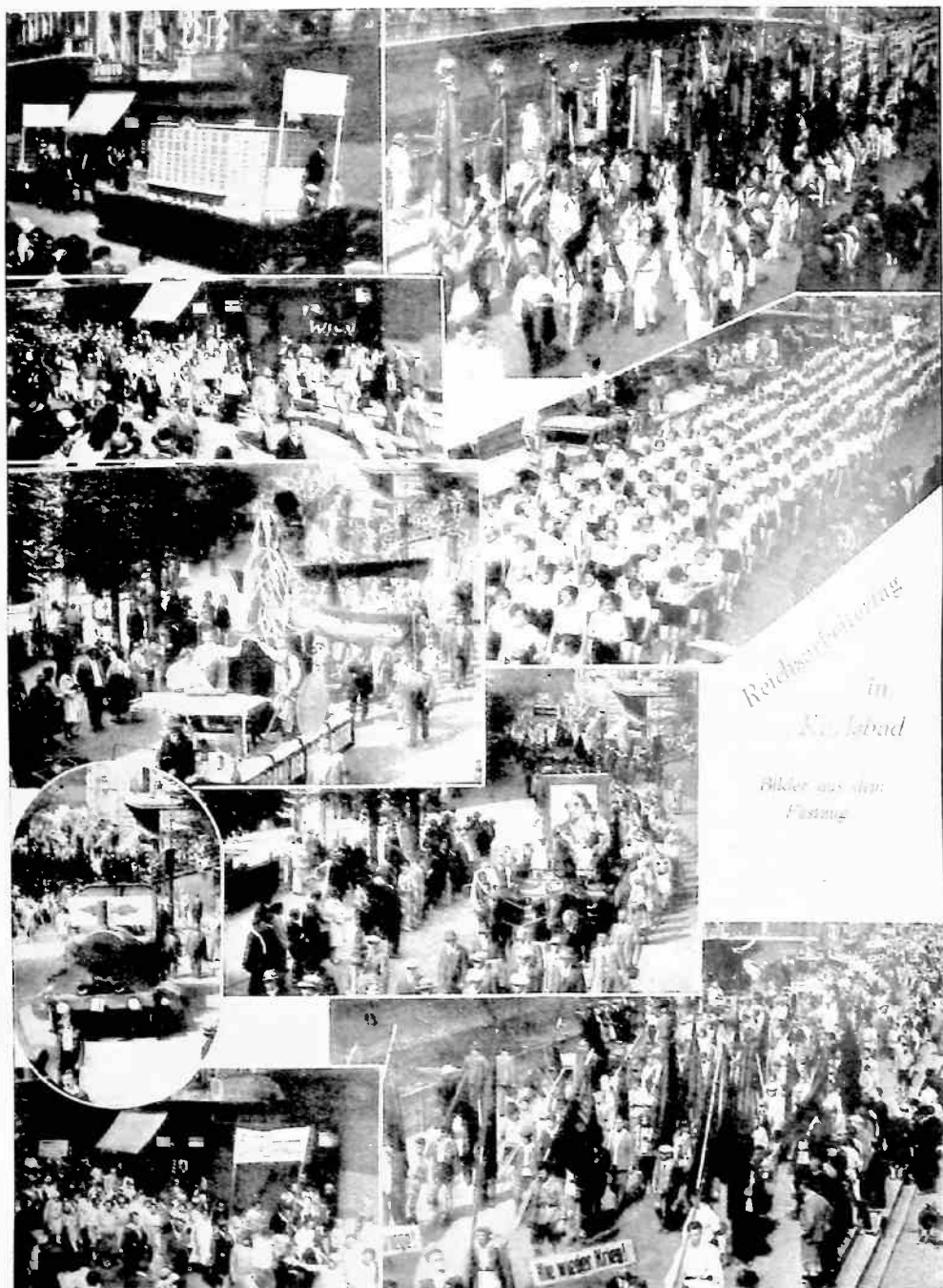
Je trouve votre lettre à Paris où je ne fais qu'un court passage entre l'élection législative de Harboune et les élections municipales. C'est tout juste si j'ai le temps de vous assurer de dévouement fraternel avec lequel, comme tous les socialistes français, je m'intéresse aux progrès de votre Parti Tchéco-Slovaque et combien je serais heureux si les circonstances me permettant de venir, ou moi d'œuvrer prochain, à fêter avec vous l'anniversaire.

Veuillez croire, mon cher camarade, à mes sentiments fraternels.

Complément

Lieber Genosse!
Ich finde Ihren Brief in Paris, wo ich nur einen kurzen Aufenthalt zwischen der Parteiversammlung in Harboune und den Gemeinderatswahlen mache. Es ist mir recht schick, daß Sie Sie, wenn ich Zeit habe, meine herzlichsten Grüsse übermitteln mag, während ich mich zu mir alle tschechischen Sozialisten, die den Fortschritt ihrer tschechoslowakischen Partei interessieren und ich selbst glücklich, wenn die Umstände es mir erlauben, im besten Augenblick kommen, um mit Ihnen das Jubiläum zu feiern.

Wollen Sie, lieber Genosse, meine herzlichsten Grüße weiterleiten an
Ihre Eltern.



DIE ARBEIT HOCH

ENTWURF VON VIKTOR THEODOR SLAMA
MUSIK MIT BENÜTZUNG PROLETARISCHER
LIEDER VON OTTO WEICHERT

FESTSPIEL

anläßlich des Reichs-Arbeitertages in Karlsbad

Das Festspiel besteht im Wesentlichen aus der Darstellung proletarischer Lieder in lebenden Bildern. Diese Darstellung soll durch lebendige, rhythmische Bewegungen der Massen dramatisch gestaltet werden. Folgende Lieder bilden den Inhalt des Festspiels:

1. Marseillaise
2. Sozialistenmarsch
3. Brüder, zur Sonne, zur Freiheit
4. Wann wir schreiten
5. Internationale
- Zwischenspiel*
6. Wir sind jung, die Welt ist offen
7. Lied der Arbeit

Aus der Liedertolge ergibt sich die Idee und der Gedankengang des Festspiels. Die Geschichte des proletarischen Klassenkampfes spiegelt sich in ihr wider.

Im ersten Lied (Marseillaise): das unterdrückte Proletariat tront im Dienste des Kapitals, das Freiheitsgefühl erwacht, Aulehnung gegen die Bedrucker, erster, vergeblicher Versuch, das Joch mit Gewalt abzuschütteln.

Im zweiten, dritten und vierten Lied (Sozialistenmarsch — Brüder, zur Sonne, zur Freiheit — Wann wir schreiten): Erwachen des Klassenbewußtseins im Proletariat. Aufbau der Organisationen. Wiedererstarben des Kampfgeistes.

Im fünften Lied (Internationale): neuerliches Aufbäumen und Sieg. Die Lieder 6 und 7 bilden den zweiten Teil des Festspiels.

Im sechsten Lied (Lied der Kinderfreunde: „Wir sind jung, die Welt ist offen...“): Aufbau des neuen Staates auf sozialistischer Grundlage.

Im siebenten Lied (Lied der Arbeit): Glorifizierung der Arbeit. Schlusapothese.



Arbeiterturner und -turnerinnen!

Leset den Sozialdemokrat

PRAG II., Nekázanka 18.

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

und die Kreisblätter:

Volksrecht, Aussig a. E.

Drausdner Straße.

Nordböhm. Volksbote, Bodenbach

Am Graben 003.

Volksstimme, Warnsdorf

Vereinshaus.

Freiheit, Teplitz-Schönau

Theresienstraße 18.

Volkszeitung, Kemotau

Herrngasse 12.

Volkswille, Karlsbad

Invalidenstraße 5.

Volksfreund, Brünn

Französische Straße 24 26.

Freigeist, Reichenberg

Bahnhofstraße 26.

Trautenauer Echo, Trautenau

Kreuzplatz 2.

Zukunft, Pilsen, Mies, Budweis.

Zentrale PRAG II., Nekázanka 18.

Volkswille, Znaim, Iglau, Zwittau.

Zentrale PRAG II., Nekázanka 18.

Volksstimme, Bratislava

Jägerzeile 20.

Adlergebirgsbote, Landskron

Arbeiterheim.

Volkspresse, Troppau

Ottendorfer Straße.

Volkswacht, Sternberg

Arbeiterheim.

Die Presse der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei unterrichtete ihre Mitglieder und führte den publizistischen Kampf gegen ihre Widersacher

[illegible]

Von sämtlichen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien wird die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung nicht als grundsätzliche, sondern lediglich als *politisch-taktische Frage* angesehen. Dieser Standpunkt kommt, soweit es sich um die prinzipielle Seite der Frage handelt, auch in dem Beschluß des *Karlsbader Parteitages* vom Jahre 1920 klar zum Ausdruck. Er war seither, so oft auf den zurückliegenden Parteitagen die Frage der Koalitionspolitik zur Erörterung gelangte, un widersprochen Auffassung der gesamten Partei.

133



Senator Franz Beutel



Abgeordnete Fanni Blatny



Abgeordneter Dr. Ludwig Lech



Abgeordneter Anton Diel



Senator Dr. Carl Heller



Senator Dr. Arnold Holtscher



Abgeordneter Wenzel Jaksch



Senator Anton Jarosim



Abgeordnete Irene Kiepal



Abgeordneter Heinrich Kreuser



Abgeordneter Dominik Seibt



Senator Dominik Söw



Senator Prof. Johann Polach



Senator Josef Reyzl



Abgeordneter Anton Roscher



Abgeordneter Anton Schäfer

*Die Abgeordneten
und Senatoren
der deutschen
sozialdemokrati-
schen Arbeiter-
partei, gewählt
am 27. Oktober
1929.*



Abg. Ernst Brünzner



Abg. Theodor Hackenberg



Abg. Wilhelm Häusler



Abgeordneter Rudolf Heeger



Senator Hans Jost



Senator Anton Juhl



Abgeordneter Franz Kah



Abg. Franz Kaufmann



Abgeordneter Franz Macoun



Abgeordneter Heinrich Müller



Senator Wilhelm Dießner



Abgeordneter Adolf Pohl



Abg. Josef Schweighart



Senator Franz Karl Stock



Abgeordneter Siegfried Taub



Abg. Eugen de Wille



Robert Wiener

geboren am 17. 9. 1895 in Wien,
gestorben am 26. 1. 1948 in London.

Die deutschen sozialdemokratischen Mitglieder des Prager Parlaments hielten zu Anfang der Zwanzigerjahre den geborenen Wiener, der seine juristischen Examina mit Auszeichnung abgelegt hatte, als Klubsekretär nach Prag. Er fügte sich gern in die Atmosphäre Prags ein und beherrschte bald die tschechische Sprache vollkommen. War Siegfried Taub der Motor der Fraktion, so war Robert Wiener der umsichtige Steuermann. Nach außen wenig bemerkt, war Wiener einer der wichtigsten und kundigsten Männer der sudetendeutschen Sozialdemokratie. — Er ging in die Emigration, wo er Wenzel Jaksch bis zuletzt treu zur Seite stand, bescheiden, lebenswürdig und fleißig, wie man ihn immer gekannt hat.



Robert Preussler

geboren am 26. 8. 1866 in Antoniowald/
Isergebirge,
gestorben am 16. 2. 1942 in Salzburg.

Fünfklassige Volksschule, wurde Glasbläser. Schon als Achtzehnjähriger Lehrer im Arbeiterbildungsverein.

Er stand an der Spitze des Wahlrechtskampfes 1905. Im Jahre 1909 in der vierten Wahlklasse als einer der zwei Sozialdemokraten in den Landtag gewählt — 1912 erster Sozialdemokrat im Salzburger Stadtrat. Von 1919 bis 1934 Landeshauptmann-Stellvertreter. 1922 bis 1933 Mitglied des österreichischen Bundesrats. Mitbegründer der Salzburger Festspiele, war Ehrenmitglied der „Salzburger literarischen Gesellschaft“, half das Mozartum aus wirtschaftlicher Krise zu retten. Er brachte die Arbeiter ins Theater und in Konzerte, rief Dichter und Gelehrte zu Vorträgen nach Salzburg. Mitbegründer des Salzburger Hochschulvereins. Daß Salzburg heute ein Mittelpunkt der Musik und des kulturellen Lebens überhaupt ist, dankt die Stadt vor allem dem einstigen Glasarbeiter Robert Preussler aus dem nordböhmischem Isergebirge.



Franz Lill

geboren am 18. 12. 1870 in Mülldorf/Elbogen,
gestorben am 10. 11. 1942 in Wien.

Die Wirkung des Hainfelder Parteitagcs äußerte sich auch darin, daß in Falkenau eine sozialdemokratische Wochenzeitung gegründet werden konnte, die sich „Volkswille“ nannte. Franz Lill war schon als Zweizehntwanzigjähriger ihr Redakteur. Erleichtert wurde ihm die unermüdlende und erfolgreiche Arbeit für die Bewegung dadurch, daß seine Frau, die Theresie Fekl geheißene hatte, selbst im Dienste der Partei rednerisch tätig gewesen ist. Lill blieb nur ein Jahrzehnt in Westböhmen. Schon 1901 siedelte er nach Wien über, wo er erst bei der „Volkstribüne“ Franz Schumeyers und dann bei der „Arbeiter Zeitung“ unter Friedrich Austerlitz Redakteur wurde. — Beim Reichsarbeiterkongress 1929 in Karlsbad gedachte man in der Festschrift Franz Lills. Er war damals Redakteur der Gewerkschaftszeitung „Der Eisenbahner“ in Wien.

Bericht

des Parteivorstandes der
Deutschen sozialdemokratischen
Arbeiterpartei in der Tschecho-
slowakischen Republik an den

Parteitag

in Tepliz-Buzová vom
17. bis 20. Oktober 1930

für die Zeit vom 1. Juli 1926
bis 30. Juni 1930



Zu den Parteitagen der DSAP gaben sowohl der Parteivorstand als auch alle angeschlossenen Organisationen der Partei interessante und ausführliche Arbeitsberichte

Mitgliederbewegung und Beitragsmarkenumsatz von 1927 bis 1930

Länder	Vom 1. Juli 1927 bis 30. Juni 1928							
	Mitgliederstand				Marken-Umsatz			
	Männer	Frauen	Zu- sammen	%	Männer	Frauen	Zu- sammen	%
Böhmen	43 129	17 864	61 013	29,2	431 506	178 690	610 196	29,2
Mähren	6 703	2 707	9 410	28,6	67 041	27 080	94 121	28,6
Schlesien	4 339	2 499	6 838	36,5	43 398	24 998	68 396	36,5
Slowakei	330	—	330	—	3 300	—	3 300	—
Zus.:	54 501	23 070	77 571	29,7	545 245	230 768	776 013	29,7

Länder	Vom 1. Juli 1928 bis 30. Juni 1929							
	Mitgliederstand				Marken-Umsatz			
	Männer	Frauen	Zu- sammen	%	Männer	Frauen	Zu- sammen	%
Böhmen	44 921	18 749	63 670	29,4	449 014	187 524	636 538	29,4
Mähren	7 114	2 700	9 814	27,5	71 145	27 000	98 145	27,5
Schlesien	4 278	2 394	6 672	35,9	42 781	23 943	66 724	35,9
Slowakei	421	—	421	—	4 210	—	4 210	—
Zus.:	56 734	23 843	80 577	28,3	567 150	238 467	805 617	28,3

Länder	Vom 1. Juli 1929 bis 30. Juni 1930							
	Mitgliederstand				Marken-Umsatz			
	Männer	Frauen	Zu- sammen	%	Männer	Frauen	Zu- sammen	%
Böhmen	45 930	18 004	63 934	28,1	459 318	180 044	639 362	28,1
Mähren	7 233	2 553	9 786	26,0	72 333	25 531	97 864	26,0
Schlesien	4 507	2 350	6 857	34,3	45 070	23 500	68 570	34,3
Slowakei	372	—	372	—	3 720	—	3 720	—
Zus.:	58 042	22 907	80 949	28,3	580 441	229 075	809 516	28,3



Der Parteitag in Prag vom 29. 10. bis 1. 11. 1932 befaßte sich hauptsächlich mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen in der Krisenzeit und erörterte die Ergebnisse der Regierungsteilnahme.

Adressenverzeichnis

Arbeitersekretariate:

Reichsparteisekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei — Frauentischsekretariat — Zentralstelle für das Bildungswesen: Prag XII, Slezská 13.

Republikanische Wehr: Prag XII, Slezská 13 (Tel. 53.919, 53.077).

Beratungstelle für Gemeindeangelegenheiten — Beratungstelle für Agrarfragen: Prag XII, Fochová 62 (Tel. 53.077).

Sekretariat des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten: Prag I, Rudolfinum (Tel. 62.820, 62.821, 64.266).

Sekretariat des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Senatoren: Prag III, Senát (Tel. 42.151, 41.970).

Sekretariat des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Mitglieder der Landesvertretung für Böhmen, Prag III, Sněmovni 1.

Kreissekretariate der Partei:

Bodenbach: Franz Köppler, Am Graben 1083 (Tel. Teischen 746).
 Brunn: Matthias Wellan, Französische Straße 24—26 (Tel. 16.860).
 Landhaus: Franz Tremel, Arbeiterheim (Tel. 8).
 Karlsbad: Stanislaw Wondrak, Panstraße (Tel. 2221).
 Pilsen: Ottendorfer Straße 4 (Tel. 2003).
 Reichenberg: Richard Lorenz, Bahnhofstraße 29 (Tel. 1714).
 Sternberg: Stanislaw Zivkova, Arbeiterheim (Tel. 62).
 Teplitz-Schönau: Richard Lorenz, Theresiengasse 18 (Tel. 1133).
 Trautenau: Kreuzplatz 2 (Tel. 200).
 Jägerndorf: Arbeiterheim (Tel. 73).

Frauentischsekretariate

Karlsbad: Invalidenstraße 5, Sekretärin Marie Günzel.
 Trautenau: Kreuzplatz 2, Sekretärin Erna Haberzettl.
 Troppau: Ottendorfer Straße 10, Sekretärin Emma Weiß.

Bezirks- und Gebietssekretariate mit hauptamtlich bestellten Sekretären

Arnau: Gehirgsstraße 163, Sekretär Josef Strobil.
 Asch: Angergasse 30, derzeit unbesetzt.
 Aussig: Dresdenstraße 23, Sekretär Anton Spiegel.
 Benen: Mühlengasse 171, Sekretär Franz Dobiasch.
 Brauns: Mittelhand 6, Sekretär Karl Gerberich.
 Bodenbach: Poststraße 813, Sekretär Willi Hoke.
 Břitva: Schildegasse 53, Sekretär Wilhelm Wagner.
 B.-Kamnitz: Rollmarkt, Sekretär Walter Setola.
 Komotau: Linzer Straße 67, Sekretär Franz Zapf.
 B.-Leipa: Marktplatz, Sekretär Karl Kober.
 Bratslava: Jägerzeile 20, derzeit unbesetzt.
 Brünn: Französische Straße 24, Sekretär Matthias Wellan.
 Brux: Weingasse 4, Sekretär Franz Kern.
 Dux: Mühlengasse, Sekretär Otto Pichl.
 Eger: Marktplatz, Sekretär Wilhelm Novy.
 Elbogen: Marktplatz 75, Sekretär Adolf Palme.
 Falkenberg: Schrammstraße 31, Sekretär Franz Karz.
 Freiwaldau: Bahnhofstraße 48, Sekretär Max Ondřejka.
 Freudenthal: Arbeiterheim, Sekretär Franz Fischer.
 Glatz: 209, Sekretär Emil Wunderlich.
 Grulich: Stadtplatz 274, Sekretär Berthold A. Winnig.
 Joachimsthal: Marktplatz 504, Sekretär Anton Smolčić.
 Jägerndorf: Arbeiterheim, derzeit unbesetzt.
 Karlsbad: Invalidenstraße 5, Sekretär Anton Sacher und Fritz Hopf.
 Kaaden-Podersam: Sekretär Karl Edele.
 Komotau: Herrengasse 12, Sekretär Hubert Leinsner.
 Landekron: Arbeiterheim, Sekretär Franz Tremel.
 Leitmeritz: Gr. Dominikanergasse 35, Sekretär Edgar Hegenbart.
 Mähr.-Oscaru-Privitz: Bahnhofstraße 639, Sekretär Hans Schenk.
 Mähr.-Schönberg: Arbeiterheim, Sekretär Remigius Leiter.
 Mähr.-Třebau: Volkshaus, Sekretär Moritz Schaffer.

Neudeck: Altes Rathaus, Sekretär W. Mader.
 Neu-Titschein: Obertorstraße 23, Sekretär Heinrich Nitschmann.
 Nikolsburg: Auergasse 20, Sekretär Rudolf Landsfried.
 Saaz: Goetheplatz 333, Sekretär Florian Riedl.
 Saab: 351, Sekretär Josef Tich.
 Sternberg: Arbeiterheim, Sekretär Wilhelm Kababka.
 Schludkenau: 331, Sekretär Franz Weber.
 Tachau: Heumarkt 124, Sekretär Alois Müller.
 Teplitz-Schönau: Theresiengasse 18, Sekretär Franz Seidel.
 Troppau: Ottendorfer Straße 10, Sekretär Emil Kutscha.
 Trautenau: Kreuzplatz 2, Sekretär Rindt.
 Warnsdorf: Vereinshaus, Sekretär Josef Goth.
 Wüstfeld: Arbeiterheim, Sekretär Hans Ziglarsch.
 Zwittau: Haltergasse 26, Sekretär Anton Lange.

Sekretariate anderer Organisationen

GEC-Verband: Prag II, Fügnerovo nám. 4 (Tel. 31.351).
 Zentralverband der Kleinbauern und Häusler: Prag VII, Strožmayrova 1390 (Tel. 75.417).
 Verband „Arbeiterfürsorge“: Prag II, Fügnerovo nám. 4 (Tel. 31.351).
 Sozialistischer Jugendverband: Teplitz-Schönau, Uhrentstraße 7 (Tel. 121).
 Arbeiterverein „Kinderfreunde“ für die Tschechoslowakische Republik: Bodenbach a. E., Poststraße 813 (Tel. 924).
 Arbeiter-Turn- und Sportverband: Aussig a. d. E., Bahnhofplatz 1 (Tel. 2947).
 Verband der Arbeitervereine: Turn, Mariaschneider Straße 16 (Tel. 4545).
 Verband der deutschen Arbeiter-Gesangsvereine: Teplitz-Schönau, Theresiengasse 18 (Tel. 1133).
 Touristenverein „Die Naturfreunde“: Aussig a. d. E., Marktplatz 11.
 Organisation für Urlaubsvorhaben: Bodenbach, Am Graben, Haus Hainfeld.
 Freier Radiobund: Prag, Fochová 62 (Tel. 53.077).
 Bund proletarischer Freidenker: Teischen a. d. E., Brückengasse 1090.
 Arbeiter-Abstinentenbund: Teplitz-Schönau, Theresiengasse 18 (Tel. 1133).
 Reichsverband der deutschen Krankenkassen: Prag I, Bartolomejska 14/111 (Tel. 31.478).

Verzeichnis der im deutschen Gewerkschaftsbunde für die Tschechoslowakei vereinigten Gewerkschaftsverbände

Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes: Reichenberg, Gablonzer Straße 20.
 Verband der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Bekleidungsindustrie: Reichenberg, Luftgasse 10.
 Union der Bergarbeiter: Turn-Teplitz, Masarykstraße 128.
 Fabrikarbeiterverband in der Tschechoslowakischen Republik: Aussig, Karlsberg 1.
 Verband der Eisenbahner: Aussig, Lange Gasse 38.
 Gärtnerverband: Drahowitz bei Karlsbad.
 Verband der Glas- und Keramiker und -arbeiterinnen in der Tschechoslowakischen Republik: Teplitz-Schönau, Watsstraße 1859.
 Graphische Union: Reichenberg, Turnersstraße 27.
 Verband der Transport- u. Lebensmittelarbeiter: Aussig, Lange Gasse 42.
 Verband der Holz- und Landarbeiter: Reichenberg, Gutenbergstraße 7.
 Internationaler Metallarbeiterverband: Komotau, Lessingstraße 23.
 Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und -arbeiter in der Tschechoslowakischen Republik: Sternberg, Arbeiterheim (Mähren).
 Allgemeiner Angestelltenverband: Reichenberg, Turnersstraße 27.
 Union der Textilarbeiter: Reichenberg, Schließergasse 12.
 Gewerkschaft der Postler: Reichenberg, Kratzauer Straße 9.
 Verband der öffentlichen Angestellten: Reichenberg, Muhlfeldstraße 25.
 Deutscher Musikerverband in der Tschechoslowakischen Republik: Teplitz-Schönau, Mühlstraße 1/1.
 Bund der Angehörigen der deutschen Theater: Brünn, Janacekplatz 2.
 A. Stock.
 Verband der Bank- und Sparkassenbeamten: Prag I, Perstýn 11.



Adolf Reitzner

geboren am 28. 5. 1871 in Aich bei Karlsbad,
gestorben am 2. 6. 1932 in Bodenbach.

Reichsrats-Abgeordneter 1907, Bürgermeister
in Bodenbach.



Leopold Pölzl

geboren am 14. 11. 1871 in Lilienfeld/Kärnten,
gestorben am 1. 9. 1914 in Aussig.

Redakteur der „Freien Gemeinde“, Kommunal-
polit. Langjähriger Bürgermeister von Aussig.
Verband der deutschen Selbstverwaltungskör-
per. Er wurde nach 1938 von der Gestapo
verfolgt.



Fritz Kessler

geboren am 1. 8. 1864 in Ansdorf,
gestorben am 16. 7. 1938 in Pontarlier/Bayern.

Volksschule, Gymnasium, Lehrerbildungsanstalt,
bis 1935 im Schulkollegium, 1933–38 Bürgermei-
ster in Bodenbach, 1938–40 Amt des Program-
gestaltungssekretärs für die deutschen Sendun-
gen des Senders Melnik.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II.,
Nekazanka 12.
Postcheck-Konto Prag Nr. 202.729.

Die

Erscheint am 2. u. 16. eines jeden Monats.
Bezugspreis: Vierteljährig Kč 4.50, ganz-
jährig Kč 18.— Einzelnummer 90 Heller.

Freie Gemeinde

*Organ für sozialdemokratische
Kommunalpolitik*

15. Jahrgang.

Prag, am 16. Mai 1933.

Heft 10.



Anton Sacher

geboren am 14. Oktober 1876 in Gabhorn bei Karlsbad,
gestorben am 7. Januar 1947 in Landshut.

Bürgermeister in Fischern bis 1935.



Ernst Richter

geboren am 2. 6. 1892,
gestorben am 2. 3. 1956 in Ansbach.

Krankenkassendirektor; Bürgermeister in Jägerndorf.
Während seiner Amtszeit entstanden neue Wohnsiedlungen, die menschenunwürdigen Altenwohnungen verschwanden und ein modernes Altersheim wurde errichtet. Besondere Verdienste erwarb er sich beim Aus- und Umbau des städtischen Krankenhauses.



Johann Brodkorb

geboren am 5. 10. 1890 in Petersdorf/Schlesien,
gestorben am 19. 9. 1963 in Ottobrunen.

Hatte der Varer, Anton Brodkorb, in den Kampfesjahren den Grundstein zur Arbeiterbewegung unter den Hausweben von Hennersdorf und Petersdorf gelegt, fanden Reife des Urteils und Ehrlichkeit des Strebens seines Sohnes Johann Anerkennung durch seine Wahl zum Bürgermeister von Petersdorf. Als Kommunalpolitiker von Rang wirkte Johann Brodkorb weit über die Grenzen seiner engeren schlesischen Heimat hinaus; u. a. als Mitarbeiter an der „Freien Gemeinde“ und als Lehrer für Kommunalfunktionäre in Kreisparteischulen. Auch in der neuen Heimat setzte er als Stadtrat und Kreisrat von Memmingen seine reiche Erfahrung und sein soziales Empfinden zum Wohle der Allgemeinheit ein. Ihm, der im Dritten Reich Schmähungen und Erniedrigungen ungebeugt erduldet, wurden an seinem Lebensabend verdiente Ehrungen zuteil.

Die DSAP hat der Kommunalpolitik große Bedeutung zuerkannt. Jeder Gemeinde- und Bezirksvertreter war verpflichtet, das Organ für sozialdemokratische Kommunalpolitik zu beziehen. Viele Städte und Gemeinden im Sudetengebiet hatten sozialdemokratische Bürgermeister und Gemeindevorsteher.